

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 1.10 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Interfions-Gebühr
Beträgt für die schlagpolierte Rollen...

Erscheint täglich außer Montag.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 7. März 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur Lage der Hütten- und Bergarbeiter.

I.

Die Jahresberichte der Gruben- und Bergbehörden sind in der Schilderung der Zustände in den Hüttenwerken äußerst zurückhaltend, soweit es sich um Mißstände handelt...

Nachstehend schildern wir die Lage der Hüttenarbeiter auf Grund der Berichte der sicherlich nicht schwarz sehenden Gewerberäte und Bergbehörden...

Schon im Jahresbericht für 1890 heißt es Seite 168 in einem Bericht aus dem Bezirk Hannover: Zahlreiche Verletzungen entstanden durch Umherstreifen von flüssigem Eisen...

Im Jahresbericht von 1893, Seite 189, berichtet der Aufsichtsbeamte aus dem Bezirk Magdeburg: Ein schwerer Unfall kam in einer Eisengießerei vor...

Aus Münster wird im Jahre 1893, Seite 268 berichtet: In einer dieser Gießereien erlitten beim Sieben sechs Arbeiter Brandwunden dadurch, daß an der gußeisernen Siebpfanne...

Ebenso unsicher wie die Schutzvorrichtungen beim Handtieren mit den Siebpfannen sind vielfach die Schutzvorrichtungen an den Walzenstrahlen...

Einen ähnlichen Unfall erwähnt der Bericht aus dem Bezirk Wiesbaden vom Jahre 1897, Seite 382: Ein furchtbarer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in einem Walzwerke...

auf die Unfälle gewärtig sein mußte, wie sie nun wirklich eintreten.

Häufige Ueberstundenarbeit trägt auch zur Vermehrung der Unfälle bei. Der Bericht aus demselben Jahre aus Aachen Seite 464 zeigt dies: In einer Walzendreherei waren zwei Arbeiter mit der Anbringung einer Bühne...

Durch den schlechten Zustand der Bühne wurde auch in unverantwortlicher Weise im Bezirke Düsseldorf ein Unfall herbeigeführt. Der Bericht für 1904 sagt Seite 437 darüber: Tödlichen Ausgang hatte der Sturz eines Arbeiters von der Jahrbühne...

Wir könnten noch auf eine Reihe anderer häufiger Unfälle und Verletzungen in diesen Betrieben und ihre Ursachen eingehen, z. B. auf die schweren Verbrennungen bei Schladenerplosionen...

Wohl sind inzwischen auf einigen Werken Einrichtungen getroffen worden, durch die der Gesundheitszustand der Arbeiter sichtlich gebessert wurde...

erkrankten die Arbeiter in dem Buddelwerk der Bismarckhütte im Bezirk Dypeln früher sehr infolge der Belästigung durch die starke Dfenhige...

Durch diese verschiedenen günstigen Resultate ist doch der Beweis gegeben, daß die schädliche Einwirkung der Ruffelgase, der starken Dfenhige usw. sich beseitigen lassen durch entsprechende Maßnahmen...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Stempelsteuer- und Reichspostpolitik.

Infolge des plötzlichen Schusses der vorigen Reichstagsession fielen verschiedene Arbeiten der Kommissionen unter den Tisch, so auch die Beschlüsse zur Stempelsteuernovelle...

Dann setzte der Reichstag die Beratung des Postetats fort. Unter den manderlei Wünschen, die dem Staatssekretär des Reichspostamtes bisher vorgetragen wurden...

Zwischen diese allgemeinen Diskussionen hinein klingen die lokalen Begehlichkeiten nach umfassenderen, ausreißenden Postbauten...

wied sich die Beratung des Postetats noch mehrere Tage hinziehen.

Morgen jedoch ist Schwermetag, an dem zwei national-liberale Initiativanträge zur Gewerbe-Ordnung zur Beratung stehen.

Der heutigen Sitzung wohnte in der Diplomatensloge der russische Landjägermeister Trepow bei, der als Präsident der künftigen Duma in Aussicht genommen ist. Er soll am Verhalten der Mehrheit des deutschen Reichstags studieren, wie man parlamentarische Komödie spielt. —

### Fürsorge der preussischen Regierung für die Universitäten.

Das Abgeordnetenhaus hat in seinen Sitzungen von Montag abend und Dienstag das Kapitel des Kultusetats „Universitäten“ beraten. Prinzipielle Fragen wurden dabei nicht erörtert; die einzelnen Redner beschränkten sich darauf, Spezialwünsche für die Universitäten der von ihnen vertretenen Landesteile vorzubringen. Bezeichnend für die Art, wie in Preußen die Kulturaufgaben vernachlässigt werden, ist unter anderem die Art und Weise, wie die Regierung sich um den Neubau des zahnärztlichen Instituts in Berlin herumzudrücken sucht. Das Gebäude in der Dorotheenstrasse spottet jeder Beschreibung. Trotzdem kann sich die Regierung nicht zu einem Neubau entschließen; sie will eine Abteilung des zahnärztlichen Instituts im neuen poliklinischen Institut für innere Medizin unterbringen, das Haus in der Dorotheenstrasse etwas ausbilden und die darin verbleibenden Abteilungen etwas besser einrichten. Diese Gleichgültigkeit gegenüber einer so dringenden Forderung geht selbst dem Dreiklassenparlament zu weit, es beschloß auf Antrag Reitzing (fr. Sp.) die Einstellung der ersten Rate für den Neubau in den laufenden Etat. Ueberhaupt wird für die zahnärztliche Ausbildung an den preussischen Universitäten recht wenig getan. Das zahnärztliche Institut in Breslau z. B. ist in ganz unzulänglichen Räumlichkeiten untergebracht. Wie die von allen Seiten, einschließend der Konservativen, vorgebrachten Beschwerden beweisen, liegt noch auf allen Gebieten vieles im Argen.

Von allgemeinem Interesse ist noch die Ablehnung eines Antrages Arendt (fl.) auf Einrichtung von ordentlichen Professuren für Kolonialrecht, zunächst in Berlin, und dann an den übrigen Universitäten. Es scheint, als ob Herr Arendt danach gelüftet, seine tiefen Kenntnisse, die er sich auf seinem Ausflug nach Afrika erworben hat, zu verwerten. Reisebeschreibungen für den „Tag“ allein lohnen nicht recht, obwohl die Unkosten des Herrn Arendt gerade nicht allzu hoch gewesen sind.

Am Mittwoch wird voraussichtlich der Kultusetat zu Ende beraten werden. —

### Ungezügelter Flottenbegeisterung.

Die diesjährige Flottenforderung, die die große Marinevorlage vom Jahre 1900 um sechs große Kreuzer vermehren will, wovon fünf als Auslandskreuzer dienen sollen, wurde gestern in der Budgetkommission des Reichstags mit Hipp, hurra! bewilligt. Die regierende Partei, das Zentrum, das aus spezifischen Zentrumswünschen heraus in den letzten Wochen beim Kolonialetat um die kleinsten Summen hartnäckig feilschte, um so zu tun, als sei Sparlichkeit beim Zentrum Trumpf, bewilligte gestern anstandslos die 165 Millionen für die sechs neuen Kriegslinien; das macht pro Stück 27 1/2 Millionen, während bisher große Kreuzer „nur“ auf rund 18 Millionen Mark pro Stück zu stehen kamen. Die nunmehr bewilligte Kreuzervorlage ist vor sechs Jahren auch vom Zentrum abgelehnt worden. Seinen Anfall begründete es so: damals wurde die Vorlage mit dem Schutze des auswärtigen Handels begründet, heute werden die Kreuzer mit dem Hinweis auf die „Notwendigkeit“ eines Panzerkreuzer-Geschwaders für den Kriegsfall gefordert. Die Abgeordneten Spahn und Erzberger gaben sich redliche Mühe, für die Wähler im Lande draußen darzulegen, jetzt gelte die Förderung dem Schutze des Vaterlandes und da könne der patriotische Sinn der Ultramontanen nicht widersprechen. Herr Spahn ließ auch durchblicken, daß seine Verletzung nach Kiel nicht ohne Einfluß auf sein patriotisches und bewilligungslustiges Herz geblieben ist. Er hat dieser Tage die deutsche Schlachtschiff-Flotte in der Kieler Förde besucht und war ganz ergriffen von dem Anblick, als er diese gewaltige kriegerische Macht so friedlich und imposant im Sonnenschein vor Anker liegen sah. Auch Herr Müller-Sagans „Flotten-troh“ ist gebrochen; er will bewilligen, denn die Argumente der Regierung sind jetzt auf einmal für ihn überzeugend. Nur ein Punkt bereitet Herrn Müller-Sagans Sorgen: die Bindung an die Vorkosten. Dagegen häumt sich die Erinnerung an so etwas wie konstitutionelles Gewissen auf. Er hat schließlich die Regierung, doch ihm und seinen Freunden den Anfall nicht durch die Bindung zu erschweren, die er, vermutlich nur vorläufig, nicht akzeptieren könne. Die Bindung enthalte auch ein unberechtigtes Mißtrauen gegen den Reichstag. Und das schmerzt natürlich Herrn Müller, der aus einem Marine-Saulus zu einem Flotten-Paulus sich durchgemauert hat. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, an der Bindung festhalten zu müssen, denn die Festlegung des Bauplans sei die Grundlage für die planmäßige Entwicklung der Flotte. Nun, Herr Müller wird sich auch noch davon überzeugen lassen, wie überhaupt die gestern in der Kommission zutage getretene Flottenbegeisterung der bürgerlichen Parteien die Marineverwaltung zu den kühnsten Hoffnungen berechtigt. Abg. Genosse Ledebour erklärte kurz namens der sozialdemokratischen Mitglieder, daß sie die Vorlage ablehnen, gemäß ihrer grundsätzlichen Stellung zur Weltmachtpolitik und zum Militarismus. Die Sozialdemokraten werden sich daher in der Kommission nicht an der Debatte beteiligen, und im Plenum sagen, was über diese Forderung gesagt werden muß. Der größte Teil der weiteren Verhandlungen wurde als „vertraulich“ bezeichnet; sogar die phantastischen Darlegungen der Abgg. Dr. Semler und — Liebermann v. Sonnenberg. Das Zukunftsprogramm der Marineverwaltung entrollte Staatssekretär v. Tirpitz mit dem Sage: „Deutschland muß eine so starke Schlachtschiff-Flotte besitzen, daß auch selbst der seemächtigste Gegner in einem Kampfe mit der deutschen Flotte seine eigene Macht aufs Spiel setzt.“ — Die Vorlage wurde gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen. Der Freisinnige Dr. Leonhardt erklärte, er behalte sich die endgültige Stellungnahme vor. Zugestimmt wurde auch der Displacementvergrößerung dreier Schiffe, die im außerordentlichen Marineetat auf Grund und in Erweiterung des Flottengesetzes vom Jahre 1900 gefordert werden. — Auf eine Anregung, die Budgetkommission solle eine Reise zur Besichtigung des Nordostsee-Kanals, der Flotte und Marineanlagen unternehmen, erklärte der Staatssekretär v. Tirpitz sich mit Freuden bereit, die Flottenbewilligungs-große Kommission in seinem Reichsbereich zu empfangen. —

### Die Isolierung Deutschlands.

Die völlige Isolierung der deutschen Diplomatie auf der Konferenz zu Algieras tritt heute noch klarer zutage. Unter den Mächten, die sich demonstrativ auf die Seite Frankreichs und Eng-

lands stellen, befindet sich auch Rußland, der Erbfreund der deutschen Regierung. Gerade von russischer Seite wurde am Montag ein Projekt entwickelt, das Uebertagung der Polizei an Frankreich und Spanien vorsieht. Der russische Vertreter brachte ein Schriftstück zur Verlesung, in dem auf den Zustand der Unsicherheit hingewiesen wurde, in dem sich Marokko zurzeit befindet und in dem betont wurde, daß alle Mächte das gemeinsame Interesse hätten, daß die Ordnung besonders in den Küstenstädten wieder hergestellt werde. Was nun die Schaffung einer internationalen Polizei betreffe, so sei Rußland der Meinung, daß eine gemeinsame Aktion der Mächte unwirksam sein werde, was ja durch die internationale Polizei in Tanger bewiesen worden wäre. Andererseits sei es nicht möglich, von marokkanischer Seite selbst eine genügende Organisation zu erwarten. Eine praktische Lösung der Frage müsse in einer dem Sultan von Frankreich und Spanien zu leistenden Unterstützung gesucht werden.

Der französische Vertreter Reboil schloß sich den Ausführungen des russischen Bevollmächtigten an. In den acht Hauptstädten Marokkos müsse eine Polizeitruppe von etwa 2000 marokkanischen Soldaten organisiert werden. Diese Polizeitruppe sei von einer Anzahl von Offizieren zu befehligen. Diese Offiziere müßten scharfsichtige Beamte sein und ihre Wahl sei vom Sultan, als dem Souverän, zu bestätigen. Sowohl der englische als auch der spanische Bevollmächtigte traten diesen Ausführungen Reboils durchaus bei. Das Zusammenwirken Frankreichs und Spaniens als der angrenzenden und daher an der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung geordneter Zustände am meisten beteiligten Staaten stehe nicht im Widerspruch mit der Gleichberechtigung der Mächte und gefährde nicht den Grundfah der wirtschaftlichen Freiheit. Hierauf wurde die Sitzung vertagt. Am Mittwoch soll über die Panfrage, am Donnerstag über die Polizeifrage weiter beraten werden.

Nach der gestrigen Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung darf es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland nun doch in der Polizeifrage nachgeben und sich damit begnügen wird, das Prinzip der offenen Tür gesichert zu haben. Da Frankreich zu diesem Zugeständnis auch vor der Marokko-Konferenz schon bereit war, ist nicht einzusehen, welchen Vorteil Deutschland durch diese Konferenz erlangt hat; wohl aber hat es Deutschland erreicht, als der schließlich mühsam zur Raison gebrachte Ruhestörer betrachtet zu werden! —

### Deutsches Reich.

#### Schamlos!

Von dem Reinfall der Berliner politischen Polizei hat die Presse bis jetzt noch keine Notiz zu nehmen für nötig befunden. Daß sich Beamte der politischen Polizei herausnehmen, ehrenwerte Männer zu allerhand Schurkereien verleiten zu wollen, und zwar durch Summen, die dem allgemeinen Staatsfonds entnommen sind, daß es sich im vorliegenden Fall ebendies offenbar um den Versuch der Verleitung zur Aneignung fremder Gegenstände handelte, ist für die bürgerliche Presse etwas so Uninteressantes und Nebensächliches, daß sie es der Erwähnung nicht für wert hält. Insbesondere unsere freisinnige Presse ist ja durch die seitenslangen Berichte über die letzten höfischen Feiertlichkeiten so sehr in Anspruch genommen worden, daß sie sich jetzt erst einmal eine Weile von diesen Strapazen erholen muß!

Allein die „Post“ beschäftigt sich mit unserer Aufdeckung der neuesten Polizeisclamaage. Dies Blatt hat sich ja auch so oft darüber entrüstet, daß es die sozialdemokratische Presse nicht verschmäht hat, Anekdoten von politischer Bedeutung zu veröffentlichen, die ihr nur auf dem Wege des Vertrauensbruches zugegangen sein konnten, daß es begreiflich ist, wenn es auch jetzt mit seiner sittlichen Entrüstung nicht spart. Freilich würde man sich irren, wenn man annähme, daß diese Entrüstung der politischen Polizei gelte, die nicht etwa gleich der sozialdemokratischen Presse ihr freiwillig und ohne ihr Zutun zugegangene Mitteilungen verwertet, sondern die direkt ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei durch Bestechung zum schafelsten Vertrauensbruch, ja zur Aneignung ihr nicht gehöriger Gegenstände zu verleiten suchte. Die „Post“ ist vielmehr darüber moralisch entrüstet, daß der „Vorwärts“ den totalen Reinfall der politischen Polizei niedriger hängt. Nicht über den p. p. Reumann gießt sie die Schale ihres Jorns aus, vielmehr bestift sie die Schamlosigkeit, den Genossen Fischer in der pöbelhaftesten Weise zu verächtigen. Daß dieser Genosse dem Kriminalbeamten Reumann die Behauptung in den Mund legt, die „Post“ habe ihre Mitteilungen über die angeblichen Absichten der Sozialdemokratie am 21. Januar nicht von der Polizei, sondern wahrscheinlich von den Redakteuren des „Vorwärts“ selbst erhalten, veranlaßt sie zu der Aeußerung, diesem „hart verarbeiteten Felde“ habe sich wohl ein Mühlrad im Kopfe herumgedreht, in seinem „fiebernden Hirn und im inneren Kampfe, ob er den Lockungen folgen soll“, habe er wohl nur mit halbem Ohre angehört und so die Worte des Polizeibeamten mißverstanden. Im übrigen sei es ja auch beim „Vorwärts“ nichts Neues, daß ein Angestellter seine Feder in den Dienst des Gegners stelle, wie es sich ja „bei der großen Katastrophe“ im letzten Herbst deutlich genug herausgestellt habe. Auch „angesehene Genossen“ scheuten keine Nebenverdienste nicht, auch wenn sie mit den Parteigrundsätzen nicht vereinbar seien. Habe sich doch ein „Vorwärts“-Korrekturen nicht geniert, seinen Dienst in die Feder eines Blattes zu stellen, mit dem der „Vorwärts“ im heftigsten Kampfe gelegen habe.

Die „Post“ weiß natürlich ganz genau, daß der erwähnte „Vorwärts“-Korrekturen (der mit der Redaktion gar nichts zu tun hatte) damals nicht etwa für ein gegnerisches Blatt, sondern für ein Parteiblatt, nämlich die „Leipziger Volkszeitung“, geschrieben hatte, daß also diese seine Tätigkeit mit „Partei-grundsätzen“ ganz und gar nicht kollidierte. Das verschweigt aber die „Post“, um bei den weniger orientierten Lesern den Anschein zu erwecken, als ob es sich möglicherweise um ein bürgerliches Blatt gehandelt habe. Diese schurkische Niedertracht wird aber noch über-gipfelt durch die infame Verdächtigung des Genossen Fischer, der — wider besseres Wissen — der Charakterlosigkeit bezichtigt wird, den Versuchen gegenüber geschwankt zu haben! Wider besseres Wissen, da ja der „Vorwärts“ des langen und breiten auseinandergesetzt hat, daß Genosse Fischer von dem Ansinnen der politischen Polizei sofort seinen Partei-genossen Mitteilung gemacht hatte und nur auf Anraten derselben zum Zwecke der Entlarvung der Versuche sich überhaupt auf weitere Verhandlungen eingelassen hat. Wir begnügen uns mit der Annagelung dieser Erbärmlichkeiten — zu einer Polemik sind solche Gegner zu schmutzig! —

#### Wahrung und Anklage!

Die Sicherheit des Betriebes ist das leitende Prinzip der Eisenbahnverwaltung. So verbindet nach jedem Eisenbahnunglück umbeirrt die respektiven Ressortvertreter im Parlament. Es dürfte aber schwer fallen, nachzuweisen, daß die Regierung kein Wort triff, wenn eines Tages Landsberg a. B. der Schauplatz einer

verhängnisvollen Katastrophe geworden ist. Die Eisenbahnverhältnisse fordern hier ein Unheil geradezu heraus, trotzdem die Regierung auf die bedenklichen Zustände schon wiederholt aufmerksam gemacht worden ist. Die Stadtverwaltung und die Handelskammer bemüht sich ohne Erfolg schon wiederholt, der Regierung das Gewissen zu schärfen. Darauf wird man hinweisen, wenn eines Tages zerfetzte Menschenleiber und vernichtete Menschenleben der Sorglosigkeit und Nachlässigkeit als Kollaterale erstehen!

Daß Landsberg bisher noch nicht der Ausgangsort der Schreckens-tunde von einem großen Eisenbahnunglück war, muß bei den herrschenden Verhältnissen wirklich als Wunder bezeichnet werden. Wären die Einwohner auf die bestehenden Kalamitäten nicht eingedrückt wie der Mehltau auf Honnenmachern, Einzelunglücksfälle würden zu den Tagesereignissen zählen.

Kahmal wird Landsberg im Strahemiveau von der Ostbahn durchschnitten. Parallel der Bahn sieht, auf eine Entfernung von 100–200 Meter, die Barthe, sodas die Stadt durch Bahn und Fluß in drei Komplexe geteilt ist. Jeder Teil hat industrielle Betriebe; der Güterbahnhof liegt zwischen Barthe und Bahn. Die durch solche hervorgerufenen Kalamitäten wird noch verschärft durch die Enge der Straßen und Ueberführungen, ferner durch den Umstand, daß die letzteren meist ein Arm bilden und die industriellen Betriebe — Sägewerke — ihr Rohmaterial durch die Stadt, über die Bahn, hereinholen müssen.

Die gegenseitige industrielle Abhängigkeit bedingt eine starke Frequenz. Die Stadtverwaltung hat wiederholt Zählungen veranstaltet; als Durchschnittsverkehr wurde pro Tag für die sechs hauptsächlich in Betracht kommenden Bahnübergänge ermittelt: 23 663 Personen, 1982 Fuhrwerke, 654 Handwagen, 192 Pferde und Reiter und 783 Fahrräder.

Nun passieren täglich 87 Züge die Strecke; 87 mal werden die Barrieren geschlossen, oft auf 15 bis 20 Minuten. (Zusammen durch die Schrankenschließung täglich der Verkehr während 3 bis 4 Stunden unterbrochen!) Das ist für die Bevölkerung, besonders für die Arbeiter, die in einem Städtchen wohnen, im anderen ihre Arbeitsstätte haben, eine arge Belästigung, und für die Industrie bedeutet der Aufenthalt der Lastfuhrwerke an den Bahnübergängen eine erhebliche finanzielle Belastung und große Betriebsstörung. Sodann wird infolge der Enge der Straßen — stellenweise treten die Häuser auf beiden Seiten bis unmittelbar an das Gleise heran — bei der geringsten Unachtsamkeit der Bahnwärter und bei Jugerversäntungen usw. die Gefahr von Unglücks-fällen heraufbeschworen, deren ja auch eine ganze Anzahl zu verzeichnen sind. An zwei Uebergängen wird die Schranke sogar mechanisch von der nächsten Bahnwärterstation geschlossen. Da bei Jugerversäntungen und auch sonst diese Uebergänge oft unverhältnismäßig lange gesperrt bleiben, wird die Schranke von Passanten einfach geöffnet. Auch dadurch sind schon mehrfach Unglücksfälle passiert, sie werden begünstigt, weil das Herannahen eines Zuges auf weitere Entfernung nicht bemerkt werden kann.

Die bestehenden Verhältnisse bilden aber nicht nur ein außer-ordentliches Verkehrshindernis, sie sind nicht nur die Quelle un-unterbrochener Unglücksgefahr für die Passanten, sie bergen auch die Gefahr großer Katastrophen. Der Hauptverkehr konzentriert sich auf die Brückenstraße. Diese hat zur Bahn ein sehr starkes Gefälle. Den Bahnübergang im Zuge dieser Straße passieren viele mit Langholz beladene Wagen, die den Sägewerken das Rohmaterial zuführen. Es ist nun schon passiert, daß infolge plötzlichen Schließens der Schranken ein Wagen nicht schnell genug zum Stillstand gebracht werden konnte, er fuhr bis unmittelbar an die Schranke heran, die schweren Holzrager ragten über diese hinaus auf das Bahndest. In diesem Augenblick brauste ein Zug heran! Nur dem schnellen kräftigen Eingreifen mehrerer Passanten, die den Wagen zurückshoben, ist die Verhinderung einer Eisenbahnkatastrophe, die vielen Reisenden das Leben kosten konnte, zu danken. Nun male man sich das Unglück aus, wenn in einem kritischen Moment einmal eine Wagenbremse verlagert oder die Pferde scheuen! Nicht nur die vor den Schranken wartenden Passanten, welchen nach keiner Seite hin ausweichen können, sind in Lebensgefahr, auch der Eisenbahnzug ist gefährdet!

Was will die Regierung sagen, wenn ein Unglück passiert?

Daß auch sonst noch allgemeine Gefahren bestehen, beweist folgendes Vorkommnis: Die Feuerwehr wurde eines Tages alarmiert. Die Bahn mußte gesperrt werden, aber die Schranke war geschlossen. Hochauf loderten die Flammen, die Feuerwehr mußte eine Viertelstunde vor der Barriere warten! Wenn in diesem Falle auch keine Menschenleben in Gefahr waren, so kann das aber bei ähnlicher Gelegenheit, morgen, heute, der Fall sein.

Will die Regierung auch für solche Eventua-litäten die Verantwortung übernehmen?

In einer besonders prekären Lage befindet sich die Stadt wegen eines Brückenbaues. Im vorigen Jahre wurde die Barthe-Brücke, welche die Brückenstraße mit der Altstadt verbindet, durch Brand zerstört. Eine provisorische Holzbrücke, die aber durch eine feste, feuersichere Brücke ersetzt werden muß, vermittelt nun den Verkehr. Ganz selbstverständlich wünscht die Stadt das neue Brückenprojekt der Lage anzupassen, die durch Kenderung der für die Dauer mißhaltbaren Eisenbahnverhältnisse geschaffen wird, um nicht eventuell miß-günstig große materielle Aufwendungen zu machen. Landsberg ist keine reiche Stadt, die sich den Luxus erlauben darf, hundert-tausend Mark ins — Wasser zu werfen. Nun hat aber die Regierung in Frankfurt begutachtet, die Eisenbahnverhältnisse erheblich keine Kenderung und die Stadt erhält von derselben Behörde die Auf-forderung, den Plan für die neue Brücke einzureichen. So wird schließlich die Stadt gezwungen, große Aufwendungen zu machen für eine Brücke, die, wenn doch die Bahnverlegung vorgenommen wird, vielleicht wieder für ihren Zweck halb oder ganz unbrauchbar geworden ist.

Will die Regierung auch das dulden?

Greift man hier nicht tafkräftig ein, dann kann sich die Regierung nicht von dem Vorwurf reinigen, den Erfordernissen der Betriebssicherheit keine Rechnung getragen, städtische und industrielle Interessen in rücksichtsloser Weise mißachtet zu haben, und wenn sie eines Tages wegen einer Katastrophe auf der Anklagebank zu erscheinen hat, dann wird sie dem Verdikt schuldig nicht ent-rinnen! —

#### Die Disziplin in der deutschen Kriegsmarine.

Vom Landgericht in Kiel sind kürzlich zwei Redakteure infired Kieler Parteiorgans, der „Schleswig-Holst. Volkszeitung“, wegen Beleidigung von Marineoffizieren und Mannschaften zu schwerem Gefängnisstrafen verurteilt worden, weil sie in Artikeln über die bekannten, seinerzeit auch im „Vorwärts“ geschilderten Vorgänge auf dem Kreuzer „Franenlob“ die Disziplin in der deutschen Marine in Zweifel gezogen hatten. Besonders äbel war den Angeklagten vom Staatsanwalt und vom Gericht ein in den Artikeln enthaltener Hinweis auf die „Reuterei“ des „Botenka“ genommen worden. Der Disziplin in der deutschen Kriegsmarine war von den uniformierten Zeugen der Anklage begeistertes Lob gesendet worden; sie sei über jeden Zweifel erhaben.

Daß die nachgewiesenen Vorkommnisse auf dem Kreuzer „Franenlob“ nicht so vereinzelt dastehen, wie der zivile Gerichtshof annahm, beweisen die vielen Vergehen gegen die Disziplin, mit denen sich fort-gesetzt die Marinekriegsgerichte zu befassen haben, und Beweis auch

weder eine Verhandlung, die am Freitag vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Kiel stattfand. Angeklagt, einen Vorgesetzten durch Drohung zur Unterlassung einer Diensthandlung zu bestimmen versucht zu haben, war der Matrose Krüger vom Linienschiff „Karl der Große“. Der Anklage lagen folgende Vorgänge zugrunde. Am Abend des 11. Februar kam der Hund des Oberleutnants zur See W. in die Offizierskantine des Schiffes gelaufen und trug am Halsband befestigt einen Zettel, auf dem sein Herr, der Oberleutnant, schwer beschimpft war. Die Anrede lautete: „Du Lump!“, und es hieß dann, wenn er so fortfahre, werde er ein paar Zoll kaltes Eisen zu schmecken bekommen. Unterschriften war die Botschaft: „Deine Freunde“.

Mit Wichtigkeit wurde als der Verfasser des Briefes der Angeklagte ermittelt, der auch in der Gerichtsverhandlung ohne weiteres zugab, den Zettel geschrieben zu haben. Er sei empört darüber gewesen, daß er in die 4. Korporalschaft der Division des Oberleutnants gestellt worden sei, die allgemein als „Verbrecher-Korporalschaft“ bezeichnet werde und sich einer besonders strengen Behandlung zu erfreuen habe. Die Mannschaft sei sich darüber einig geworden, durch den Zettel die Aufmerksamkeit des Oberleutnants auf die Zustände in der Korporalschaft und auf die Unzufriedenheit der Mannschaft hinzuwirken. Den Zettel habe er zwar geschrieben, aber wer ihn weiterbefördert habe, wisse er nicht. Der Oberleutnant erklärte, daß er den Angeklagten erst seit 14 Tagen in seiner Division habe. Seine Führung sei gut, aber seine Leistungen seien ihm von dessen früherem Divisionsoffizier als weniger zufriedenstellend bezeichnet worden, und so habe er ihn der vierten Korporalschaft zugewiesen, die aus den Leuten mit den schlechtesten Leistungen zusammengesetzt sei. Durch den häufigen Wechsel der Divisionsoffiziere sei die Korporalschaft vernachlässigt gewesen, und er habe es sich angelegen sein lassen, etwas Zug hineinzubringen. Welcher Art dieser „Zug“ gewesen, erfuhre man leider in dieser Verhandlung nicht, denn das Gericht beschloß, da sich aus dem Geständnis des Angeklagten ergebe, daß Reuterei nach § 108 des Militärstrafgesetzbuches vorliege, die Verhandlung auszusetzen, um die Komplizen des Angeklagten zu ermitteln.

Jedenfalls steht soviel bereits fest, daß die Mannschaften der „Verbrecher-Korporalschaft“, die zwar schwache Leistungen, aber doch gute Führung aufzuweisen hatten, sich schwer haben beeinträchtigt fühlen müssen, ehe sie auf ihr eigenartiges Auslieferungsmittel, das im gewöhnlichen Leben höchstens als Dummerjungenstreich, beim Militär aber als schweres Verbrechen aufgefaßt wird, verfielen. —

#### Dr. Beumers „Beleidigungsmaterial“.

Als in vorletzter Woche Genosse Hue im Reichstage die geradezu skandalösen Zustände in den Hüttenbetrieben des Rheinisch-Westfälischen Industriegebiets in so treffender Weise geißelte, glaubte der Vertreter für den Industriezweig Rheinisch-Westfälischer Oberhausen-Huochort, der bekannte Herr Dr. Beumer, seine „Arbeitgeber“ aus der Patzsch helfen zu müssen. Er tat dies in der Weise, daß er dem Reichstage polemische Bilder vorführte, monach Löhne, Arbeitszeit und die hygienischen Einrichtungen eigentlich als Muster für das übrige industrielle Deutschland gelten müßten. Die Lehre, die ihm dann darauf jedoch wiederum Genosse Hue als ausgezeichneter Sachkenner zuteil werden ließ, scheint nun nicht so ganz ohne Wirkung geblieben zu sein, denn es ist bereits in einem der Kruppischen Hüttenbetriebe prompt eine — „freiwillige Lohnerhöhung“ erfolgt! Man denke bloß: Bei Krupp eine „freiwillige Lohnerhöhung“! — Schade nur, daß die Sache einen kleinen Haken hat, der aber gerade genügt, um das System und die polemischen Dörfer des Dr. Beumer so recht zu charakterisieren. In dem betreffenden Kruppischen Betriebe hat man nämlich die Arbeiter, die eine ununterbrochene zwölfstündige Arbeitszeit haben (das Mittagsbrot wird am Arbeitsplatz in einer  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{2}$  stündigen Pause so nebenbei genossen), einzeln ins Konitor kommen lassen und dort ist ihnen dann eröffnet, daß sie von jetzt an nur noch 11 Stunden — bezahlt bekämen. Damit sie aber keinen Schaden erleiden sollten, werde der Stundenlohn um einige Pfennige erhöht werden! Also: die zwölfstündige Arbeitszeit bleibt nach wie vor dieselbe, aus „technischen“ Gründen, aber 11 Stunden werden nur als Arbeitszeit berechnet! Wozu das? — Nun, damit Herr Dr. Beumer, wenn er wieder einmal für seine Arbeitgeber eintreten muß, dann mit einer elfstündigen Arbeitszeit und einem „freiwillig erhöhten“ Stundenlohn aufwarten kann!

So wird's gemacht. In dem betreffenden Kruppischen Betriebe müssen die Arbeiter alle 14 Tage einmal 24 Stunden und abwechselnd sogar 36 Stunden in einer Tour durcharbeiten. (1) Zuweilen, wenn in der Zwischenzeit noch einige Leberstunden hinzukommen, haben die Arbeiter dann über 200 Arbeitsstunden in ihrer 14tägigen Lohnperiode. Nun haben Sie wieder das Wort, Herr Dr. Beumer!

#### Die man Rheumatismus kurtiert.

Braunschweig, 4. März. Eine merkwürdige Heilmethode hat der Unteroffizier Schlicht vom 92. Infanterie-Regiment bei einem an Rheumatismus leidenden Rekruten zur Anwendung gebracht. Der Rekrut Hegewald, welcher zu der von Schlicht auszubildenden Korporalschaft gehörte, litt an Rheumatismus im rechten Bein. Obwohl er aber bei den Übungen oft heftige Schmerzen empfand und sogar sein Hauptmann und sein Leutnant ihm anrieten, sich krank zu melden, war der junge Mann so dienstfertig, daß er die Patzsch zusammenbiß und in der Hoffnung, es werde schon von selbst besser werden, sich weiter an den Übungen beteiligte. Bei einem anstrengenden Marsche merkten die Offiziere seiner Kompanie, daß Hegewald sich nur unter großen Qualen fortzuschleppen vermochte, und ermahnten ihn nochmals dringend, sich als krank anzumelden. Hegewald leistete diesmal dem Rate Folge und erkrankte am Abend dem Unteroffizier Schlicht Meldung. Da kam er aber schon an. „Was? Krank? Rheumatismus? Nun, mein Sohn, den werden wir Dir schon austreiben.“ Sprach's und gebot dem Kranken, wie ein Zirkuspferd im Kreise herumzulaufen; jedesmal wenn er an ihm vorbeikam, versetzte er ihm einen derben Hieb mit der Klopppeitsche. „Nun, willst Du Dich jetzt noch krank melden?“ fragte er dann nach einiger Zeit. „Ja wohl.“ — „No, denn lauf man noch mal.“ Wieder begann die Prozedur mit der Klopppeitsche und das ging so lange fort, bis der Gequälte erklärte, er nehme von der Krankmeldung Abstand. Auch sonst nahm der gestrenge Unteroffizier auf das Leiden Hegewalds, der sich im Dienste tatsächlich die größte Mühe gab, nicht die geringste Rücksicht. Wenn Hegewald des Abends beim Ausleiden seines schmerzenden Beines wegen die Hosen nicht schnell genug ausziehen konnte, trat abermals die Klopppeitsche in Tätigkeit. Ebenso malträtierte er ihn bei den Turnübungen in der grausamsten Weise. Auch den anderen Leuten gegenüber spielte sich Schlicht als Tyrann auf. So ließ er sie tagelang des Morgens mit nüchternem Magen in den Dienst gehen, sie durften den auf dem Tische bereitstehenden Kaffee nicht anrühren, und statt des Abendbrotes beschränkte er eines Tages den müde und hungrig vom Dienst kommenden Mannschaften eine Anzahl Klammzüge an den Zimmerturngeräten. Erst als Hegewald schließlich als dienstuntauglich entlassen worden war, wurde durch seinen Vater dem Kompaniechef Anzeige über das Verhalten des Unteroffiziers Schlicht erstattet. Schlicht hatte sich am Sonnabend vor dem Kriegsgericht wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung untergeordnet in 120 Fällen zu verantworten. Dem ehemaligen Rekruten Hegewald wurde von den Offizieren das allergeringste Zeugnis ausgestellt. Auffälligerweise lauteten die Aussagen der übrigen Soldaten, die in der Voruntersuchung durch aus Hegewalds Darstellung des Sachverhalts bekräftigt hatten, gähen plötzlich wesentlich günstiger für Schlicht, so daß der Verhandlungsführer sich veranlaßt sah, der Sache auf den Grund zu gehen. Durch Hin- und Herfragen brachte er die Leute zu dem Eingeständnis, daß der Unteroffizier Schlicht sie zu „bearbeiten“ versucht habe, damit sie zu seinen Gunsten ausgingen. Infolgedessen

wurde die Verhandlung vertagt, da gegen Schlicht nunmehr ein Verfahren wegen Verleitung zum Meineide eingeleitet werden soll, welches man gleichzeitig mit der vorliegenden Sache zu erledigen beabsichtigt. Unteroffizier Schlicht wurde sofort verhaftet. —

#### Wiß für die Regierung!

Großsprecherisch verkündeten kürzlich die Eisenindustriellen, sie könnten mit Ruhe einer Untersuchung der Verhältnisse in der Eisen- und Stahlindustrie entgegensehen, diese würde ergeben, daß Verhältnisse nicht vorhanden seien. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß die Untersuchungen nicht zu einer Farce werden, über welche sich die Unternehmerorgane selbst lustig machen. Welchen Wert die amtlichen Untersuchungen nach der bisherigen Schablone haben, wie diese Untersuchungen von den Unternehmern selbst als Schwindel charakterisiert werden, dafür liegt wieder ein sehr bezeichnender Fall vor. Der „Vorwärts“ hatte kürzlich über das Leber- und Reberschichten im Ruhrbergbau einige tatsächliche Angaben veröffentlicht. Die Unrichtigkeit unserer Mitteilung soll nun durch eine — amtliche Untersuchung festgestellt sein. Die „Köln. Ztg.“ berichtet darüber folgendes:

„Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind diese Behauptungen zum Gegenstand amtlicher Untersuchung gemacht worden, wobei sich herausgestellt hat, daß sie teils ganz unzutreffend, teils übertrieben sind. Es ist allerdings richtig, daß die Zahl der Leber- und Reberschichten im Januar in den einzelnen Revieren gegenüber den Monaten November und Dezember 1903 etwas gestiegen ist. Die Steigerung, die auf den derzeit sehr guten Kohlenabfuhr sowie auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Reberschichten infolge des Wagemangels am Ende des vergangenen Jahres zahlreiche Feuerschichten haben einlegen müssen, ist indes nur mäßig gewesen. Die Zahl der Leber- und Reberschichten hat im Monat Januar im Durchschnitt des ganzen Oberbergamtsbezirks ungefähr 2 auf den Kopf der Belegschaft betragen, wobei die Leber- und Reberschichten von weniger als acht Stunden auf achtstündige umgerechnet sind. Nur im Revier Oberhausen ist diese Zahl etwas größer gewesen, hat aber auch hier das Maß des Zulässigen nicht überschritten. Von einem „Florieren des Leber- und Reberschichtenwesens“, das etwa gegen den Wortlaut oder Sinn der gesetzlichen Bestimmungen verstoßen würde, kann also nicht die Rede sein.“

Es sind auch keine Fälle bekannt geworden, daß sich ganze Belegschaften geweigert hätten, Leberschichten zu verfahren, oder daß den Arbeitern im Falle der Weigerung mit Entlassung gedroht worden wäre. Aus fast allen Revieren wird vielmehr berichtet, daß die Arbeiter sich in der Regel zum Verfahren von Leberschichten drängen und daß vielfach die Anträge der Leute abgelehnt werden müssen. Nur vereinzelt sind Weigerungen solcher Arbeiter vorgekommen, die Mitglieder des alten Verbandes sind und die gegen das Verfahren von Leberschichten stark agitieren. Ein Nachteil ist aber auch diesen Arbeitern aus ihrer Weigerung nicht erwachsen.“

„Teils ganz unzutreffend“, „teils übertrieben“, ist sehr schön — nichtsdagend stillisiert. Wir können uns die eigene Polemik gegen die Auslassungen ersparen, wir begnügen uns damit, folgenden Marktbericht des amtlichen Organs des Bergbauischen Vereins und einer Reihe anderer Fachverbände hierher zu setzen. Das Blatt „Glückauf“ schreibt:

„Auf dem Ruhrkohlenmarkte hat die gute Lage, welche den Januar auszeichnete, im Februar unverändert angehalten, doch war der Begehr nicht mehr so dringend wie im Vormonat, wozu auch der mit der fortschreitenden Jahreszeit nachlassende Bedarf an Gaskohlen und Hausbrandsorten beitrug. Bei voller Förderfähigkeit der Werke, welche fast durchgehend zahlreiche Leberschichten verfahren, und regelmäßiger Wagenstellung konnte die Nachfrage wieder in vollem Umfange befriedigt werden, nachdem sie in den beiden Vormonaten nicht unwesentlich die Lieferungs-fähigkeit der Werke überschritten hatte.“

Also zahlreiche Leberschichten sind verfahren worden! Wir geben der Regierung auf, die Unstimmigkeit in den beiden — amtlichen Konstatierungen aufzuklären. —

#### Die Geertchau der Nationalliberalen Sachsend.

Leipzig, 5. März. (Fig. Ver.)

Gestern hielten die Nationalliberalen Sachsend ihre dies-jährige Generalversammlung in eipzig ab, die aufs neue bewiesen hat, daß es mit der nationalliberalen Partei als politischem Faktor endgültig vorbei ist. Wohl versuchen es einige der Jungliberalen denn und wann, dem mühen Parteiexponenten einiges Leben einzuhauen, aber das zeigt dessen Hinfälligkeit nur um so deutlicher. In einer von der Wahlrechtsbewegung so aufgeregenen Zeit war anzunehmen, daß die Nationalliberalen mindestens außerhalb des sächsischen Landtages ihre Prinzipien vertreten würden, um wenigstens ihre reaktionären Pläne damit zu decken. Aber nichts von alledem! Nicht einmal die Landtagsabgeordneten waren in ihrer Mehrheit erschienen, sondern nur ganz drei Mann, wonit schon ausgedrückt ist, daß die eigenen parlamentarischen Vertreter dieser Tagung keine Bedeutung beizumessen.

Dieser Nichtachtung der Tagung durch die Abgeordneten hat den Veranstalter denn auch nur Schmerzensehre entlockt, aber weiter ist man nicht gegangen. — Die Bedeutungslosigkeit der paar zusammengelommenen Männlein wird auch dadurch drastisch illustriert, daß man es nicht einmal zu irgend welchen Beschlüssen über sächsende politische Fragen brachte; es sei denn, man betrachte schon als „Beschlüsse“ etwa die Zustimmung zu Ausführungen wie: „daß es der Partei gelingen möge, durch ihre ernste Mitarbeit zur Gesundung unserer politischen Verhältnisse beizutragen.“ Voraussetzung sei ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer, das die Bevölkerung, insbesondere aber auch das liberal gesinnte Bürgertum, wieder für eine lebhafte politische Tätigkeit, in der das beste Mittel gegen die verheerende Politik der Sozialdemokratie zu suchen sei, gewinne.“

Hätten die Leute einen funken politischen Verstand, so müßten sie jetzt die Wahlrechtsbewegung der Sozialdemokratie unterstützen, wodurch allein die konservative Herrschaft gebrochen werden könnte. So können sie aber noch auf weitere Mittel, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Ihre größte Sorge aber ist, wie sie fünf Vertreter von Handel und Industrie in die Erste Kammer bringen. In ihrer Beschränktheit sprechen sie im Zusammenhang damit auch noch von einer „Reform“ dieser merkwürdigen Gesetzgebungsform.

Nach diesen „politischen Forderungen“ wird man es nun begreifen, daß die Kandidaten bei der Kandidatenaufstellung in den Landtags- und Reichstagswahlkreisen auf ihre ehemaligen Kartellbrüder keine Rücksicht mehr nehmen und ihnen einfach einen Kandidaten aufstrotzen. Ein Schulbeispiel dafür ist die letzte Reichstagswahl in Chemnitz.

Wie es mit der Organisation dieser ehemals so großen und stolzen Partei aussieht, zeigt der Bericht. Wohl wird darin von 5000 Mitgliedern gesprochen, aber die Kampferhältnisse reden eine andere Sprache. In neun Monaten hat die reiche Partei 5281,90 M. eingenommen, so daß auf das Mitglied etwa 1,60 M. Beitrag kommt.

Wenn man schließlich beim Parlamentsbericht noch die Frage eines außerordentlichen Landtages behandelt hat, und meinte, daß es gut sei, wenn ein solcher einberufen würde, so zeigt dies wohl am besten den Ernst, der die Verhandlungen beherrscht.

Es wäre freilich auch ein Wunder, wenn aus den Nationalliberalen, nachdem sie 20 Jahre konservative Erziehung genossen haben, etwas anderes als insofernlose treue Freidolme der sächsischen Reaktionen hervorgegangen wären. Daß sie dies sind, hat diese Generalversammlung evident bewiesen. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Der Zustand der Klerikalen Bayern.

Paris, 4. März. (Fig. Bericht.)

Die von den Feudalen angezettelte Revolte greift im Departement Haute-Vienne immer mehr um sich. In vielen Dörfern predigen die Pfarrer den „heiligen Krieg“. Die Landstrafen sind durch gefällte Bäume gesperrt. Mit Heugabeln und Flinten bewaffnete Bauern halten Wache und lassen keine Fremden passieren. Auch die Pariser Journalisten, die auf den „Kriegsschauplatz“ geschickt worden sind, werden nur durchgelassen, wenn sie Empfehlungsbriefe an die Pfarrer bei sich haben! In vielen Orten legen die Bauern auf den Zufahrtstrecken und vor den Kirchentoren Pulverminen! Auch wird, was an Gewehren und sonstigen Waffen vorhanden ist, zusammengeleert! Scheunen werden in Heughäuer verwandelt. Saint-Paul-de-Flauris z. B. wird nach allen Regeln mittelalterlicher Kriegskunst verteidigt. Der Kirchentempel ist vollständig verbarakadiert, der Boden durch Stahlgewebe unpassierbar gemacht. Ueber dem Hauptportal der Kirche, in der Höhe von 6 bis 7 Metern ist an einem um den Schlägel der großen Glocke geschlungenen Seil ein riesiger Steinbock aufgehängt, mit dem die Verteidiger die Organe des Staats zu erschüttern beabsichtigen. Die Kirchentore sind ausgehoben und an Stelle der Scheiben Steine hinter dicken Brettern aufgeschichtet, die mittels geschmiedeter Ketten am Boden der Kirche befestigt sind. Ebenso sind alle Kirchentore verrammelt. Auf dem Glockenturm und auf dem Kirchendache sind alle Ziegel ausgehoben, so daß die Verteidiger oben die Munde machen können. Ein Graben von  $2\frac{1}{2}$  Meter Tiefe schießt den Friedhof, der die Kirche umgibt, gänzlich ab. Im Innern des „Gotteshauses“ ist überdies eine Sänne errichtet, an deren Feuer in Kübeln bereitstehendes Wasser zum Sieden gebracht werden soll. — In Serrières wären die Beamten beinahe erschlagen worden. Die Bauern ließen ungeheure Steinblöcke von den Abhängen auf die Chaussee hinabrollen. Das Militär konnte die Beamten nicht schützen, und diese mußten die Flucht ergreifen! In anderen Orten wurden Geiselnene den Genarmen entzogen. In Saint-Marlin-de-Fugeres erhielt der Inventurbeamte einen Schuß in die Schulter.

Die ausgehobenen Bauern haben natürlich keine Ahnung von der wahren Bedeutung der Inventur der Kirchen. Die Pfaffen liegen ihnen auf den Kängeln vor, die heidnische und jüdische Republik wolle die Kirchen überhaupt zu pulvern und den Gottesdienst verbieten. Auch erzählen sie, die Regierung habe den Sozialisten versprochen, den Bauern ihr Eigentum wegzunehmen und es zu verteilen! Es ist die Schuld der Bourgeoisrepublik selbst, die solange die Volksschule in den Händen der Klerikale gelassen hat, daß jetzt die Monarchisten die Einsat der Landbevölkerung so mißbrauchen können. In ganzen sind von den 69 000 Kirchen in Frankreich erst 25 000 inventarisiert und darunter jumeit die, bei denen die Operation am leichtesten war. Wenn nun auch schon in den nächsten Wochen — mit dem fortschreitenden Frühling — die vorbenannten Kommunitationsverhältnisse manche Erleichterung schaffen werden, so ist andererseits mit dem Fortdauern der Agitation — und für diese hängt schon die Nähe der Wahlen — noch ein Anwachsen des Widerstandes zu erwarten. In den letzten Wochen wurde etwa in 700 Kirchen pro Tag die Inventur bemerstelligt. Bleibt es bei demselben Tempo, so werden sich die Operationen bis tief in den April hineinziehen, also bis zu den Wahlen, wie es die Reaktionen wünschen.

Die Zurechtweisung der Klerikalen wird natürlich durch die Freigabe der Regierung, die gegen die Klerikale Revolte im Offizierskorps nichts zu unternehmen weiß, noch gesteigert. Für die Offiziere ist die Märtyrerkrone billig zu haben. Sind sie doch sicher, bei Dienstverweigerung mit ein paar Wochen Arrest, ohne Abweisung, abzukommen. Bezeichnend für den Terrorismus der pfäfflichen Clique in der Armee ist die Abbitte, zu der sich der alte Galliffet verstanden hat, der in seiner unerfährlichen Klammesucht sein politisches Ereignis vorübergehen läßt, ohne irgend eine Äußerung in die Presse zu bringen. Nach der jüngsten Dienstverweigerung der Offiziere schrieb er an den Kommandeur: „Dura lex, sed lex.“ (Das Gesetz ist hart, aber es ist eben das Gesetz.) Doch der wackere Kommunitätsführer weicht sich unter Umständen sein „anzupassen“. Da sein Ausspruch in Klerikalen Kreisen Mißverständnisse hervorrief, veröffentlicht er schließlich einen Kommentar dazu, der aber tatsächlich ein Widerruf ist: Gesetz müsse Gesetz bleiben, aber wie könne man Männer verurteilen, die — wie die zur Verantwortung gezogenen Offiziere — nach ihrem Gewissen gehandelt hätten! Also ein „hartes Gesetz“, das man strafflos übertreten darf! — Der giftige Kötter Galliffet war wirklich ästhetisch ansiegender zur Zeit, als er noch befehlen konnte. Jetzt kann er — um mit Heine zu reden — „nur befehlen und wässern.“ —

### England.

#### Der englische Liberalismus an der Arbeit.

London, 4. März. (Fig. Ver.)

In der vergangenen Woche hat der englische Liberalismus wieder seine fortschrittliche Kraft bewährt. Die Gewerkschaften der aus staatlichen Werken beschäftigten Arbeiter wurden vom Marineministerium anerkannt. Es sollen Gewerkschaftslöhne gezahlt werden; ebenso dürfen die Gewerkschaftsführer mit den Marinebehörden über die Wünsche der Arbeiter unterhandeln.

Die Gesetzesvorlage betreffend die Speisung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln, die vom Arbeiterabgeordneten Wilson begründet wurde, fand in zweiter Lesung die Zustimmung des Unterhauses und wurde einer Kommission überwiesen. Nur ein Redner sprach gegen die Vorlage, nämlich der frühere Sekretär des Cobden-Klubs, Harold Cox. Der Unterrichtsminister A. Birrell unterstützte die Vorlage in einer trefflichen Rede, in der er u. a. folgendes sagte:

„Machen wir aus unseren Kindern vor allem gesunde Menschen; denn nur solche sind imstande, gegen schlechte Zustände zu reagieren und sich mit der göttlichen Unzufriedenheit zu erfüllen, die zum Fortschritt führt.“

Im Oberhause sprach der Lordkanzler, Lord Lorburn, bei der Debatte über Transvaal und die Dronkelonie in wahrhaft liberalerem Sinne. Er bekämpfte mit ziemlich heftigen Worten Lord Milner, den früheren Profosul in Südafrika, der jetzt im Oberhause gegen die Einführung einer freiheitlichen Verfassung wirkt! Der Lordkanzler meinte, die einzigen Mittel, die in konstitutionellen Fragen zum Erfolg führen, seien Freiheit und Gerechtigkeit. — Es ist kein Zweifel, daß die liberale Partei entschlossen ist, die Arbeiterpartei durch Güte und Entgegenkommen „unschädlich“ zu machen, oder wie es in Englischen heißt: „Killing with Kindness.“ (Durch Wohlwollen töten.)

Ja, wenn Lord Milner englischer Premierminister wäre, dann hätten wir in einem Jahre eine starke sozialrevolutionäre Bewegung. — Milner, der soviel zum Ausbruch des Burenkrieges beigetragen hat, ist in Deutschland geboren und erzogen! Neuz ist seine Geburtsstadt, und in Bonn verbrachte er seine Schuljahre. Seine Mutter war eine Deutsche. Er hat den ganzen blinden Eifer und die ganze Engländerigkeit eines preussischen oder sächsischen Bureaukraten. Seine Gegner sind — seiner Meinung nach — „Reichsfeinde“ und „Ver-räter“, und sie müßten mit Gewalt niedergebhalten werden. — In der Debatte im Oberhause mußte ihn der Lordkanzler erst belehren, daß nach englischen Ansichten ein politischer Gegner als aufrichtiger Patriot zu achten ist, der nur andere Meinungen über das Wohl des Gemeinwesens vertritt. Der Lordkanzler ist der frühere Sir Robert Reid, ein freiherrlich gemittler-Jurist, ein gerader, reiner Charakter, der das unbegrenzte Vertrauen der Arbeiter genießt. Er ist zugleich Vorsitzender der Lordrichter, also die höchste richterliche Instanz. —

Dänemark.

Kopenhagens Armenanstalt. — Für die neue Wahlkreisordnung des Følkestings.

Die Gemeindevertretung Kopenhagens hat dieser Tage, zur selben Zeit, als man in Hamburg den städtischen Wahlrechtsraub vollführte, zwei wichtige Beschlüsse zur Verbesserung und Erweiterung des Wahlrechts gefaßt.

„Für uns Sozialdemokraten spielt die Veranlassung keine Rolle. Aber wir sind zu jeder Zeit bereit, zu Schäden gekommenen Mitbürgern zu helfen, damit sie wieder Bürger erster Klasse werden und an den Bestrebungen zur Förderung der Interessen unserer Stadt teilnehmen können.“

Uebrigens hatten sich die Vorsitzenden aller Parteien dem Antrage angeschlossen, und einige Bedenken, die der Armenbürgermeister Jakob gegen die Ausdehnung der Anstalt äußerte, waren bald überwunden.

Hußerdem hat die Gemeindevertretung Kopenhagens einstimmig beschlossen, die Regierung und den Reichstag zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die Verfassungsänderung zur neuen Wahlkreisordnung noch in dieser Reichstagsession durchgeführt werde.

Amerika.

Wirtschaftliches. Die Vereinigten Staaten geben ungeheuer viel Geld für Militärzwecke und alles, was damit zusammenhängt, aus. Bei einem Aufwand von 800 Millionen Dollar pro Jahr macht sich nur eine schwache Opposition bemerkbar.

Schon seit Jahren wird geflagt, daß es immer schwerer sei, für Meer und Marine, ganz besonders für die letztere, Leute anzuwerben. Kaum für die Hälfte der Kriegsschiffe hat man eine volle, gutgeschulte Besatzung.

Mit den Truppen, die jetzt nach Manila unterwegs sind, werden die Vereinigten Staaten 12 Regimenter Infanterie, 4 Regimenter Kavallerie, mehrere Batterien Feldartillerie, 2 Kompanien Pioniere und 2 Kompanien vom Signalkorps auf den Philippinen haben.

Australien.

Soziale Ungleichheiten.

Das gesamte Einkommen der Bevölkerung von Australien wird auf 34,2 Milliarden Mark geschätzt. Dieses verteilt sich in folgender Weise: 250 000 Personen, die mit ihren Familien rund 1 250 000 Köpfe zählen, haben ein jährliches Einkommen von 14 000 Mk. und mehr.

Wir finden also in diesem jungfräulichen Lande, das wir in sozialer Beziehung vielfach als „Rusterland“ anzusehen gewohnt sind, genau dieselben Ungleichheiten wie in den alten Kulturstaaten.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Brunnenbauer und Haffsarbeiter versammelten sich am Montag im Lokale von Augustin, um über die Verbesserung ihrer Lage Beratungen zu pflegen.

\*) Bei den Einkommenssummen muß in Betracht gezogen werden, daß das Geld in Australien weit weniger Kaufkraft besitzt, als bei uns.

werden Löhne in einer Stufenfolge von 40—60 Pf. pro Stunde bezahlt; die Arbeitszeit soll 9 Stunden täglich betragen; für Ueberstunden, Sonntag- und Nachtarbeit soll ein Aufschlag von 25—50 Proz. gewährt werden.

Die in der Schwarzblechindustrie beschäftigten Schloffer faßten in ihrer Brandensammlung am Montag den Beschluß, sich der diesjährigen allgemeinen Lohnbewegung der Berliner Bau- und Werkstatthloffer anzuschließen.

Studien für Arbeiterwohlfahrt. Man schreibt uns: Zurzeit weilt in Berlin eine vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus allen Teilen des Reiches zusammengeleitete Abordnung von Metallarbeitern.

Schuhmacher. Zum Abwehrstreik bei Körling, Kurfürstendamm 281, ist folgendes zu berichten: Wiederholte Verhandlungsversuche sind ausbleibend geblieben.

Der Streik bei der Firma P. Schäfer u. Co., mechanische Flaschenverschlusfabrik, Pappelallee 2, dauert unverändert fort. Der Inhaber der Firma, Herr Reider, lehnt jede Aufbesserung der Löhne ab.

Der Streik in den Brennabor-Fahrradwerken (Gebr. Reichstein in Brandenburg) ist beendet. Bei den letzten Verhandlungen mit dem Arbeitersaushuß gab Vertreter der Firma die ehrenwörtliche Erklärung, daß die Forderungen der Arbeiter nach Möglichkeit berücksichtigt und alle beschäftigten Arbeiter wieder eingestellt werden sollen.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlegebiet.

Am Sonntag, hielten die Bergarbeiter eine neue Konferenz in Zeitz ab. Vertreten waren aus den Bezirken Zeitz-Weißenfels, Neudorf und Halle 22 Gruben durch 17 Vertrauensleute und 54 Ausschußmitglieder.

Die Kommission hat festgelegt, daß viele Bergarbeiter elende Löhne haben. So hat ein Häuer in sechs Schichten 16,97 Mk., ein anderer in 6 1/2 Schichten nur 18,84 Mk. verdient.

Ein entmündigter Herzog.

Schwerin, 6. März. (B. Z.) Der Großherzog hat seinen Onkel, den Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg, durch sein Hausministerium unter Kuratel stellen lassen.

teilen. Die Forderungen sind: 10stündige Arbeitszeit, Beschäftigung usw. Bei den Verhandlungen erklärte Herr Ewald, indem er alle Forderungen brüsk zurückwies, daß er zur Arbeitsniederlegung kommen, dann schließlich ich einfach die Ruhe und laufe die Sache fertig.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister. Vertreter der Arbeiter wurden, als sie Forderungszulagen verlangten, an die Abgeordneten Bebel und Kuntze verwiesen, und ein Industrieller behauptete die Dreistigkeit zu sagen, wenn er zu frühstück durch seinen Betrieb gehe, dann sehe er, daß die Metallarbeiter immer noch Fleisch und Biskuit essen und Bier trinken.

Ein Metallarbeiterstreik droht in Halle a. S. Nachdem die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Arbeiter des Eisenbahnenverkehrs sind in eine Bewegung zur Eringung des Reunfundentages eingetreten. Die Unternehmerorganisation hat die dahingehenden Anträge der Gehälften mit 232 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Die Metallarbeiter wiederholt in Versammlungen keine Lohnanforderungen gefordert haben und die Leitung der gewerkchaftlichen Organisation an die Industriellen herangerufen ist, werden die Unternehmer um so dreister.

Reichstag.

68. Sitzung vom Dienstag, den 6. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Hr. v. Stengel, Hr. v. Rheinbaben, Kraetzle.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die erste Beratung einer Novelle zum Reichsstempelgesetz.

Reichstagssekretär Hr. v. Stengel: Unter dem 24. März 1904 wurde dem Reichstage ein Gesetzentwurf wegen Aenderung des Reichsstempelabgaben-Gesetzes vorgelegt, welcher den Zweck hatte, einige Mängel des bestehenden Gesetzes zu beseitigen und gleichzeitig für den Umsatz in Reichs- und Staatsanleihen gewisse Erleichterungen zu schaffen.

Abg. Dr. Wagem (Z.): Trotzdem das Gesetz schon einmal einer Kommissionsberatung unterlegen hat, glaube ich doch nicht, daß wir es ohne Kommissionsberatung diesmal erledigen könnten.

Abg. Camp (Rp.): Ich hätte eigentlich gedacht, wie könnten mit dieser Vorlage im Plenum fertig werden. Aber ich habe natürlich auch gegen die Anregung des Kollegen Wagem kein Bedenken.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir sind natürlich auch immer gern bereit, dem Wunsche nach Kommissionsberatung Folge zu geben. Aber ich meine doch, daß gerade für diese Vorlage schon eine Kommissionsberatung vorliegt und daß die Regierung alle in der Kommission gegebenen Anregungen beachtet hat.

Abg. Wommers (fr. Sp.): Als einziger Sachverständiger in diesem Hause, der sich mit dieser Materie seit Jahren befaßt hat, werden Sie mir auch einige Bemerkungen gestatten.

Das neue, was die Novelle bringt, entspricht einem früheren Beschlusse der Budgetkommission auf Besteuerung der Aktien, die noch nicht ausgefertigt sind, nicht der Interimssteuern, wie Herr Wagem wahrscheinlich irrtümlich meinte.

Wenn Herr Camp gesagt hat, die Börsengesetzgebung habe ihren Zweck erfüllt, weil sie Börsengeschäfte, die nicht an die Börse gehörten, verhindert habe, so ist das ein großer Irrtum.

Dr. Baasche (natl.): Nachdem die Konservativen und das Zentrum Kommissionsberatung vorge schlagen haben, bleibt nichts übrig, als ihr zuzustimmen, wenn wir auch an sich für sofortige Erledigung im Plenum gewesen wären.

Darauf wird die Generaldebatte über den Postetat fortgesetzt. Die Kommission beantragt folgende Resolutionen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen

a) 1. Paketsendungen bis zu 5 Kilogramm an und von Personen des aktiven Soldatenstandes, soweit solche Sendungen dem eigenen Bedarf dieser Personen dienen, von der Postgebühren frei zu lassen.

2. In Interesse der ländlichen Bevölkerung eine weitgehende Erleichterung der Telephon-einrichtung und Telegraphenbenutzung in den kleinen Ortschaften, eventuell unter gerechter Repartierung der Kosten zwischen Stadt und Land, herbeizuführen.

b) die Abschaffung des Vostellgeldes vorzubereiten und in der kommenden Session eine Uebersicht über die voraussichtlichen finanziellen Wirkungen dieser Maßregel zu unterbreiten;

c) eine Unterbindung über eine eventuelle Beschränkung der Postfreiheit der fürstlichen Personen anzustellen und dem Reichstage ebenfalls zu unterbreiten.

Staatssekretär Kraetzle:

Ich will auf die einzelnen von den zwei letzten Rednern gestern hervorgebrachten Wünsche und Beschwerden sofort antworten. Die Telephonistinnen sind allerdings von zweierlei Arten von elektrischen Strömen bedroht, von Kurbelströmen und von Bligströmen. Die Kurbelströme, die infolge zu starker Kurbeldrehung seitens des Publikums entstehen, haben wir dadurch zu beseitigen, daß wir die Kurbelapparate durch solche Apparate ersetzen, bei denen das Signal nur durch Abhebung des Hörrohres gegeben wird.

Ich will auf die einzelnen von den zwei letzten Rednern gestern hervorgebrachten Wünsche und Beschwerden sofort antworten. Die Telephonistinnen sind allerdings von zweierlei Arten von elektrischen Strömen bedroht, von Kurbelströmen und von Bligströmen. Die Kurbelströme, die infolge zu starker Kurbeldrehung seitens des Publikums entstehen, haben wir dadurch zu beseitigen, daß wir die Kurbelapparate durch solche Apparate ersetzen, bei denen das Signal nur durch Abhebung des Hörrohres gegeben wird.

Abg. Dr. Fagig (natl.): Nach einem Bericht des evangelischen Vorstandes ist dem Postassistenten Köffler in Leipzig auf Verlangen der Zentrumspartei verboten worden, in einer Leipziger Versammlung des Bundes zu sprechen oder auch nur zu erscheinen.

Abg. Dr. Fagig (natl.): Nach einem Bericht des evangelischen Vorstandes ist dem Postassistenten Köffler in Leipzig auf Verlangen der Zentrumspartei verboten worden, in einer Leipziger Versammlung des Bundes zu sprechen oder auch nur zu erscheinen.

damit diese nicht den Eindruck haben, als ob frische temperamentvolle Gedanken bei den vorgelegten Behörden verpönt seien. Das Reichspostamt sollte denken:

Wenn sich der Post auch noch absurd gebildet, Am Ende gibt es doch 'nen guten Wein!

Die Wünsche auf Ausgleichung und Aufbesserung der Gehälter unterstehen auch wir. Insbesondere auch auf die Posthilfsstellen und Postagenturen sollte der Staatssekretär sein Wohlwollen erstrecken.

1. Die Militärdienstzeit in der Weise anzurechnen, daß Militär- und Zivildienst in gleicher Gesamtdienstzeit auch gleiche Beförderung haben.

2. Das Wohnungsgeld der unteren und mittleren Beamten den Mietpreisen anzupassen.

3. Den Oberpostpraktikanten die höheren Bezüge, die sie vor der Einführung des Dienstaltersstufen-systems hatten, und ebenso den Postinspektoren und Telegrapheninspektoren ein höheres Anfangsgeld wieder zu gewähren.

4. Die Oberpostinspektoren und Postdirektoren zu einer einheitlichen Beförderungsklasse mit einem Höchstgehalt von 6000 M. zu vereinigen und für leitende Stellen besondere Zulagen zu gewähren.

Meine politischen Freunde wünschen aber auch, daß so lange sich die Forderungen dieser Resolution nicht völlig durchführen lassen, durch besondere Zulagen, besonders für die neuangestellten Militär-anwärter und Oberpostpraktikanten die Härten der gegenwärtigen Beförderungsweise gemildert zu werden.

Staatssekretär Kraetzle:

Der Herr Vorredner hat einen Fall angeführt, wonach auf Veranlassung der Zentrumspartei einem Postassistenten das Halten von Vorträgen für den Evangelischen Bund untersagt sein soll. Die Zentrumspartei ist in keiner Weise bei der Sache beteiligt. Der katholische Pastor in Läden hat sich an die Oberpostdirektion in Leipzig gewandt mit der Klage, daß der Postassistent Köffler in Schrift und Wort die Einwohnerenschaft verheze, und daß es im Interesse des allgemeinen Friedens nötig wäre, ihm das zu untersagen.

Abg. Lattmann (Wirtsch. G.): preist den großartigen Fortschritt auf allen Gebieten des Postwesens. Gerade bei dem Postwesen gelte das stolze Wort: Deutschland in der Welt voran!

Abg. Lattmann (Wirtsch. G.): preist den großartigen Fortschritt auf allen Gebieten des Postwesens. Gerade bei dem Postwesen gelte das stolze Wort: Deutschland in der Welt voran!

Unterstaatssekretär Eybow: Was die Zurückweisung eines Telegramms nach Ungarn unter Bezeichnung des Ortes in deutscher Sprache betrifft, so hängt dieselbe damit zusammen, daß im internationalen Verzeichnis der Orte von der ungarischen Regierung die Ortsnamen, wie Hermannstadt, Grezburg, Kronstadt, mit ihrer magyarischen Bezeichnung hineingesetzt sind.

Wir sind gerne bereit, dahin mitzuwirken, daß die Einnahmen aus dem Börsengeschäft nicht vermindert werden, wenn sie unsere Vorschläge annehmen. (Bravo! links.)

Abg. v. Schapowski (Pole) wendet sich gegen die Befreiung von polnischen Postbeamten aus politischen Gründen. Angeblich erfolgt die Befreiung im Interesse des Dienstes, in Wirklichkeit aber im Interesse der preussischen Finanzpolitik, weil diese Beamten für den Polen gestimmt haben. Ein Pole, der so gestimmt hatte, wurde als „Schwein“ beschimpft. (Hört! hört! bei den Polen.) Die verurteilten Polen werden wie Straftäter behandelt. Allen Schilanen, die in bezug auf die Germanisierung polnischer Ortsnamen ausgeübt werden, wird dadurch die Krone aufgesetzt, daß eine Depesche einerseits unter dem deutschen Ortsnamen nicht aufgenommen werden konnte, weil an der Aufgabestation der Beamte den neuen deutschen Namen noch nicht kannte, daß sie dann aber unter dem polnischen Ortsnamen nicht an ihre Empfängerin, nämlich die Frau eines Freundes von mir, befördert wurde, weil die Empfangsstation den alten polnischen Namen nicht mehr kennen wollte. (Hört! hört! bei den Polen.) In dem Telephonverzeichnis für Posen sind eine Unmenge polnischer Namen absichtlich falsch gedruckt, fast alle Adressen fehlen. — Bei Adressen aus allen fremden Sprachen entwickeln die Postbeamten eine geradezu erstaunliche Sprachkenntnis, sie brauchen absolut keine Uebersetzungsstelle; nur bei polnischen Adressen wird die Uebersetzungsstelle stets in Anspruch genommen, und große Verzögerungen in der Bestellung der Sendungen sind die Folge. — Ein Beamter, der eine Postkarte mit einem polnisch-nationalen Bilde abgedruckt hatte, wurde entlassen, trotzdem er lange etatsmäßig angestellt war, nachdem die Karte von dem Empfangspostamt an seine vorgesetzte Behörde überliefert worden war. (Hört! hört!) — Die polnische Bevölkerung ist über ein derartiges Vorgehen der Postverwaltung aufs tiefste empört. Sie hat den Einbruch gewonnen, daß die Reichspostverwaltung sich zur Generalagentur des Ostmarkenvereins beugte. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Kern (L.) verteidigt die Ostmarkenzulage und begründet eine Resolution, in welcher der Reichsfiskus ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, im nächstjährigen Etat die Härten, die durch die Dienstaltersstufenvorlage für höhere und mittlere Beamten entstanden sind, zu beseitigen. Ferner stellt fest, daß in seiner gedruckt eingereichten Resolution hinter dem Worte „erlösen“ aus Versehen das Monna fortgeblieben ist, und will den meisten Wünschen der Resolution völlig seine Zustimmung nicht verweigern. (Lebhafter Beifall bei den Konserverativen.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Erste Beratung des Antrags Wasser mann (natl.) auf Anerkennung der auf die Stellung der Handelsgewerbetreibenden und technischen Angestellten bezüglichen Bestimmungen im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung.

## Parlamentarisches.

### Die Erbschaftsteuervorlage wird ausgehakt, jedoch das fürstliche Steuerfreiheitsprivileg beseitigt.

In der Finanzreformkommission ergab die gleich nach Eröffnung der gestrigen Sitzung vorgenommene Abstimmung über den Antrag der Rogellkommission zu § 17 der Erbschaftsteuervorlage dessen Annahme. Die Annahme erfolgte mit allen gegen sechs Stimmen. Dabur sind die ohnehin schon durch die Vorlage dem landwirtschaftlichen Grundbesitz eingeräumten Vergünstigungen wesentlich erweitert worden. Während nämlich nach der Vorlage nur von den nächsten Anverwandten des Erblassers, den leiblichen Eltern, voll- und halbblütigen Geschwistern und deren Abkömmlingen usw. ein Viertel des berechneten Steuerertrages nicht erhoben werden sollte, ist diese Vergünstigung nunmehr auf alle erbberechtigten Verwandten ausgedehnt und weitere Ermäßigungen, ja bei gewissen Verhältnissen gänzliche Befreiung von der Steuer beschlossen worden. Der § 17 lautet nunmehr:

„Soweit Grundstücke, die land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, die Gegenstände eines Erwerbes bilden, wird ein Viertel des auf diesen Teil des Erwerbes entfallenden, nach den Vorschriften dieses Gesetzes berechneten Steuerbetrages nicht erhoben.“

Zur Steuerpflichtige der Klasse I (leibliche Eltern, voll- und halbblütige Geschwister und Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern) tritt Befreiung von der Steuer ein, soweit im Laufe der dem Anfall vorübergehenden drei Jahre die Grundstücke Gegenstand eines nach diesem Gesetz steuerpflichtigen Erwerbes geworden sind. Ermäßigung der Steuer auf die Hälfte tritt ein, soweit der bezeichnete steuerpflichtige Erwerb um weitere fünf Jahre vorher stattgefunden hat. Die Befreiung der Ermäßigung tritt nicht ein, wenn die Grundstücke innerhalb des bezeichneten Zeitraums gegen Entgelt an Personen veräußert worden sind, welche nicht dem Veräußerer gegenüber in einem die Befreiung von der Erbschaftsteuer begründenden Verhältnis stehen.“

Sodann wurde auf den § 1 der Vorlage zurückgegriffen und familiäre Paragraphen bis 12 ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Zu § 13 der Vorlage, der die Fälle betrifft, in denen die Erben von der Steuer befreit bleiben sollen, lag außer dem Antrag der Rogellkommission, der diese Befreiung von der Steuer ausgedehnt wissen will auf Hausgeräte und sonstige Gegenstände, die den Erbberechtigten durch Schenkungen zugewandt werden usw., auch ein sozialdemokratischer Antrag vor, der auf Streichung des § 13 lautete.

Genosse Singer führte zur Begründung an, daß es nur eine Konsequenz des zum § 12 eingebrachten sozialdemokratischen Antrages sei, auch die Kinder und Ehegatten mit zur Steuer heranzuziehen. Durch Ausschließung dieser werden 75 Proz. der Erbschaftsfälle von vornherein ausgeschlossen, und dadurch sowie infolge aller weiteren Ausnahmen, wie sie durch die Mehrheit der Kommission noch beschlossen seien, erhalte das ganze Erbschaftsteuergesetz immer mehr den Charakter eines Ornaments, einer bloßen Verzierung der Steuervorlagen. Keine der beschlossenen Ausnahmen habe eine innere Berechtigung, denn ein Erbanspruch sei in allen Fällen ein mihelofes Erwerb. Deshalb würden er und seine Freunde gegen diese sowie alle weiteren Ausnahmebestimmungen stimmen, sich alles weitere für die zweite Lesung vorbehalten. Auf eine Bemerkung Mälers-Zulda, daß seiner Uebersetzung nach die Einbeziehung der Kinder und Ehegatten nur eine Frage der Zeit sei, erwidert Genosse Bernstein, daß bei einer solchen Anschauung es unerlässlich erweise, warum man diesen Schritt nicht gleich tun wolle, da es doch schwieriger und mühslicher sei, bestehende Gesetze nach einigen Jahren umzugestalten, als sie gleich der besten Einsicht entsprechend zu formen. Der Reichssekretär wünschte in bezug auf den Hausrat eine Wertgrenze gezogen zu wissen, da es Hausgeräte im Werte von einer halben bis zu einer ganzen Million und mehr gäbe, welchem Verlangen auch durch Rechnung von 10 000 M. als Wertgrenze Rechnung getragen wurde. Gänzlich unberücksichtigt ließ die Mehrheit den Einwand unseres Genossen Meyer, daß unter den durch Schenkung an Familienmitglieder auch Objekte von hohem Werte, als Juwelen, Kunstgegenstände usw., fallen können, welche nach diesem Antrage auch von der Steuer befreit sind. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß alle diese Bestimmungen nicht den kleinen und mittleren, sondern nur den reichen Erben zugute kommen. Das müsse zweifellos in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Mißstimmung erzeugen. Schließlich wurde der Antrag zu § 13 mit kleinen Änderungen mit allen gegen die sechs Stimmen der Sozialdemokraten in folgender Fassung angenommen:

### Von der Erbschaftsteuer befreit bleiben:

1. ein Erwerb von nicht mehr als 500 M.;
2. ein Erwerb, der anfällt:
  - a) ehelichen und solchen Kindern, welchen die rechtliche Stellung solcher Kinder zukommt — mit Ausschluß der an Kindesstatt angenommenen Kinder —, sowie eingelindschasteten Kindern.
  - b) unehelichen Kindern aus dem Vermögen der Mutter oder mütterlichen Voreltern,

- c) Abkömmlingen der zu a und b bezeichneten Kinder,
- d) Ehegatten,
- e) den in § 12 I. 1, 5, 6 aufgeführten Personen, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 10 000 M. nicht übersteigt;
- f) den in § 12 I. 1, 2, 3, 4 aufgeführten Personen, sofern er in Kleidungsstücken, Betten, Wäsche, Haus- und Küchengerät besteht und diese Gegenstände nicht zum Gewerbebetrieb oder zum Verlaufe bestimmt waren, jedoch nur so weit als der Wert den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt;
- g) leiblichen Eltern, Großeltern und entfernteren Voreltern, soweit der Erwerb in Gegenständen besteht, die sie ihren Abkömmlingen durch Schenkung zugewandt hatten;
- h) Personen, die dem Hausstande des Erblassers angehört oder in einem Dienst- und Arbeitsverhältnisse zum Erblasser gestanden haben, sofern der Wert des Erwerbes den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt.“

Zu § 14, der Ausnahmebestimmungen für Kirchen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen usw. für mildtätige und gemeinnützige Zwecke enthält, lag ein Antrag der Freisinnigen vor, inländische Kirchen und Religionsgemeinschaften zu streichen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der § 15 sieht die Erbschaftsteuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstin, sowie der Mitglieder des landesfürstlichen Hauses in Ansehung des Erwerbes aus dem Vermögen anderer Mitglieder dieses Hauses vor.

Die Sozialdemokraten beantragen, diese Ausnahmebestimmung zu streichen. Genosse Bernstein begründete ihn damit, daß diese Vergünstigung bei den ohnehin so vielen den Fürsten eingeräumten Privilegien hier in Erbschaftsteuerrecht nicht die geringste Berechtigung habe. Diese Ausnahmebestimmung widerspreche nicht nur der ganzen modernen Entwicklung, sondern es entspreche auch ein Ausfall an der Einnahme, der nicht unerheblich sei. Nachdem auch Dr. Wiemer dafür eingetreten, erklärten der Reichssekretär und der preussische Finanzminister v. Rheinbaben, daß einem derartigen Beschlusse staatsrechtliche Bedenken gegenüberstehen. Die Steuerfreiheit der Landesfürsten basiere auf politischen Rechten und deren Souveränitätsrechte müßten erhalten bleiben, daran dürfe nicht gerüttelt werden.

Auf Antrag von v. Deryn wird getrennt abgestimmt. Die Befreiung von der Erbschaftsteuer soweit sie den Landesfürsten und die Landesfürstin anbetrifft, wird mit 13 gegen 12 Stimmen, und die bezüglich der Mitglieder des fürstlichen Hauses mit allen gegen die Stimmen der Konserverativen gestrichen. Für die Streichung in erster Lesung hatten außer den Sozialdemokraten und Freisinnigen fünf Mitglieder des Zentrums gestimmt.

Alle übrigen Paragraphen bis 49 gingen dann glatt durch, abgesehen von einigen unwesentlichen, meist nur redaktionellen Änderungen.

Bei § 50 mußte die Debatte abgebrochen werden. Der Vorsitzende erklärte, daß er und der Referent am Mittwochvormittag an einer Sitzung teilzunehmen hätten und schlug vor, an Stelle der Vormittags- eine Abend Sitzung abzuhalten. Genosse Singer widersprach diesem Vorschlag mit dem Hinweis darauf, daß er und seine Freunde alsdann durch die ordentliche Fraktions Sitzung an der Teilnahme verhindert seien. Trotzdem setzte der Vorsitzende (den die Streichung der fürstlichen Steuerfreiheit arg verhaspft zu haben schien) die Abend Sitzung durch. Voraussichtlich wird heute abend der Rest der Erbschaftsteuervorlage in erster Lesung in der Kommission erledigt.

## Aus der Partei.

### Sitzung des internationalen sozialistischen Bureaus.

Brüssel, 5. März.

Heute wurde die Beratung des Vorschlags fortgesetzt, den das Sekretariat auf der Grundlage des Antrages Van Kol zur Repräsentation und Abstimmung auf den internationalen Kongressen vorgelegt hat.

Zunächst ist nachzutragen, daß ein Zusatz angenommen wurde zu dem gestern erledigten Punkt II b, der die Nation definiert, welche die Grundlage einer jeden internationalen Sektion zu bilden hat, und festsetzt, daß ausnahmsweise das Bureau auch innerhalb eines Staates verschiedene Nationen anerkennen kann. Der Zusatz lautet: „Das Stimmenverhältnis auf dem Kongress darf dadurch nicht geändert werden.“

Das Bureau geht nun dazu über den Punkt II o zu beraten, der schließlich folgende Gestalt erhält:

„Jede nationale Sektion erhält eine Stimmzahl, die von 2—20 variiert, nach einer Liste, die zuerst von dem 1906/7 fungierenden Bureau aufgestellt werden soll. Für jede Nation wird die ihr zukommende Stimmzahl festgelegt:

- a) nach der Zahl ihrer zahlenden Mitglieder.
- b) nach der Stärke der Gewerkschaften und sozialistischen Genossenschaften.
- c) nach der Bedeutung der Nationalität.
- d) nach der politischen Macht der sozialistischen Partei oder Parteien.“

Dieser Passus wird angenommen mit dem Vorbehalt, daß er nur als in erster Lesung akzeptiert gelten und bei der nächsten Sitzung des Bureaus einer zweiten Lesung unterworfen werden soll. Nur unter dieser Bedingung stimmten ihm Webel, Kubanowitsch und andere zu, die hervorhoben, daß die gegenwärtige Fassung große Schwierigkeiten biete, daß es aber nicht angehe, diesmal eine endgültige Fassung anzunehmen, wo die zwei Staaten nicht ausreichend vertreten seien, auf deren Verhältnisse sie hauptsächlich zugeschnitten worden, Oesterreich und Rußland.

Punkt II 8 des Vorschlags des Bureaus, will dessen Zusammenfassung neu regeln in der Weise, daß jede Nation fürderhin das Recht haben soll, so viele Delegierte ins Bureau zu entsenden, als ihr Stimmen auf dem Kongress zustehen. Dieser Antrag wird abgelehnt, weil er das Bureau in einen Kongress verwandeln würde, und einstimmig beschlossen, den bisherigen Zustand beizubehalten, der jeder Nation das Recht auf zwei Delegierte im Bureau gibt.

Die nun folgenden Punkte 4 und 5 machen keine Schwierigkeiten und werden leicht erledigt. Sie lauten:

„Das Bureau hat einen permanenten Sekretär, dessen Funktion in dem Pariser Kongress 1900 festgelegt worden sind.“

Das Sekretariat hat seinen Sitz in Brüssel und die belgische Delegation fungiert als Exekutivkomitee.“

„Der Beitrag jeder angeschlossenen Partei wird im Januar jeden Jahres nach einer Liste erhoben, die von Zeit zu Zeit das Bureau aufzustellen hat.“

Den Rest der Sitzung füllten interne Verwaltungssachen aus.

Der Wahlkreisverein Oben-Lübben hielt am 4. März in Oben seine letzte Generalversammlung nach dem alten Statut ab. Es wurde ein neues Statut beschlossen, das die regelmäßigen Generalversammlungen des Vereins — konform den anderen Wahlkreisvereinen der Provinz — auf den Monat August verlegt. Die wichtigste Erneuerung der Statutenänderung ist die Vorschrift, daß in jedem Orte, wo mehr als zehn organisierte Genossen wohnen, ein Ortsverein zu gründen ist. Der Wahlkreis Oben-Lübben ist der älteste Zentralwahlkreis des Regierungsbezirkes Frankfurt a. D. Er bestand aber bisher nur aus Einzelmütgliedern. Jetzt ist auch in den ländlichen Ortschaften die Bewegung gut vorwärts gekommen und

es sieht deshalb nach Inkrafttreten des neuen Statuts die Gründung einer ganzen Anzahl Ortsvereine zu erwarten. Die Verbreitung der Presse hat Fortschritte gemacht, in letzter Zeit wächst auch der Mitgliederstand und damit die Einnahme, die im letzten Jahre gegenüber den vorjährigen zurückgegangen war. Auf Antrag des Vertreters der Berliner Agitationskommission, Genossen Behrmann, wurde noch eine scharfe Protestresolution gegen die Schwänzererei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei Besprechung der „Russia“-Interpellation einstimmig angenommen.

**Buchum freie dich!** Trotz des Eberfelder Urteils in Sachen der Flugblattverbreitung für den roten Sonntag hat die Buchumer Staatsanwaltschaft gegen den Gen. Ringe doch noch ein Strafverfahren wegen — Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eingeleitet. Buchum darf sich also auf den Rufen freuen, daß in seinen Rauen die Staatsanwaltschaft heimisch ist, die das Eberfelder Gericht wegen des freisprechenden Urteils gründlich in die Pfanne hauen wird.

**Um Wandel zu schaffen,** werden die Genossen und Gewerkschaftler gebeten, davon Notiz zu nehmen, daß der Genosse Rög. Grünberg erkrankt ist. Den vielfachen Aufforderungen, Referate zu übernehmen, kann er deshalb nicht entsprechen und wolle man daher von diesbezüglichen Einladungen absehen.

## Aus Industrie und Handel.

**Schimpfen macht nichts!** Die „Arbeitgeber-Zeitung“ lobt, weil wir der Ansicht Ausdruck gegeben haben, die Unternehmer könnten angesichts der gestiegenen und hohen Dividenden die Klagen der Arbeiter über unzulängliche Löhne nicht abweisen. Das Scharfmacherblatt sieht Dividenden von 10 und 11 Prozent als bescheiden an, aber jede Lohnforderung bewertet es als unerträglich. Ihr Toben macht aber nichts, wir werden unsere Leser von dem Segen der Couponabschneidererei fortlaufend unterrichten. Für heute diese Dividententafel:

	1904	1905
Dividenden in Prozenten		
Breslauer Alt.-Gef. Linde	12 1/2	16
Baferwert für das nördl. westf. Kohlenrevier	10	10
Posener Straßenbahn	8 1/2	8 1/2
Verein Chemischer Fabriken, Mannheim	19	19
Maschinenbau-Anstalt in Gießen i. L.	7	8
Donaubröder Bank	7 1/2	7 1/2
Eisener Kreditanstalt	8	8 1/2
Vereinigte Elbschiffahrts-Gesellsch. Dresden	0	9
M. Möbelfabrik W. G. Barmen	11	11
Elektrotechnische Fabrik Rheidt	7	8
Wittener Glasfabrik A. G.	7	10
Krankfurter Transport-Gesellschaft	80	33
Krankfurter Hypothekbank	9	9
Vormer Bankverein	6 1/2	7 1/2
Oberh. Eisenbahnbearb.-Akt.-Ges.	7	7
Vorzellmanufaktur Schönwald		11
Oberh. A. G. für Fabrication von Lignose	45	80
Weschwalwerl. Schy-Anstalt, Essen	6	7 1/2
Solinger Bank	7	8
Halleische Maschinenfabrik	18	32

**Freierhöhungen im Ledergewerbe.** Allenfalls machen sich in der Lederindustrie Bestrebungen bemerkbar, Freierhöhungen für Fertigfabrikate durchzuführen. Teilweise werden diese Verteuerungen mit dem Hinweis auf die Handelsverträge und die hohen Rohstoffpreise begründet. Hohe Häute und Felle kosteten in Bremen während des Januar pro Doppelzentner in Mark:

	1905	1906
Döhh. beste, trockene, Buenos Aires	190,—	207,—
Buenos Air. Saladero	180,—	136,—
Rippe, Durbungah usw.	275,—	250,—
Rippe, Hooghly usw.	240,—	232,—
Rippe, Datta, beste	230,—	220,—

Auf der Freierhöhung für Fertigfabrikate hat die Schuhbranche den größten Anteil genommen. Noch vor einem Jahr hielt man die Durchführung einer allgemeinen Verteuerung des Schuhwerks für ausgeschlossen. Da die ausländische Konkurrenz, vor allem die amerikanische und österreichische, auf dem deutschen Schuhmarkt eine bedeutende Rolle spielt, so war ein Preisauflauf mit Rücksicht darauf schwer durchzuführen. Bemerkenswert ist es, daß sich die deutsche Schuhindustrie trotz der neuen Handelsverträge lange nicht so stark wie 1905 mit Rohmaterial resp. Halbzügen vom Auslande her versehen hat. — So war z. B. die Einfuhr von Sohlleder niedriger als im Vorjahre. Dagegen wurde der Export stark forciert.

**Ein Zukunftsstaat!** Nur keine Aufregung, nicht um einen sozialistischen Zukunftsstaat handelt es sich, sondern um einen kapitalistischen. Gründer ist der amerikanische Stahltrust. Dieser hat am Lake Michigan, in Lake County, Indiana, unweit von South Chicago, einen Komplex von 236 800 Acker zum Preise von 1 432 000 Dollar erworben, auf welchem mit einem Aufwande von 25 000 000 Dollar Höfen, Walzwerke, Fabriken, sowie Verwaltungsgebäude, Arbeiter- und Beamtenwohnungen, nebst den zu einer Fabrikstadt gehörigen „Wohlfahrts-Einrichtungen“, wie Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken und sogar ein „Opernhaus“, errichtet werden sollen. In Ehren des Präsidenten des Stahltrust soll die neue Fabrikstadt den Namen „Corey“ erhalten. — Auf Kirchen und Gefängnisse will die Fabrikstadt anscheinend verzichten. Hoffentlich gelingt das. Oder soll etwa die ganze Stadt ein großes Zucht haus werden, mit dem Stahltrust als Zuchtmeister?

**Die Kohlenindustrie in Pennsylvania.** Angesichts des drohenden Bergarbeiterstreiks in nordamerikanischen Kohlengebieten scheint es angebracht, einige statistische Angaben über die dortige Kohlenindustrie zu bringen. Die Verträge, welche zwischen den Grubenbesitzern und der Bergarbeiterorganisation abgeschlossen sind, und welche Ende März ablaufen, erstrecken sich auf circa 150 000 Bergarbeiter. Das pennsylvanische Kohlengebiet erstreckt sich auf eine Fläche von 15 500 Quadratkilometern, die in zwei große Regionen, die Anthracit- und die Weichkohlenregion, zerfällt. Die erste ist die kleinere und erstreckt sich über 500 Quadratkilometer. Das Jahresprodukt für das Jahr 1905 in der Anthracitregion erreichte die Höhe von 61 Millionen Tonnen, während der Gewinn an Weichkohlen gerade 100 Mill. Tonnen betrug. Die ganze nordamerikanische Kohlenproduktion ist nicht viel über 100 Jahre alt; erst im Jahre 1770 wurden die ersten Kohlenfelder entdeckt. Im Jahre 1792 wurde die erste Bergbaugesellschaft gegründet, die noch heute mit einem Betriebskapital von 60 Millionen Mark besteht. In ungeheurer Weise ist die Produktivität der Arbeit gestiegen. Vor 100 Jahren arbeiteten die Bergleute mit Pike und Schaufel zwölf bis vierzehn Stunden pro Tag, um eine Tonne Kohle zu gewinnen. Heute arbeiten sie mit Maschinen neun Stunden pro Tag und fördern zwischen 10 und 20 Tonnen zu Tage. Nach einem am 1. Dezember 1905 in Kraft getretenen Gesetze darf in den Gruben kein jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren mehr arbeiten und die über Tage Arbeitenden müssen das 14. Lebensjahr überschritten haben. Die Zentralisation der Grubeninteressen wird durch die Verschmelzung der verschiedenen Eisenbahnen herbeigeführt und es heißt, daß in Walde ein Syndikat die gesamten Kohlenfelder von Pennsylvania an sich bringen wird; damit würde es über das Wohl und Wehe von 325 000 Männern und Jungen, die in den Gruben beschäftigt sind, zu bestimmen haben. Von diesen Arbeitern sind mehr als 70 000 Ausländer.

**Die Abkantung setzt ein!** Während bis vor wenigen Tagen die Industrie, speziell auch der Bergbau noch mit Optimismus arbeitete, soll ab 1. April wieder Fördererdrängung bei den Aufgräben eintreten, da, wie die „N. Z.“ berichtet, für die dauernde Unterbringung der vollen Förderungen keine Aussicht besteht. Die Veränderung in der Marktlage für Kohlen legt auch eine Abschwächung der Konjunktur in der Eisenindustrie voraus.

# Gerichts-Zeitung.

**Germanisierungs-Nachfrage vor Gericht.** Eine Privatklage des Freiherrn von Sierstorff-Cramm gegen den verantwortlichen Redakteur der „Tägl. Rundschau“ beschuldigte das hiesige Schöffengericht. Die „T. R.“ brachte in ihrer Nummer vom 4. April eine Zuschrift aus Posen, in welcher mit Bezug auf den Verkauf des Gutes Alt-Stramzig im Kreise Pomst gefügt wurde: Das Deutschtum der Ostmark sei um eine tief beschämende Erfahrung reicher. Es wurde ferner lebhaft darüber geklagt, daß Frhr. v. Sierstorff-Cramm jenes Gut an den Vertrauensmann einer polnischen Vorzeilungsbank losgeschlagen habe, und zwar in voller Kenntnis der Absicht der Bank, das erwerbene Gut an die angrenzenden polnischen Bauern zu veräußern. Durch diesen Artikel fühlte sich Frhr. v. S.-C. beleidigt und ließ durch Rechtsanwalt Dr. Alfred Gottlieb die Privatklage anstrengen. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Dr. Egel verteidigt. Nach ausführlicher Beweisaufnahme endete die Verhandlung mit der Zurücknahme der Klage auf Grund der folgenden vom Angeklagten gegebenen Erklärung: „Durch die stattgehabte Beweisaufnahme in einer von dem Freiherrn v. Sierstorff-Cramm erhobenen Privatklage ist festgestellt worden, daß das Gut vom Frhr. v. S.-C. an einen Deutschen verkauft und von diesem allerdings zum großen Teil an polnische Bauern weiter verkauft worden ist, daß aber beim Verkauf Frhr. v. S.-C. nicht gewußt hat, daß sein Käufer an Polen weiter verkauft werde.“

**Schweineereien gegen Kinder.** Ein Masoch (Mensch, der in dem Erleben der Schmerzen geschlechtliche Vollstempfindungen findet) wurde gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I in der Person des in weiteren Kreisen namentlich im Westen bekannten Musiklehrers und Dirigenten eines Mandolinenspiels Reinhold Worpahl aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urteilsverhandlung ergab sich, daß der Angeklagte wohl zwei Jahre hindurch verschiedene unzüchtige Handlungen an einem Knaben unter vierzehn Jahren vorgenommen hatte. Bei Abmessung der Strafe erwog das Gericht, daß das Kind an Leib und Seele schweren Schaden genommen hat, daß der Angeklagte eine nicht geringe Bildung besitzt und daß er aus einem großen Schillerkreise reiche Einnahmen bezieht. Deshalb erschien dem Gericht eine Strafe von zwei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre angemessen. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

**Robeiten gegen Lehrlinge.** Der Schlossermeister und Fabrikant Paul Schmidt aus Rauen hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht zu Spandau zu verantworten, weil er am 20. November d. J. seinen Lehrling Neubauer mit einer ledernen Hundepeitsche über Rücken und Arme geschlagen. Nach dem ärztlichen Attest, welches vom 24. November ausgestellt war, der Rücken völlig mit blauen, blutunter-

laufenen Striemen bedeckt, so daß kaum eine weiße Stelle sichtbar war. Die Züchtigung war erfolgt, weil der Lehrling den Meister wegen einer ganz geringfügigen Sache belogen haben sollte, was der Lehrling aber bestritt. Der Angeklagte wurde verteidigt durch den freikonservativen Landtagsabgeordneten Rechtsanwalt Ebdine Spandau. Auf dessen Antrag war ein Polizeiwachmeister aus Rauen geladen, der den Lehrling am 25. November, also einen Tag nach der ärztlichen Befestigung, sich angesehen. Dieser Zeuge bekundete entgegen dem ärztlichen Atteste, daß die Verletzungen nicht so schlimm waren. Er habe etwa zehn bis zwölf blaue verbläute Striemen auf den Rücken des Lehrlings gesehen und es waren noch viele weiße Stellen sichtbar. Der Amtsanwalt beantragte 30 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Ebdine plädierte für Freisprechung, der Angeklagte habe sein Züchtigungsrecht nicht überschritten, die lederne Hundepeitsche sei kein gefährliches Werkzeug. Es haben sich nach den Befundungen des Wachtmeisters nur einige Striemen vorgefunden und solche müssen eine Züchtigung auch hinterlassen, wenn sie nachhaltig sein soll. Der Angeklagte habe schon 54 Lehrlinge ausgebildet und nie sei über ihn Klage geführt. Das Gericht hält die Hundepeitsche für kein gefährliches Werkzeug. Bezüglich der Verletzungen habe der Arzt wohl übertrieben, da der Wachtmeister die Verletzungen nicht so schlimm fand. Der Angeklagte habe aber fahrlässig sein Züchtigungsrecht überschritten. Zehn Mark Geldstrafe werden für eine ausreichende Sühne gehalten.

Dies überaus milde Urteil ist nicht geeignet, Robeiten auf dem Gebiete des Lehrlingswesens entgegenzutreten. Dem Lehrherrn steht freilich nach § 127a der Gewerbeordnung das väterliche Züchtigungsrecht zu. Er überschreitet dies Recht, wenn er es nicht zur Erreichung des Lehrzwecks verwendet. Dann übt er kein Züchtigungsrecht aus, sondern handelt widerrechtlich. Das Kreisgericht ist auf diesem Gebiete im Gegensatz zum preussischen Kammergericht Mißhandlungen entgegengetreten, die nur unter dem Vorwand erfolgten, dem Lehr- und Erziehungsweck zu dienen. Die Verhandlung legt nahe, daß im vorliegenden Fall die Züchtigung nicht zur Erreichung des Lehrzwecks erfolgte und schon deshalb widerrechtlich war. Aber selbst wenn eine Züchtigung an und für sich zulässig war, so charakterisierte die unter Anklage gestellte sich durch die Art der Züchtigung als eine schwere Verletzung der dem Lehrherrn obliegenden Pflichten und als eine rohe und unzulässige. Bei Verurteilung des § 127 G.-O. war zur Steuerung des Lehrrahmens von Prügelei gegen Lehrlinge vorgegangen, ausdrücklich die Vorschriften der Braunschweiger Konfessionalsverordnung von 1836 und der hessischen von 1874 über das Züchtigungsrecht in Elementarschulen anzustreben: Uebermäßige und unanständige Züchtigung, Schläge auf den Kopf, das Gesicht, den Rücken oder die Hände des Lehrlings, sowie jede die Gesundheit des Lehrlings ge-

fährdende Behandlung sind verboten. Leider wurden nur die gesperrt gedruckten Worte angenommen. Aber auch nach diesem Vorlaufe ist die Anwendung einer Hundepeitsche über den Rücken unter allen Umständen unzulässig. Ein Schlägen, das die vom Arzt bekundeten schmerzhaften Spuren hinterläßt, ist überdies eine gesundheitsgefährdende Robe. Daß dem Polizeiwachmeister mehr Glauben als Sachverständigen über die Folgen der Prügelei geschenkt ist, als dem Arzt, ist charakteristisch. Mit demselben Recht könnte man bei Mißhandlungen das Gutachten von Unteroffizieren darüber heranziehen, ob eine gesundheitsgefährdende Mißhandlung oder eine „schmerzliche, ungesährliche Verletzung“ stattgefunden habe. Wie würden Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Schöffen und der Vorsitzende wohl über die Robeiten klagen, wenn ihre Kinder mit der Hundepeitsche so traktiert wären? Und das mit Recht.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. S. 1875.** Frage I. Zentralkommission der Krankenassen. II, III und IV erleben Sie unter „Zurückgehenden Briefkasten“. — Karichen. 1. In allen drei Fällen falls angewendet. 2. In einzelnen Gegenden jener Provinzen ja. — 333. C. B. In Samen- und Drogenhandlungen. — G. 51. Sehen Sie die Nr. 46 ein, da ist Ihre Frage beantwortet. — Süddeutschl. a) 21. November 05. b) 20. Juli 05. c) Fragen Sie bei der Redaktion der „Neuen Zeit“, Friedenau, Saarstr. 19, an. d) Durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen.

**Witterungsüberblick vom 6. März 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur C
Swinemünde	764	W	4 bedekt	9	Naparanda	748	SW	bedekt	-19
Damberg	767	SW	5 bedekt	7	Berzdorf	753	SW	1 bedekt	-8
Berlin	768	SW	2 halb bd.	10	Selby	767	SW	5 wolflig	10
Kranh. a. M.	774	SW	3 wolflig	7	Iberdamm	759	SW	bedekt	4
München	776	SW	4 wolflig	8	Varia	773	S	1 Nebel	1
Stien	774	SW	4 wolflig	10					

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. März 1906.**  
Umwolkt, zeitweise heiter, aber unbeständig mit leichten Regenschauern und ziemlich kräftigen nordwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstand am 6. März.** Elbe bei Ludwig + 2,20 Meter, bei Dresden - 0,72 Meter, bei Magdeburg + 3,04 Meter. — Ussrutz bei Strausfurt + 2,80 Meter. — Oder bei Rathor + 1,97 Meter, bei Breslau Oberpegel + 6,12 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,10 Meter, bei Frankfurt + 1,71 Meter. — Weichsel bei Weidenmünde + 3,21 Meter. — Warthe bei Posen + 1,00 Meter. — Reye bei Uch + 1,29 Meter.

# Rohrer!

Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

## Oeffentliche Versammlung sämtlicher Rohrer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Fritz Kater. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Rohrer zu dem Tath der Rohrreden-Fabrikanten Berlins und Umgegend. 145/2  
NB. Es ist Pflicht aller Kollegen, für diese Versammlung zu agieren.  
Die Nachkommision.

## Vereinigung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter (Kreisverein Berlin).

Donnerstag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Watt, Dragonerstr. 15. 250/8  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen.  
Der Vorstand.

## Zentral-Verband der Töpfer.

Fittale Berlin.  
Freitag, den 9. März, abends 6 Uhr:  
**Versammlung der Bau-Vertrauensmänner**  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.  
Tages-Ordnung:  
1. Beschlusfassung über die Handhabung der Kontrollstation. 196/13  
2. Bericht der Bau-Vertrauensmänner.  
3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Vertrauensleute, sowie sämtlicher Verbandsunktionen ist dringend erforderlich.  
Der Fittal-Vorstand.

# Zimmerer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Eingelichene Hilfskasse Nr. 2. Hamburg).

Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom IV. Quartal 1905. 2. Wahl der Revisoren. 3. Anträge zur Generalversammlung. 250/4  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV 3353.

Donnerstag, den 8. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosencr. 3: 113/16

## Bezirks-Versammlung für Charlottenburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Referent Ritter, Gemeindefreier.  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Achtung! Einsetzer.**  
Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alle Salolstr. 75:  
**Vertrauensmänner-Versammlung.**  
Jede Firma muß vertreten sein. Karten werden in der Versammlung ausgestellt. 181/107  
Der Obmann.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

## Frühjahrs-Anzüge

Unübertroffene, vollendete Auswahl in aparten, reichhaltigst. Sortimenten.

Viele Tausende Exemplare neuester Frühjahrs-Moden.

50.-, 45.-, 40.-,  
36.-, 33.-, 30.-,  
27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.



## Frühjahrs-Paletots

Vielseitigste Ausmusterungen vornehmster Moden und Fassons.

Viele Tausende Exemplare auserlesener Farbenstellungen.

50.-, 45.-, 40.-,  
36.-, 33.-, 30.-,  
27.-, 24.-, 21.-, 18.-

15.- Mk.

# Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes  
Chausseestrasse 24<sup>a</sup>/25 • 11 Brückenstrasse 11  
Gr. Frankfurterstr. 20.

## Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin.  
Alle Mitglieder des Vereins, welche noch nicht im Besitz der neuen Mitgliedsbücher sind, können dieselben von jetzt an nur im  
**Bureau, Kirlenstr. 20**  
in Empfang nehmen.  
Die Abteilung der Puffer hält jeden Sonntag vormittag bei Fritz Wisse, Brunnenstr. 188 ihre **Morgensprache** ab und wird zugleich daselbst für sämtliche Puffer taffiert und Arbeit vermittelt.  
Inseratenteil veranlagt: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Volkswirtschaftsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Allg. Deutsch. Gärtner-Verein

Ortsverwaltung Groß-Berlin.  
Branche Landschaftsgärtnererei.  
Donnerstag, den 8. März, abends 9 Uhr, im „Königsloft“, Berlin W., Wilmstr. 37:  
**Oeffentliche Versammlung**  
der  
**Gärtnergehülfe u. Gartenarbeit.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere in Obst's Festreden am 15. Februar gefasste Resolution. 2. Freie Aussprache. 3. Beschlusfassung über unsere neuen Forderungen. 289/7  
Die Kollegen werden um pünktliches Erscheinen ersucht.  
Die Lokalkommission.

## Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt einseitigen  
**Monopoldaunen**  
(gefesl. gefüllt) Pfund Mt. 2,55. 2 Pfund genügen a. gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.  
**Gustav Lustig**  
Berlin S., Prinzenstr. 45  
Gehtes Bettfedern-Spezialgeschäft Deutschlands.

## Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik  
72. Wallstr. 72.  
wo auch alle Steppdecken aufgehoben werden. Bernhard Strohmader, Berlin Ka. Münstr. Katalog gratis.

## Ein Riesenposten

130 cm breite bunte  
**Mocket-Plüsche**  
vornehm. haltbarer Möbelstoff  
Buntpersische Blumenmuster  
Inventur- 5 35 pr. Meter  
Extrapreis 5 Wert 7 50  
Bei Abnahme 5 15 p. Mtr. ganz. Stücke 5 M. p. Mtr.

## Teppich-Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin S. Oranienstr. 158.

KAUFHAUS



Die Revolution in Rußland.

Brief der Spiridonowa.

(Die Zeitung „Ruh“ bringt folgenden Brief der Spiridonowa, welche den Lufchenowsky in Worisskolebsk erschößt.)

Teure Genossen! Lufchenowsky fuhr das letzte Mal auf diesem Weg. Aus Worisskolebsk fuhr er im Extrazug. Man mußte ihn gerade damals töten. Auf einer Station wartete ich 24 Stunden, auf der anderen auch, und auf der dritten zweimal 24 Stunden. Frühmorgens, als der Zug einlief, schloß ich aus der Anwesenheit der Kosaken, daß Lufchenowsky kommt. Ich löste ein Billett für die zweite Klasse, dicht neben seinem Waggon; ich war als Gymnastikturngelleidete, war rosa, lustig und ruhig und erweckte keinerlei Verdacht.

Nach der Einfahrt des Zuges in Worisskolebsk jogten die Gendarmen und Kosaken alles, was mir atmen konnte, von der Plattform weg. Ich trat in den Waggon ein, und in einer Entfernung von 12 bis 13 Schritten feuerte ich auf Lufchenowsky, der durch eine dicke Reihe von Kosaken schritt. Da ich sehr ruhig war, hatte ich keine Angst, fehl zu schießen, obgleich ich über die Achsel eines Kosaken hinweg schießen mußte; ich schoß, solange es möglich war.

Nach dem ersten Schuß kniete Lufchenowsky zusammen, soßte sich an den Leib und begann sich in der Richtung fort von mir auf der Plattform wegzuschleppen. Ich lief inzwischen vom Treittreppchen des Waggon auf die Plattform und feuerte schnell hintereinander, jede Sekunde das Ziel wechselnd, noch drei Kugeln ab.

Im ganzen sind nach den Aussagen von Bogaschikoff fünf Wunden entstanden, zwei im Leib, zwei in der Brust und eine an der Hand. Die wie auf den Kopf geschlagene Schutzweste kam inzwischen zu sich; die ganze Plattform füllte sich mit Kosaken, man hörte die Rufe: „Zosgeschlagen!“, „Niedergehauen!“, „Niedergeschossen!“ Als ich die bligenden Säbel sah, beschloß ich, den Kosaken nicht lebend in die Hände zu fallen. Ich führte die Pistole zur Schläfe, mitten auf ihrem Wege aber fiel die Hand zurück und ich lag, betäubt von einem Schläge, auf der Plattform. „Wo ist Ihre Pistole?“ höre ich die Stimme des mich schnell untersuchenden Kosakenoffiziers fragen. Einen Stoß mit dem Gewehr auf den Leib und den Kopf fühlte ich als starken Schmerz im ganzen Körper. Ich versuchte ihnen zu sagen: „Stellt mich vor das Gewehr.“ Die Schläge regneten weiter auf mich herab. Mit den Händen bedeckte ich das Gesicht, sie wurden mit dem Gewehr wieder heruntergestoßen. Dann hob mich der Kosakenoffizier an meinem ein feine Hände gedrehten Popf in die Höhe und schleuderte mich mit einer starken Bewegung auf die Plattform. Ich wurde ohnmächtig, die zusammengedrückten Hände fielen auseinander, und auf das Gesicht und den Kopf regnete Schlag um Schlag. Dann schleppte man mich am Fuß die Treppe hinunter. Der Kopf stieß gegen die Stufen, am Fuß wurde ich in die Droßel hineingeschleppt.

In irgend einem Hause fragte der Kosakenoffizier, wer ich und meine Familie sei. Als ich zum Verhör ging, beschloß ich, keinen Augenblick meine Familie und alles, was ich getan hatte, zu verleugnen. Plötzlich aber hatte ich Familie und alles vergessen und phantasierte nur. Ich wurde ins Gesicht und auf die Brust geschlagen. Auf dem Polizeipredium wurde ich ausgekleidet, untersucht, in eine kalte Kammer geführt; sie hatte einen Fußboden von Stein, der nach und schmutzig war.

Am 12 oder 1 Uhr mittags trat der Polizeileutnant Schdanow und der Kosakenoffizier Abramoff in die Kammer; in ihrer Gesellschaft blieb ich, mit Ausnahme von kleinen Unterbrechungen, bis 11 Uhr abends. Sie nahmen mich ins Verhör und waren so virtuos in ihren Qualereien, daß sie selbst Johann der Grausame darum beneiden konnte. Mit einem Fußtritt schleuderte mich Schdanow in die Ecke der Kammer, wo mich der Kosakenoffizier erwartete, mir den Fuß auf den Rücken setzte und mich wieder dem Schdanow hinschleuderte, der sich auf meinen Hals stellte. Sie ließen mich bis aufs Hemd ausziehen, ließen aber die eifrig kalte Kammer nicht heizen. Als ich so ausgezogen dalag, beschimpften sie mich färschlich, schlugen mich mit Peitschen (Schdanow) und sagten: „Nun Fräulein (es folgte ein gemeines Schimpfwort), halt mal eine recht feurige Rede!“ Das eine Auge konnte nicht mehr sehen, und die rechte Seite des Gesichtes war schrecklich zertrümmert. Sie preschten sie zusammen und fragten schadenfroh: „Es tut weh, meine Liebe? Nun — sage, wer sind Deine Genossen?“

Ich phantasierte oft, und da ich mich im Fieber vergah, hatte ich furchtbare Angst, irgend etwas zu verraten. In der Verhöraufnahme ergab sich nichts Wichtiges außer einigem Unsinne, den ich im Fieber gesprochen hatte.

Als ich zum Bewußtsein kam, nannte ich meinen Namen, sagte, daß ich Sozialistin-Revolutionärin wäre und daß ich den Untersuchungsbehörden Zeugenaussagen machen werde. Daß ich aus Tambow bin, könnten der Unterstaatsanwalt Kameneff und die Gendarmen bezweigen. Das entseffelte einen Sturm der Entrüstung: Man zupfte mir einzeln die Haare aus dem Kopfe und fragte mich, wo die anderen Revolutionäre wären. Die brennende Zigarette löschte man an meinem Körper und sagte: „Nun schrei doch, Du gemeines Dreck!“ Um mich zum Schreien zu bringen, trat man mir auf die Sohlen der „feinen“ Füße mit den Stiefeln, als ob man mir Eisenklammern anlegte und donnerte dabei: „Schrei! nur! ...“ (Hier folgte ein Schimpfwort.)

... Wei uns brüllen ganze Dörfer voll von Klüben, und dieses kleine Mädel hat kein einziges Mal — weder auf dem Bahnhof noch hier geschrien! Nun, Du wirst schon schreien, wir werden schon unser Vergnügen an Deinen Qualen haben, wir werden Dich für die Nacht den Kosaken geben.“ — „Rein“ — sagt Abramoff — „erst bekommen wir sie und dann die Kosaken...“ Und eine rohe Umarmung wurde von dem Befehl: „Schrei!“ begleitet. Ich habe kein einziges Mal während des Prügelns auf der Bahn noch nachher bei der Polizei geschrien. Ich sprach immer im Fieber.

Am 11 Uhr wurde ich vom Untersuchungsrichter begenommen; er weigerte sich aber, dieses „Material“ nach Tambow zu geben, weil ich die ganze Zeit geschriebe hatte. Im Extrazug wurde ich nach Tambow gebracht. Der Zug fuhr langsam, es war kalt und dunkel. Das rohe Schimpfen Abramoffs erfüllte die Luft. Er fiel schrecklich über mich her. Ich spürte den Odem des Todes. Sogar den Kosaken war unheimlich zu Mut. „Singt, Kinder, warum laßt Ihr nach? Singt, damit dies Pöbel über unsere Lustigkeit kriecht!“ Ein Laugen und Pfeifen. Die Leidenshaftigen entseffelten sich, die Augen und die Zähne glänzen, das Lieh ist eckhaft. Ich fieberte: Wasser — es ist kein Wasser da. Der Offizier ging mit mir in die II. Klasse. Er ist betrunken und liebenswürdig, seine Hände umarmen mich, knöpfen auf, die betrunkenen Lippen säffern eckhaft: „Was für eine otkawische Prust, was für ein zarter Körper...“ Ich habe keine Kräfte zum Kämpfen, keine Kräfte, ihn zurückzutreiben. Ich hätte mir den Kopf zerbrechen, habe aber nichts in der Nähe, woran ich ihn zerstoßen könnte. Der tierische Wump läßt nicht nach. Mit einem starken Schwung des

Stiefels schlägt er mir auf die zusammengedrückten Füße, um sie zu entkräften, ich rufe nach dem Polizeileutnant. Der schläft. Der Offizier neigt sich über mich, streichelt mir das Kinn und säffert mir hart zu: „Weshalb mitschen Sie so mit den Zähnen? Sie werden Ihre kleinen Zähne zerbrechen.“ —

Ich habe die ganze Nacht nicht geschlafen, da ich vor der Vergewaltigung Angst hatte. Am Tage bietet er mir Schnaps, Schokolade an; wenn alle weggehen, liebt er mich. Vor Tambow schlief ich auf ein Stündchen ein. Ich erwachte, weil ich schon die Hand des Offiziers an mir fühlte. Er führte mich ins Gefängnis und sagte dabei: „Da umarme ich Sie.“ In Tambow siederte ich und war sehr krank.

Die Aussagen sind folgende: 1. Ich wollte Lufchenowsky nach vorheriger Uebereinkunft töten. 2. Dies geschah auf Befehl des Tambower Komitees der Partei der Sozialisten-Revolutionäre zur Strafe für das verbrecherische Prügeln und das maßlose Martern der Bauern während der Bauernmühen und der politischen Unruhen und danach in all' den Bezirken, in denen Lufchenowsky war. Ferner zur Strafe für die räuberischen Abenteuer Lufchenowsky in Worisskolebsk als Chef der Schutzwache; für die Organisation des schwarzen Hunderts in Tambow und als Antwort auf die Einführung des Kriegszustandes und der außerordentlichen verstärkten Schutzwache in Tambow und den anderen Bezirken. Vom Tambow-Komitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre wurde gegen Lufchenowsky das Urteil gefällt. In vollem Einverständnis mit diesem Urteil und mit vollem Bewußtsein meiner Tat übernahm ich die Ausführung dieses Urteils.

Die Untersuchung ist beendet, ich bin bis jetzt sehr krank. Wenn man mich töten wird, werde ich ruhig und mit gutem Gefühl im Spiridonowa.

Gapon in Petersburg?

Dem „Tag“ wird aus Petersburg gemeldet: Der vielgenannte Gypope Gapon befindet sich wieder in Petersburg. Ohne von der Polizei belästigt zu werden, präffidierte er einer Arbeiterversammlung, in der es sehr lebhaft zugeht, namentlich als das Thema von den verschwindenden 30 000 Rubeln behandelt wurde. Einer der Genossen, namens Tschernomuchin, auf dem Verdacht ruht, daß er 5000 Rubel dieser Summe erhalten hat, zog plötzlich einen Revolver hervor und erschößte sich. Gapon will ein Gerichtsverfahren gegen sich erzwingen, wie er heute in einem offenen Briefe der Redaktion der „Ruh“ mitteilt. Vielleicht erfährt man endlich auf diesem Wege, ob Gapon wirklich in Diensten der Geheimpolizei gestanden hat. — Aus Jekaterinenburg wird gemeldet: Im dortigen Gefängnis sind 60 politische Verbrecher interniert, von denen über die Hälfte beschloffen, zu hungern. Seit sechs Tagen trügen sie keine Speisen an.

Soziales.

Vertrauensarzt des Schiedsgerichts und der Berufsgenossenschaft. Vor kurzen hatten wir an der Hand der Praxis des Berliner Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung dargelegt, zu welchen Nachteilen der Mangel einer Vorrichtung führt, daß der Unfallverletzte sich an den Arzt seines Vertrauens in Unfallsachen wenden kann. Die Einrichtung sogenannter Vertrauensärzte der Schiedsgerichte habe dahin geführt, daß die Unfallverletzten rechtlich fast noch schlimmer gestellt sind als vor der Unfallnovelle. Auch sei es für den antizozialen Sinn und die materielle Abhängigkeit eines großen Teils der Kerktschaft vom Unternehmertum bezeichnend, daß dieselben Kerkts, die für freie Arztwahl bei den Krankenkassen selbst durch Vertragsbruch, durch Anrufen von Behörden zur Vernichtung der Selbstverwaltung, durch Scharfmacherei und durch Anschwärzung, Verdächtigung und Verleumdung von Arbeitern und Stellenbeamten eintreten, kein Wort dagegen zu sagen haben, daß die Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichte das System festbesoldeter Kerkts eingeführt haben. Sie schmüzeln höchst vergnügt hierüber und protestieren nicht einmal gegen den Zustand, daß in weiten Kreisen Deutschlands die Kerktschaft aus Furcht vor Terrorisierung durch das Unternehmertum es ablehnt, Arbeitern in Unfallsachen Gutachten auszustellen.

Diese Uebel sind ja auch im Reichstag von sozialdemokratischer Seite lebhaft beklagt. Ohne ein Eingreifen der Gesetzgebung wird hier Abhilfe nicht möglich sein. Die Gutachten der vom Schiedsgericht für ein Jahr bestellten ärztlichen Gutachter sind recht häufig genau so wie die von Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaft alles eher, als den Zustand des Arbeiters objektiv beurteilende Gutachten. Ihre Tendenz geht dahin, daß sie das volle „Vertrauen“ der Berufsgenossenschaften verdienen. Hier und da wird nicht einmal der Schein gewahrt, als ständen die vom Schiedsgericht bestellten Gutachter intersefflos den Berufsgenossenschaften gegenüber. Es kommt selbst bei ungläubigen Fällen vor, daß ein Gutachter des Schiedsgerichts gleichzeitig Gutachter einer Berufsgenossenschaft ist. Solchen merkwürdigen „Vertrauensärzten“ hat das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Köln in der Person des Medizinrats Dr. Rufal. Das Arbeitersekretariat Köln hat sich veranlaßt gesehen, bei dem Reichsversicherungsamt zu beantragen, daß Dr. Rufal von dem Amte eines Vertrauensarztes entfernt werde, weil er in einer Reihe von Fällen im Auftrage von Metallberufs-genossenschaften Gutachten erstattet hat, die er nachher als Vertrauensarzt des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung sozusagen selbst zu begutachten hatte. Das Reichsversicherungsamt zog Erklärungen bei dem Kölner Schiedsgericht ein und erhielt von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Regierungsrat Warnow einen Bescheid, worin es u. a. hieß, daß keinerlei sichhaltige Gründe vorliegen, dem Antrag des Arbeitersekretariats Köln irgendwelche Bedeutung beizumessen.“ Allerdings schlägt dann das Schreiben mit folgendem Satze: „Noch bemerken möchte ich, daß dem Dr. Rufal nahegelegt ist, sich der Abgabe von Gutachten über solche Sachen der ersten Instanz in möglichst zu enthalten, die für das diesseffige Schiedsgericht in Frage kommen und daß ähnliche Fälle überhaupt auch nur vereinzelt vorgekommen sind.“ Solche Fälle sind also vorgekommen; und dieser Laifache gegenüber wagt der Schiedsgerichtsvorsitzende in der oben wiedergegebenen Form den Antrag des Arbeitersekretariats abzutun. Der Gutachter, die rechte Hand der rentenverschwendenden Unfallberufs-genossenschaft, wird in der zweiten Instanz dem Verlegten als gerichtlicher Vertrauensarzt gegenübergestellt! Der erstinstanzliche Vertrauensarzt der Gegenpartei ist in der zweiten Instanz Vertrauensarzt des Gerichts! Eine zynischere Verhöhnung der Institution sogenannter Schiedsgerichtlicher Vertrauensärzte und Klarstellung der Wertlosigkeit dieser „Gerichtsgutachten“ ist kaum denkbar. Das Reichsversicherungsamt hat sich mit der Auskunft des Kölner Schiedsgerichtsvorsitzenden (dem Dr. Rufal ist „nahegelegt“ worden, sich „möglichst“ der Abgabe von Gutachten... zu enthalten usw.) einverstanden erklärt. Es hat dem Kölner Arbeitersekretariat eine Abschrift des Bescheides des Kölner Schiedsgerichtsvorsitzenden gesandt und zwar „zur Kenntnisnahme mit dem Bemerkten, daß die Angelegenheit damit als erledigt angesehen wird.“ Durch das Reichsversicherungsamt mag die Angelegenheit als erledigt angesehen werden. Nicht erledigt darf die Angelegenheit für die Arbeiterschaft sein. Das Interesse einer objektiven Begutachtung fordert, daß ein

Arzt, der in einem Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft steht, den Posten eines gerichtlichen Sachverständigen nicht bekleiden darf. Eine Ablehnung solchen Gutachters seitens der Kölner Schiedsgerichtsbesitzer und der dortigen Arbeitervertreter ist durchaus am Plage.

Wer ist für einen Baumfall haftbar? In wachsendem Maße sucht die Rechtspredung auf strafrechtlichem Gebiete die Verantwortung von den Schultern des vermögenden Bauherrn auf die des Poliers, Vorarbeiters usw. abzuwälzen. Wenn trotz dieser Reingung der Rechtspredung auch Bauleiter, Innungsmeister usw. verurteilt werden müssen, so zeugt dies für die absolute Notwendigkeit, Vorkehrungen zur Verhütung von Unfallsfällen zu treffen. Dringend notwendig ist die Einstellung von Baukontrolleuren auf den Reihen der Arbeiter. Dieser erhöhte Schutz zielt in erster Linie auf den Schutz von Leben und Gesundheit der beim Bau beschäftigten Arbeiter ab. Wie auch in Fällen, in denen am Bau Unbeteiligte zu Schaden kommen, die Frage, wer ist verantwortlich? hin und her schwankt, zeigt der nachstehend geschilderte Fall.

Bei einem Neubau am Könlischen Platz in Berlin hatte der als Bauleiter fungierende Polier Sch. zur Absperrung des Trottoirs nur zwei Holzlaten in der Weise aufstellen lassen, daß sie den Fußsteig nicht vollständig absperrten, sondern noch zwei Fuß Raum bis zur Vorsteinstante ließen. Als eine Frau an dem Gerüst vorbei wollte und eine Leiter herabgelassen wurde, riß der Strick; die Frau wurde von der herabfallenden Leiter getroffen und schwer verletzt. Infolge der eingetretenen Schädigungen klagte sie dann gegen den Bauunternehmer und den Polier auf Ersatz allen Schadens, der ihr aus dem Unfall entstanden ist und noch entstehen sollte; gestützt sind ihre Ansprüche auf die §§ 823 und 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Das Landgericht Berlin als erste Instanz erkannte die Ansprüche der Klägerin gegen beide Beklagte für berechtigt an. Auf die Verurteilung der Beklagten hob das Kammergericht in Berlin das landgerichtliche Urteil auf und erkannte nur die Ansprüche gegen den Polier als berechtigt an, während es bei dem Bauherrn annimmt, daß er den Entlastungsbeweis nach § 831 (B. G.) erbracht, sich also darauf verlassen konnte, daß sein Polier für genügende Absperrung sorgen werde. Dieses Urteil wurde dann auf die Revision der Klägerin vom Reichsgericht wieder aufgehoben und darauf hingewiesen, daß in neuer Verhandlung noch zu prüfen sei, ob nicht das Seil defekt war und der Bauherr es an genügender Reparatur und Erneuerung von Gerüstpfählen resp. an diesbezüglichen Anweisungen dem Polier gegenüber hat fehlen lassen.

Infolge dessen fand eine neue Verhandlung vor dem Kammergericht statt und wurde als erwiesen angenommen, daß das Seil, an dem die 14 Meter lange Leiter herabgelassen worden war, defekt gewesen ist und darum auch der Bauherr mit zu haften habe. — Wegen dieses Erkenntnis war von dem beklagten Bauherrn Revision eingelegt worden und das Reichsgericht hatte sich abermals mit der Sache zu befassen. Es kam wiederum zu einer Aufhebung des Vorderurteils unter Zurückverweisung der Sache an das Kammergericht: Es sei der Entlastungsbeweis, der zur Entschuldigung des beklagten Bauunternehmers führen könnte, noch nicht erschöpfend beurteilt worden. Der Polier ist unter allen Umständen haftbar, da bei genügender Absperrung die Frau nicht am Gerüst vorbeigegangen wäre. Die endgültige Entscheidung, ob auch der Bauherr haftet, wird wohl noch ein halbes Jahr zur Erledigung bedürfen.

Aus dem Reiche der gläsernen Majestät von Profits Gnaden. In dem Hephischen Spiegel-Königreich Geresheim ist bekanntlich schon seit einer Reihe von Jahren das Koalitionsrecht der Arbeiter sowie das Vereins- und Versammlungsrecht aufgehoben. Der allmächtige Glaskönig bezw. seine Handlanger dulden es eben nicht, daß neben den Verordnungen Sr. gläsernen Majestät auch noch etwaige gesetzliche Zwangsmaßnahmen Geltung haben, die dem dreimal geheiligten Profit in seiner Ausbreitung hinderlich sein könnten. Ohne Genehmigung der Glasstätte soll kein Arbeiter sich organisieren, auch gewerkschaftlich nicht, er soll keine Versammlung besuchen, auch keine öffentliche usw., ja selbst der Wirtschaftsverkehr und die Wirtschaftssprache scheinen in Geresheim unter Kontrolle zu stehen und auch gerichtlich anders beurteilt zu werden, als im übrigen Deutschland. Eine Verhandlung des Schöffengerichts in Geresheim läßt wenigstens eine andere Schlussfolgerung nicht zu. Wegen Teilnahme an einer nichtangemeldeten „Versammlung“ hatten die Genossen S. und M. ein Strafmandat von je 30 R. erhalten. Da beide Personen sich nicht bewußt waren, an einer „Versammlung“ teilgenommen zu haben, so erhoben sie Einspruch. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht stellte sich nun heraus, daß es sich um eine Unterhaltung am Dietisch handelte, die von einem der vielen Spiegel der Polizei als eine Versammlung demuziert war.

Nun hätte man erwarten sollen, die polizeilichen Strafmandate wären vom Gericht kurzerhand aufgehoben. Doch nein, der Herr Polizeikommissar Schiry befandete, es sei ihm vertraulich mitgeteilt, daß es sich um eine Versammlung handele. Der Gewährsmann hierfür könne aber aus guten Gründen nicht genannt werden!

Und das Gericht? — Es befätigte das polizeiliche Strafmandat, da unangenehm sei, daß es sich doch um eine „Versammlung“ gehandelt habe! —

Somit hätte das Königreich Gese das Sozialistengesetz stuchwürdigen Angedenkens noch übertrumpft. Das Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht wird einfach aufgehoben und zur Verurteilung irgend welcher mihlediger Vierbantgespräche ist nur nötig, daß die Polizei „vermutet“, es habe eine Versammlung stattgefunden. Beweise dazu bedarf es nicht, weil die Polizei ihre Nichtgentleman nicht preisgeben will. Dieses Urteil wurde im Westen Deutschlands gefällig, der nach Behauptung des freistündigen Abgeordneten Lengmann Klassenjustiz nicht kennt.

Aus der Frauenbewegung.

Weiteres vom Polizeikampf gegen die Frauenbewegung.

In der „Gleichheit“ schreibt Gen. Rieh: Bei meiner Tour durch das heilige Thüringenland regnete es geradezu Versammlungsverbote. Sachsen-Weimar, das Ländchen Goethes und Schillers, sahlg dabei den Rekord. Neustadt a. Orla mochte den Anfang. Die dortige Behörde hatte augenscheinlich meine Personalkarten eingefordert. Denn in dem Verbot war nicht nur mein jehiger, sondern auch mein Mädchennamen angegeben, und daß ich als „sozialdemokratische Agitatorin“ bekannt, war Grund genug, mir das Neben zu verbieten.

In Weimar, der Residenz des Miniaturländchens, schlug man kräftigere Töne an. Weil ich als „aufreizende“ Rednerin der sozialdemokratischen Partei bekannt, werde im Interesse der Ruhe der Bevölkerung und des öffentlichen Wohles die Versammlung verboten, so hieß es wörtlich. Doch mit dem Verbot war die Fürsorge um das Wohl der Bevölkerung noch nicht erschöpft. Der Gemeindevorstand frönte seine Vorsicht dadurch, daß er folgende Annönze im „Lokalanzeiger“ erließ:

Veranmactung des Gemeindevorstandes. Die für Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 3 Uhr in den Gasthof „Zum Deutschen Kaiser“ hier einberufene „Große öffentliche Volksversammlung“, in welcher Frau Luise Rieh aus Hamburg über „Die Frau und die moderne Arbeiterbewegung“ sprechen soll, ist aus Gründen des öffentlichen Wohles verboten worden.

Der Gemeindevorstand, H a f f.

Aber die Arbeiterschaft, undankbaren Gemütes, wie sie oft ist, anerkannte die betätigte Fürsorge absolut nicht. Sie meldete eine zweite Versammlung an mit dem Genossen Eckart als Referenten. Zur angelegten Stunde war das Lokal dicht besetzt. Der Einberufer eröffnete die Versammlung, verlas das Verbot und die Annonce, worauf ich mir die Frage erlaubte, wer denn die Annonce bezahle. Der Gemeindevorstand, war die Antwort. Und aus wessen Geldbeutel? war die weitere Frage. Aus dem der Steuerzahler, antwortete unter lautem Gemurmel der Versammelten der Genosse. Als dann Genosse Eckart einleitend bemerkte, daß ohne das erfolglose Verbot wir wohl kaum einen so guten Besuch erhalten hätten, was jemand so nachweislich zu rufen: „Goethe würde sagen, das sei das Wirken jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“ Nachdem Genosse Eckart geendet, bat ich ums Wort zur Diskussion. Aber da hatten wir die Rechnung ohne — die Polizei gemacht. Ihr Vertreter erhob sich in seiner ganzen Größe und Würde und bedeutete uns, auch das sei mir in Weimar verboten. Der Einberufer geistelte darauf scharf ein solches Vorgehen und erklärte, trotzdem oder gerade deswegen wollten wir den Grundstein legen zu einer Frauenorganisation. Es wurden zwei Genossinnen für den Posten der Vertrauensperson gewählt. Als daraufhin eine Vertagung der Versammlung stattfand, ersuchte ich die Versammelten dringlich, gleichsam zum Protest, samt und sonders der Partei beizutreten und auf die „Gleichheit“ und die „Tribüne“ zu abonnieren. Wenn ich die Reihen durchgehen und Anmeldungen entgegennehmen werde, so möge man mir keinen Vorwurf geben, sondern es mit meinem polizeilichen Maulkorb genug sein lassen. Unendlicher Jubel antwortete auf meine Worte, und alle, alle kamen, um sich einzureihen in die Schar der Klassenkämpfer. Wahrlich, besser, als es geschehen war, konnte man in Weimar seitens der Behörde nicht für uns agieren. Zum Schluß las Genosse Eckart noch einen Artikel über das Frauenwahlrecht vor und erklärte dann, daß die Verfasserin die in Weimar mundtot gemachte aufreizende Agitatorin Genossin Bieh sei. Herzliches Geschrei der Versammelten erscholl ob der vergeblichen Liebesmüh der Hochblöckerin.

Für die Mutterschaftsversicherung sprachen Fräulein Eise Lüders und Frau Lily Braun am Montag in einer zahlreich besuchten Versammlung, die vom „Bund für Mutterschutz“ nach dem Bürgeraal des Rathauses einberufen worden war. — Nach Hinweis auf die große Säuglingssterblichkeit und den Mitleid zu ihrer Bekämpfung legte Fräulein Lüders dar, daß man die Mutter schützen müsse, wenn man das Kind schützen wolle. In der Beziehung steht sie große Hoffnungen auf eine Mutterschaftsversicherung. Als Abwehrmittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit könne indes eine solche Versicherung nicht gelten. Zu fordern wäre unter anderem weiter eine größere Ausdehnung des Arbeiterinnenschutzes; namentlich müßten die jugendlichen Arbeiterinnen in dem für die ganze körperliche Entwicklung so wichtigen Alter besser geschützt werden. Ueberhaupt alle Maßnahmen, die die Lebenshaltung der bescheidenen Kreise zu stärken geeignet sind, wären die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Referent hebt die allgemeinen sozialen Forderungen, die die Gewerkschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung und eine durchgreifende Wohnungsreform hervor. — Lily Braun wies nach, daß die Mutterschaftsversicherung nicht nur für die Vermögen der Frauen, die Proletarierinnen, sondern auch für viele Frauen aus dem Klein- und Mittelbürgertum ihre Bedeutung habe. Ausführend verbreitete sich Referent über die wirtschaftlichen und sonstigen Ursachen der großen Heillosigkeit von Wachsen aus dem Mittelbürgertum, bei denen, so weit die Familie nicht viel habe, an Stelle der Ehe der Beruf trete. Aus diesen Kreisen bestünde der größte Prozentsatz der 1 1/2 bis 2 Millionen Frauen, die in Deutschland ledig blieben und der Mutterschaft entbehrten. Was die Schließung einer Ehe, sei es einer freien oder einer vor dem Staatsbeamten geschlossenen, erleichtere, wäre zu befürworten und läge ebenfalls auf dem Wege zum Ziel des „Bundes für Mutterschutz“: Allen Kindern die Mutter zu erhalten und allen gefunden Frauen die Mutterschaft zu erleichtern. — Ferner legte Frau Braun dar, wie sie sich der Mutterschaftsversicherung und die Mutterschaftsversicherung denke. Ihre bezüglichen Ausführungen gipfelten in folgenden Thesen, die sie am Schluß ihres mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages aufstellte: „Die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über die Wöchnerinnen und die durch das Krankenversicherungs-Gesetz zugesicherten Unterstützungen entsprechen nicht den Interessen von Mutter und Kind zu stellenden Forderungen. — Der § 137 der Gewerbeordnung ist dahin auszudehnen, daß eine Ruhezeit von mindestens 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Entbindung festgesetzt wird, die für alle Arbeiterinnen ohne Ausnahme Geltung erhält. — Der Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung, deren Vereinheitlichung unter Aufsicht der Reichsregierung der Selbstverwaltung der Arbeiter und der Wahrung der Gleichberechtigung der Frau durchzuführen ist, ist eine allgemeine Mutterschaftsversicherung anzuschließen, deren Mittel durch einen, aus einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer zu beschaffenden Staatszuschuß zur Krankenversicherung aufzubringen sind. — Die Leistung der Mutterschaftsversicherung besteht in einer Unterstützung in Höhe von mindestens dem vollen ordentlichen Lohn während der Dauer der gesetzlichen Ruhezeit für Schwangere und Wöchnerinnen, sowie in unentgeltlicher Behandlung durch Hebammen oder Ärztin und in freier Hauspflege beziehungsweise Pflege in von Gemeinden ins Leben zu rufenden Heimen. (Wöchnerinnen, Mütter, Säuglingsheimen.) — Die Mutterschaftsversicherung ist obligatorisch für alle der Gewerbeordnung unterstehenden Arbeiterinnen, sowie für alle Frauen, deren Hilfsbedürftigkeit nachgewiesen ist oder wo das Familieneinkommen jährlich 3000 M. nicht erreicht. — Die Mutterschaftsversicherung ist eins der wichtigsten und besten Mittel, kräftige, gesunde Staatsbürger heranzuziehen, die Mütter vor Entkräftung zu bewahren und der durch die wachsende Kinderlosigkeit gesunder Frauen sich kennzeichnenden Verschwendung besser weiblicher Kräfte Einhalt zu bieten. — Die Mutterschaftsversicherung ist eine der wichtigsten Waffen im Kampfe um das Ziel des Bundes für Mutterschutz. Jedem Kinde die Mutter, jeder gefunden Frau die Mutterschaft.“ — Nach kurzer Diskussion, in der man sich auch kräftig gegen Moralpafferei wandte, nahm die überwiegend aus Frauen bestehende Versammlung die von Lily Braun vorgeschlagenen Thesen in Form einer Resolution gegen drei Stimmen an.

Für das Wahlrecht der Frauen. Die Agitation für die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen gewinnt in Italien täglich mehr Boden. Eine kleine Schar bürgerlicher Frauenrechtlerinnen rührt sich eifrig für die Sache, aber auch die Partei vertritt recht energisch die Forderung politischer Gleichstellung beider Geschlechter, die nur in Turati und einigen seiner nächsten Anhänger ausgesprochene Gegner besitzt. Wir haben bereits berichtet, daß in Mantua die Eintragung einer Frau, der Genossin Dr. Sacchi in die Wählerliste erfolgt ist; da in der vorjahrtsmäßigen Zeit kein Einspruch erhoben wurde, ist diese Eintragung rechtskräftig geworden. Wie der Bologner „Resto del Carlino“ vor einigen Tagen berichtete — und da keinerlei Dementierung durch die Parteipresse erfolgte, dürfte die Angabe auf Richtigkeit beruhen —, hat Genosse Arnaldo Lucei vorgeschlagen, in Budrio bei den nächsten Erzwahlen die Genossin Sacchi als Parteikandidatin aufzustellen, da jeder, der wahlberechtigt ist, auch gewählt werden kann. Budrio ist ein der Parteifester Wahlkreis — den die Demissionen Chinas bald gemacht haben —; sollten die Wähler auf den Vorschlag eingehen, so wird man demnach in Italien eine Frau rechtmäßig zum Abgeordneten gewählt sehen, natürlich zum allergrößten Entsetzen der bezopften Kammermehrheit. Dem Beispiel von Mantua folgend, hat nun auch die sozialistische Stadterwaltung von Tolo 50 Lehrerinnen, die die Requisitionen als Wähler aufweisen, in die Listen eingetragen. In Mailand haben einige 500 Frauen diese Eintragung beantragt. Alle berufen sich darauf, daß das italienische Wahlrecht bei Aufzählung der Requisitionen der Wahlberechtigung das Geschlecht unerwähnt läßt.

Zehlendorf. Eine gut besuchte Versammlung tagte am Sonntag, den 4. März bei Nitsch, Potsdamerstr. 25. Schriftsteller Fischer sprach über: „Die Bedeutung der Frau für das gesamte Volkswesen.“ Der überaus lehrreiche Vortrag fand aufmerksame und dankbare Aufnahme. Nach einer regen Diskussion wurde ein Frauen- und Mädchen-Verein gegründet. Sofort liegen sich 34 Anwesende als Mitglieder eintragen.

## Verfammlungen.

Die Lithographen und Steindrucker hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war von fast 1000 Personen besucht, um den Bericht über die Tarifverhandlungen in Leipzig entgegenzunehmen. Der Referent sprach über ein Bild der Verhandlungen. Besondere Unterstützung zeigte die Zuhörer, als der Redner die offensichtliche Absicht der Unternehmervertreter, die Verhandlungen zur Verschlechterung der bestehenden Arbeitsbedingungen auszunutzen, an krassen Beispielen nachwies. Bezeichnend wäre auch, daß gerade Dr. Wislitz-Breslau als Referent für die Punkte Arbeitszeit und Arbeitslohn fungieren mußte, während augenscheinlich solche Prinzipalvertreter zum Stillstehen verurteilt waren, die als liberal, sowohl in ihren Anschauungen, als auch in der Festsetzung der Arbeitsbedingungen für ihre Betriebe, bekannt sind. Redner forderte zu reger organisatorischer Tätigkeit auf, um, wenn die Verhandlungen den Zeitpunkt für gekommen erachteten, das Wirkliche werden zu lassen, was auf gütlichem Wege durch die Fabrikanten nicht zu erreichen sei. — Nach einer kurzen, im Sinne des Referats sich bewegenden Diskussion kamen folgende Resolutionen zur einstimmigen Annahme.

I. Die Lithographen und Steindrucker Berlins erklären sich mit dem Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen in Leipzig voll und ganz einverstanden. — Insbesondere begrüßen die Antwesenden den rechtzeitigen Abbruch der Verhandlungen seitens der Gehilfenvertreter, da die gestellten Anträge der Prinzipalvertreter eine namhafte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kollegen der größeren Städte herbeigeführt hätten, ohne daß dabei die Lithographen und Steindrucker in den mittleren und kleineren Städten einen Vorteil haben würden. — Die Versammelten halten unter diesen Umständen die bisherige Taktik, durch örtliche Tarife bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, für die geeignete und versprechen, etwa zu unternehmende Schritte in dieser Richtung mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

II. Die Lithographen und Steindrucker protestieren mit aller Entschiedenheit gegen den Plan, die Anstandsarten mit einer Steuer zu belegen. Die Steuer würde dem ganzen graphischen Gewerbe und besonders den zahlreichen im Postartenfach beschäftigten Lithographen und Steindruckern unerschöpflichen Schaden zufügen, viele der Arbeitslosigkeit überantworten und somit in ihrem Einkommen und in ihrer Existenz herabsinken. Da schon die am 1. März in Kraft getretenen Handelsverträge und Jolltarife unser Gewerbe schwer schädigen, protestiert die Versammlung um so energischer gegen diese erneute Belastung unseres Berufes, die für einen bedeutenden Zweig desselben den Ruin bedeuten würde.

Der Verband der Maurer hielt am Freitag im Gewerkschaftshauses eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Referent Störmer sprach über sozialistische Welt- und Lebensanschauung. Am Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte er die Versammlung auf, die Grenzen des Interessengebietes zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der Arbeiterklasse schärfer zum Ausdruck zu bringen, als es bis jetzt geschehen ist. Da augenblicklich unserer Volksschule durch die Vorlage des neuen Schulverfassungsgesetzes eine ernste Gefahr droht, der Kirche noch mehr als bisher ausgeliefert zu werden, so sei es Pflicht der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, in Massen den Austritt aus der Kirche zu erklären. — Unter „Gewerkschaftliches“ fanden mehrere Unterstützungsanträge ihre Erledigung. Ein Antrag, den russischen Freiheitskämpfern 3000 M. zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurde beantragt, der Bibliothekskommission 500 M. zu überweisen.

Verband deutscher Gastwirtschäften. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 2. März eine Generalversammlung ab. Eine lange Diskussion rief der Antrag des Vorstandes hervor, für die Ortsverwaltung Berlin einen zweiten Beamten anzuwählen. Jedoch wurde dieser Antrag angenommen. Sträßinger, Roesch und Bonatz gaben sodann Bericht über die erneuten Verhandlungen mit dem Gastwirt Cranz, Inhaber der Prachtäle des Ostens, bei welchen sich auch der Aktionsausfluß der Partei im Verein mit der Berliner Gewerkschaftskommission bemüht hatten, die Differenzen zwischen dem Genannten und der Ortsverwaltung Berlin beigezulegen, doch sind auch diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben. Obige Körperschaften gaben deshalb folgende Erklärung ab: „Wir nehmen daher Abstand, die Prachtäle des Ostens zu Versammlungen oder Vergnüngen zu benutzen, bis die schwebenden Differenzen geregelt sind.“

Die Stukkateure setzten in ihrer Versammlung am 1. März die Diskussion über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung fort. Nach längerer Debatte für und wider die geplante Einführung wurde der Antrag, daß die Einführung nur durch Abstimmung zu geschehen habe, angenommen. Weiter erklärte sich die Versammlung prinzipiell für die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Sodann beschloß die Versammlung nach kurzer Debatte, daß das Arbeiten bei offenen Fenstern von jetzt ab gestattet ist, wenn nicht andere Verufe auf der jeweiligen Arbeitsstätte durch das gegenseitige Verlangen dort in Differenzen liegen.

## Briefkasten der Redaktion.

### Juristischer Teil.

Heinrich. Die Polke brauchen Sie nicht zu übernehmen, es ist aber gewiss noch zweckmäßig. — Lichtberg, Hauswirt. Rein, Sie müssen aber die Kette hinterlegen. — H. R. 19. Etwa 100 Mark würden als angemessen erachtet werden. — H. R. 100. 1. Rein. 2. Walfischstr. 18. Die Versicherungskasse ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Beihilfe für Reparatur oder Neuanschaffung von Jagdgehirnen zu leisten. — Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Persönliche Antwort wird nicht erteilt.

H. R. 100. Ihrer Frau stehen zurzeit Rechte nicht zu. Sie müßte von neuem leben; wenn sie 200 Mark geliebt hat, leben die alten Rechte wieder auf. Einen Anspruch auf Rückzahlung kann man nur im ersten Ehejahre geltend machen. — H. R. 26. Kärzliche Forderungen verzinsen in zwei Jahren, die Rechnungen vom Ablauf des Jahres ab, in denen sie entstanden sind. Jede Anerkennung unterbricht die Verjährung. — H. R. 27. Soweit Ihre Darstellung den Sachverhalt erkennen läßt, steht Ihnen kein Anspruch zu. — H. R. 3. Die Annahme, daß man von einem Vertrage innerhalb 24 Stunden einseitig zurücktreten könne, ist ebenso weit verbreitet wie irrig. Nachdem der Vertrag geschlossen ist, kann man nur mit gegenseitiger Zustimmung oder aus besonderen Gründen vom Vertrage zurücktreten. — H. R. 1855. 1. und 2. Ja. — 8998. Rein. — H. R. 21. Der Lohn ist nicht pfändbar, im übrigen aber sind die Mädchen dann nicht an den Vertrag gebunden, wenn sie bei seinem Abschluß minderjährig (noch nicht 21 Jahre) waren. — Gildbrandt, Wiederholer Sie Ihre Anfrage. — Patent. Anwälte, Ärzte usw. empfehlen wir grundsätzlich nicht. Sie müssen sich an jemand wenden, zu dem Sie Vertrauen haben. Ein Patentantrag erhalten Sie auch Auskunft im Patentamt selbst. — Martha 2. Leider ist ein Rat, der die Lage beiläufig unmöglich. Eine Klage wegen Verleumdung oder dergleichen wäre so gut wie aussichtslos. Anders würde es liegen, wenn etwa Sie beweisen könnten, daß Sie durch unwahre Angaben des Wirts geschädigt sind. Sie haben leider veräumt, während des schwebenden Prozesses um Rat zu fragen. — H. R. 33. Wird nicht vereinbart, so beträgt die Kündigungfrist 6 Wochen zum ersten des Quartals. Liegt eine Vereinbarung vor, so gilt diese. — H. R. 29. Ein Weiberversicherer können Sie Marken leben, welche Sie wollen. Das Weiterleben einer 20 M-Markte ist also durchaus gültig.

— C. G. R. Wenn Sie nichts Besondere vereinbart haben, steht Ihnen der Rücktritt keineswegs zu. — H. R. 20. 1. Ihre Mutter soll an die Berufsgenossenschaft einen Antrag auf Gewährung von Rente stellen. Neben der Unfallrente des Mannes kann ihr eine Rente nicht bewilligt werden, wohl aber neben ihr 20 Proz. (und ebenfalls dem Kinde) während der Dauer des Ausfallendes des Mannes in einem Krankenhause zu. 2. Die Ihnen gemachte Mitteilung ist unrichtig. Sie müßten sich an den Vorsitzenden des Wahlvereins wenden, wenn Sie näheres erfahren wollen. — H. R. 50. Eine Umschreibung ohne Adoption ist in Ihrem Falle nicht möglich. Welche Rechte dem geschiedenen Ehemann zustehen, muß sich aus dem Urteil oder aus dem Verfahren vor dem Vormundschaftsrichter ergeben. — H. R. 100. Ja, die Forderung verjährt erst in vier Jahren. — H. R. Wedding. Der Verkäufer hat keineswegs ein Recht auf Annexionen. Ob das Land Ihrem Bruder gehört, ergibt Ihr Vortrag nicht. Es gehört ihm nur dann, wenn er als Eigentümer eingetragen ist. — H. R. 12. Die Hälfte der geliebten Geliebten kann eine junge Frau innerhalb eines Jahres nach der Eheliche zurückerlangen, wenn vor der Eheliche mindestens 300 M. geliebt waren. Der Antrag ist in Berlin an den Magistrat, Köpenicker Platzmarkt, zu richten. In der Regel empfiehlt es sich, nichts zurückzuverlangen, sondern weiter zu leben. — D. R. 7. Wenden Sie sich an die Zollbehörde. — J. R. 20. Ja. — Hund. 1. Ja. 2. Vom 1. April. — P. R. Die Klage auf Herausgabe hat Ausschluß auf Erfolg, ebenso aber die Widerklage wegen der Pflegekosten. — H. R. 6. Sie können das Buch ja bei sich behalten und eventuell im Testament lassen, wer es an Stelle des Vaters verwalten soll. — H. R. 1. So weit ohne Vertrag zu stehen ist. Ist Ihre Schwester zur Klümmung nicht verpflichtet, kann also die Klümmungsumme verlangen. 2. Ja. — H. R. 50. Die Mietstempelsteuer ist für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember zu zahlen und ist auch zu entrichten, wenn die Wohnung im Laufe des Jahres aufgegeben wird. — Oberkammerweide. Das Gericht, in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht, setzt das Streitobjekt in jedem einzelnen Falle fest, und nach dieser Festsetzung werden die Kosten berechnet. — H. R. 10. Ohne genaue Kenntnis der Akten sind Ihre Fragen nicht mit Sicherheit zu beantworten. Hat Ihr Schuldner hinterlegt, so könnten Sie mit Aussicht auf Erfolg Forderung beantragen. Hat ein Dritter zur Abwendung der Pfändung in ihm gehörige Sachen hinterlegt, so steht Ihnen ein Anspruch nicht zu. — H. R. 57. 1. Wegen der Verjährung steht der Klage mütter der Beschwerde gegen zu, nicht Ihnen. 2. Eine Anerkennung ist nicht erforderlich, aber wünschenswert. 3. Nein, es müßte für den Fall einer Weigerung Klage gegen den Erzeuger erhoben werden. Das Vormundschaftsgericht ist nicht berechtigt, von seiner Seite aus vorzugehen. Beim Vormundschaftsgericht müßten Sie sich dann ein Urteil über die Vermögensverhältnisse Ihres Mündels zwecks Ermittlung des Vermögens geben lassen und dann beim Prozeßgericht das Armenrecht erwirken. — H. R. 43. Der entstandene Schaden, also die etwaige Differenz müßte gezahlt werden. — H. R. 7. 1. Sie müßten Beweise an schiebgerichtliche Entscheidung einlegen. Entschieden ist der Grad der Arbeitsunfähigkeit. In der Regel ist daher der zufällig gezahlte Lohn unerheblich. 2. Die schriftliche Vereinbarung ist maßgebend, event. 12—20 M. — H. R. 1875. 1. Sie leben ja außer Gütergemeinschaft, wenn Sie hier getraut haben. 2. Wenn unwahre Behauptungen gebraucht werden, so würde der betreffende Schadenersatzpflichtig sein. Außerdem könnte er wegen Verleumdung belangt werden. — C. G. 100. Ja. — Karl. Eine Schonzeit für die Entziehung der Steuer nach Entlassung vom Militär gibt es nicht. Es kommt lediglich darauf an, ob in der Tat ein steuerpflichtiges Einkommen besteht. — H. R. Der Ehe ist im Recht. — H. R. Ein Rechtsanspruch steht, soweit erhältlich, Ihrer Mutter leider nicht zu, sondern nur eine Bewilligung aus einem Fonds. — H. R. Sie müßten beweisen, daß in der Tat der von Ihnen behauptete Erlaß stattgefunden hat. Es läme also der Wirt zum Schwur.

Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hoch erfreut an  
**Herm. Rintorf**  
und Frau.  
3802

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Der Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Paul Selchow**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Spandau aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
113/17 Die Ortsverwaltung.

**Dankjagung.**  
Sage hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten sowie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den Kollegen der Firma Keilling u. Thomsen für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes.  
2625

**Adolf Fanger**  
meinen herzlichsten Dank.  
Witwe Luise Fanger und Kinder.  
**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kränze spenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes  
**Heinrich Beck.**  
Sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen der H. G. G., Abteil. Kärzstraße, unseren herzlichsten Dank.  
2606  
**Elise Beck und Tochter.**  
**Orts-Krankenkasse der Sattler**  
u. verwandte Gewerbe zu Berlin.  
Die von der Generalversammlung am 18. November 1905 beschlossene 8. Abänderung des Statuts hat unter dem 30. Januar 1906 die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten.  
Die Aenderung betrifft vornehmlich die Erhöhung des Krankengeldes von der Hälfte auf Dreifünftel des durchschnittlichen Lohnes, sowie die Erhöhung des Sterbegeldes auf den dreifachen Betrag desselben. Weiter werden durch dieselbe die Mitgliedschaften abgeschafft und dafür Mitgliedsarten eingeführt; auch erfolgt die Verrentlichung der Bekanntmachungen außer durch Inserat im „Vorwärts“ nicht mehr durch Säulenansatz, sondern durch Inserat in der „Sattler-Zeitung“. 27/3  
Die Aenderung tritt am Montag, den 12. März 1906, in Kraft.  
**Der Vorstand.**  
Ernst Ullrich, Vorsitzender.  
Walter Dittmann, Schriftführer.  
**Dr. Simmel, Str. 41,**  
Spezialarzt für 29/14\*  
Haut- und Harnleiden.  
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

**Dankjagung.**  
Für die rege Teilnahme und die zahlreichen Blumen Spenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Hermann Hornburg**  
Sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Siemens u. Halske und den Parteigenossen unseren innigsten Dank.  
**Anna Schmiedchen und Kinder.**

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Hermann Hornburg**  
Sagen wir allen Verwandten, insbesondere den vielen Vereinen sowie den Arbeitern des Baumheides Herrn Wehmann und dem Gesangsverein „Vedertast“ meinen herzlichsten Dank.  
3792  
Witwe Emma Hornburg.

**Moabiter Bürgersäle** | **BERLIN NW.,**  
Reusselstr. 9 | großer | kleiner Saal  
::: stehen täglich zu :::  
Versammlungen und Vergnügen zur Verfügung.  
×××× Vereinszimmer einige Sonnabende noch frei. ××××

**Schwarzer Adler**  
Friedrichsberg, Frankfurter-  
Ferienprecher Nr. 8. Chaussee 5.  
Restaurant und Festsäle.  
Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Herrn **O. Bürger.**  
Jeden Mittwoch:  
**Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.**  
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × Bonus haben Günstigkeit.  
3302\* **Gebr. Arnold.**

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 7. März.

Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Oberhaus.** Das Mädchen von Navarra. Coppelia.  
**Schauspielhaus.** Der Damentag. Die Dienstmädchen.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.  
 Kelling. Kohmerholm.  
 Neues. Erdgeist.  
**Berliner.** Nachtasyl.  
 Weiten. Schützenfest.  
 Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Der Vogel im Käfig.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Ueber unsere Kraft. (1. Teil.)  
 Kleines. Kinder der Sonne.  
 Komische Oper. Don Pasquale.  
 Zentral. Der Mikado.  
 Metropol. Auf ins Metropol.  
 Walhalla. Heinrich Heine. Die Ballhaus-Anna.  
 Residenz. Der Prinzgemahl.  
 Trianon. Loulou.  
 Carl Weiß. Die lebende Bräute auf Kuba.  
 Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle.  
 Thalia. Bis früh um fünf.  
 Luisen. Der Kaufmann von Venedig.  
 Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich.  
 Kasino. Die Herren Söhne.  
 Apollo. Insel Tulipatan. Spezialitäten.  
 Herrensfield. Familientag im Hause Prellstein.  
 Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich. Der Beheme.  
 Wintergarten. Saharet. Die Kaiserin der Sahara.  
 Belle Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.  
 Reichshallen. Stettiner Sänger.  
 Passagen. Spezialitäten.  
 Urania. Tandenstraße 48/49.  
 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.  
 8 Uhr: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.  
 Täglich geöffnet von 1 bis 7 Uhr.

### Urania

Tandenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.  
4 Uhr:  
Tierleben in der Wildnis.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

65 Abessinier  
in  
**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
Kein Extra-Entree!

**Apollo-Theater.**  
Liane d'Eve Etoile Parisienne.  
Herkules u. Venus Kraft-Geaktion.  
Robert Steidl neue Schlager.  
Gobert Belling und sein fingenber Gesel.  
The Saphos, Redturner.  
Gibby Woolf m. Heren 6 Plecaninis  
Hona Spero, illustrierte Gesänge.  
Die Insel Tulipatan, Operette.

**Walhalla-Theater**  
Heinrich Heine.  
Aufspiel in 3 Akten von H. Heine.  
Hierauf:  
**Die Ballhaus-Anna.**  
Woffe m. Gef. I. 2 Akt. v. Dain u. Hasel.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.  
Deutsch-Amerikanisches THEATER.  
Jeden Abend 8 Uhr!!  
Gastspiel  
Ad. Philipp.  
Sonnt. nachm. 3 Uhr, halbe Preise:  
Ueber'n großen Teich.

**Berliner Theater.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters.  
**Nachtasyl.**  
Donnerstag: Onkel Wanja.  
Freitag: Nachtasyl.

**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Erdgeist.**  
Donnerstag: Ein Sommernachts Traum.  
Freitag: Liebesleute (Amants).

**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Kinder der Sonne.**  
Donnerstag 4. erstmalig: Antigone.  
Krauserpiel in 3 Akten v. Sophokles.

**Zentral-Theater.**  
(Oberette.) 8 Uhr halbe Preise:  
**Der Mikado.**  
**Komische Oper.**  
Abends 8 Uhr:  
**Don Pasquale.**  
Donnerstag: Hoffmanns Erzählungen.  
Freitag: Don Pasquale.  
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Kaufmann von Venedig.**  
Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.  
Freitag zum erstenmal: Die Hausberlebe.  
Sonabend: Das Lumpengesindel.  
Sonntag nachm.: Graf Ester.  
Abends: Die Hausberlebe.  
Montag: Graf Ester.

**Lustspielhaus.**  
Abendlich 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**  
**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**!Auf -- in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Ranchen in all. Räumen gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute zum 129. Male,  
morgen und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Prinzgemahl.**  
Sattlerischer Schwan in 3 Akten von L. Kancel und A. Chanceel.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

**Folies Caprice**  
Budapester Possen-Theater  
132 Linienstr. 132.  
Ecke Friedrichstraße.  
Zum 171. Male:  
**Nach d. Zapfenstreich.**  
Vorher: Der Beheme  
u. d. ausgezeichn. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorberf. 10 1/2 u. Wertheim u. an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags an.

**Carl Weiß-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Die lebende Bräute auf Kuba.  
Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung (keine Preise): Einmalige Aufführung: **Max und Moritz.**  
Eine Bühnengeschichte in 7 Streichen von B. Busch.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm.  
**Saharet**  
in der Burlesko  
„Die Kaiserin der Sahara.“  
Alonzo Bracco-Truppe, spanische Akrobaten.  
Madama Lo, lebende Bilder.  
Franco Piper, Banjo-Virtuose.  
„Rokoko“-Ballett v. d. John Tiller-Co., London.  
Newhouse und Ward, kom. Radfahr.  
Alexia, Pariser Tänzerin.  
Dio 4 Rasso, Luftgymnastiker.  
Gabriele Mool, Soubrette.  
De Biere, Zaubermeister.  
Emil Sondermann.  
Der Biograph.

**Trianon-Theater.**  
Anfang **Loulou.** 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

**Passagen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Das neue März-Programm.  
**Antoinette Sohns**  
Koloraturfängerin.  
**Geschwister Flokati,**  
Gesang und Tanz-Duo.  
**Fritz Schönbauer**  
mit seinen lustigen Geschichten.  
14 originelle Spezialitäten.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag und Mittwoch:  
**Konzert**  
**Theater, Spezialitäten, Tanz.**  
Anf. Sonntag 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.  
Sonabende für Sommer-feste sind noch frei.



Es gibt andere Cigaretten derselben Qualität —  
 Es gibt andere Cigaretten zum gleichen Preise —  
 Aber es gibt keine derselben Qualität zum gleichen Preise wie

# JOSETTI CIGARETTEN

Dies ist der Grund warum sich Josetti-Cigaretten unter wirklichen Kennern der grössten Popularität erfreuen. Cigaretten, die ihnen in Aroma und gehaltvollem, vollaftigem und doch mildem Geschmack gleichkommen, kosten zweimal so viel — oder mehr.

*Josetti*

Josetti-Juno 10 St. 20 Pfg.  
 Josetti-Griseldis 10 St. 30 Pfg.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Der Vogel im Käfig.**  
Schausp. in 5 Akten v. St. Graubmann.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Vogel im Käfig.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Macht der Finsternis.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (1. Teil.)  
Schausp. in 4 Aufz. von Hjdenherne Hjdenjon.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Ueber unsere Kraft.** (2. Teil.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Zwei glückliche Tage.**

**Zirkus**  
**Albert Schumann**  
Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:  
**Wohltätigkeits-Vorstellung**  
zum Besten des fünften Sozialkommissariats des  
**National-Dank für Veteranen.**  
Gala-Programm. u. a.:  
**Mlle. Luise Mary**  
mit ihren wunderbar besten  
**Eisbären**

XI. Berliner Saison.  
**Zirkus Busch.**  
Neu! Dressierte Neu!  
**70 Eisbären 70**  
unter persönlicher Vorführung  
des Herrn **Hagenbeck.**  
Frl. Mario Elise, Schulreiterin.  
Eine Springpferde-Konkurrenz  
zwischen drei Springpferden.  
Herr Ernst Schumann, Neu-  
dressuren u. die vorzüglichst.  
Programmnummern.  
Zum Schluß (um 9 1/2 Uhr):  
Die neueste und grösste Sehens-  
würdigkeit Berlins:  
**Indien.**  
Orig.-Pantom. d. Zirkus Busch.  
Besonders hervorzuheben:  
Eine Witwenverbrennung.

Herber: Zum 80. Male: Die größte  
Frucht-Kunststaltungspantom. in 7 Akten.  
**Femina** das neue  
Les 7 Perezoffs.  
Ein Souper bei Maxim.

**Kasino-Theater**  
Lothringergstr. 57. Täglich 8 Uhr.  
**Die Herren Söhne.**  
Vollständ. in drei Akten von  
Walter u. Stein.  
Vorder  
das neue bunte Märzprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Die goldene Brücke.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill, Beuntenstr. 16.  
In russischer  
**Leibeigenschaft.**  
Schausp. in 4 Akten v. P. Samilgez.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Donnerstag: Extra-Vorstellung:  
Der Gürtelbesitzer.

**Neue Welt.**  
Hasenheide 108/114.  
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.  
**Die Hochzeit von Valeni.**  
Schausp. in 4 Aufzügen von Gant-  
hofer und Drochner.  
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Vorzugsarten haben Vorrang.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2. Min. v. St. Hölse.  
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Gr. Elite-Vorstellung.**  
Auf allgemeinen Wunsch nur ein-  
malige Aufführung:  
**Tilli.**  
Aufspiel in 4 Akten von Stahl.  
Rebus. Dir. R. Winler.  
Dazu  
**das Elite-März-Programm.**  
Nach der Vorstellung: Tanz ohne  
Nachzahlung.

Gebrüder  
**Herrnfeld-Theater.**  
Zum 121. Male:  
**Familientag**  
im  
**Hause Prellstein.**

Romödie in drei Akten mit den  
Autoren H. u. D. Herrnfeld in den  
Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorberf. 11—12 Uhr.  
**Sonntag, den 1. April:**  
**Schluss**  
diesjähriger Spielfaison!  
**Abschieds-Vorstellung**  
im alten Hause!!

**Reichshallen.**  
Täglich: **Stettiner Sänger.**  
Neu! Mozart, Wagner,  
Offenbach!  
Puffl. Selbstbild v. Mensch.  
Anfang  
Donnerstag  
8 Uhr,  
Sonntag  
7 Uhr.

**Sanssouci.** Kottbusser  
Strasse 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Heute Mittwoch:  
**Elfriede.**  
Luftsp. in 4 Akten v. Benedix.  
Sonnt. Ab. 5, Dozent. 8.11.  
Sonnt. Mont. Donnerst.:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sänger  
und Tanzkränzen.

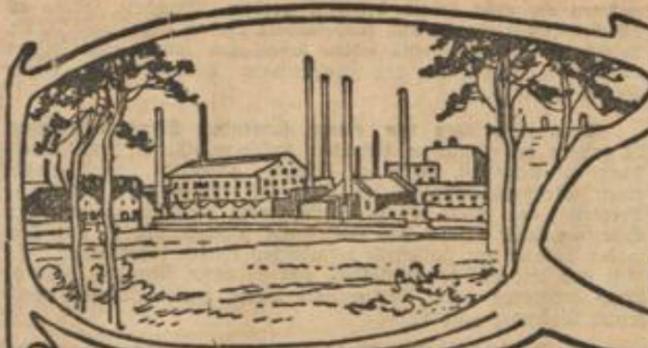
Hochsensational! Belehrend!  
**Wissenschaft und Verbrechen.**  
Täglich wechselnde Projektions-  
Vorträge aus der gerichtlichen  
Medizin in **Carl Gabriels**  
**Volks-Museum**  
Friedrichstr. 112a,  
am Oranienb. Tor  
I. Serie  
**Mord oder  
Selbstmord?**  
Außerdem 2000  
Numm. Volks-  
krankheit u. d.  
Bekämpf. Anat.  
Samaritanerlehre  
Entree 30 Pf. Sold. u. Kind. 20 Pf.  
Sämtl. Räum. mit Vortrag ohne  
Nachzahlung 60 Pf.

**Moabit. Gesellschaftshaus.**  
Wiolestr. 24. Inb.: H. Peters.  
Jeden Mittwoch:  
**Original-  
Harburger Sänger**  
Direktion:  
C. Friok u. Kascho-Krause.  
Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Vorzugsarten gelten.

**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das sensationelle,  
vollständig neue  
**März-Programm.**  
Nur Schlager.

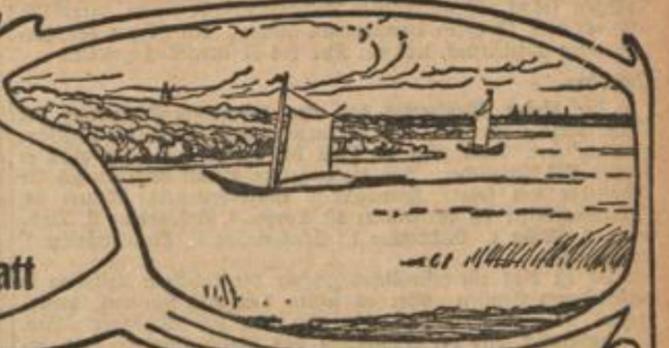
**Möbel und Polsterwaren**  
**Theodor Knorn**  
N. 39. **Gerichtstr. 10 am Hochplatz.**  
Reichhaltiges Lager gut bürgerlicher sowie einfacher Einrichtungen.  
**Komplette bunte Küchen von 56 Mark an**  
sowie große Auswahl einzelner Möbel, Polsterwaren  
nur eigener Fabrik, daher langjährige Garantie.  
Besichtigung ohne Kaufzwang bereitwilligst gestattet.





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 55. Mittwoch, den 7. März 1906.

Inferate sechsgepaltene Kolonizelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

### Zum Philharmoniebojott

Schreibt uns Herr Dr. Bruno Wille: „In Ihrer Beilage „Vorort“ vom 3. März 1906 veröffentlicht „Der Aktionsausschuss“ eine Erklärung zum Philharmoniebojott, die sich in irrthümlicher, ja in verletzender Weise mit meiner Person beschäftigt! Daher g-lassen Sie mir wohl folgende Erklärungen: 1. Niemals habe ich an den Aktionsausschuss das Ansehen gerichtet, er möge sich mit mir darüber auseinandersetzen, in welcher Weise die einzelnen Kreise Groß-Berlins ihre Entschlüsse vorzunehmen haben“; solche Diskussion interessiert mich gar nicht. 2. Niemals habe ich gesagt, die Angaben des Aktionsausschusses entsprächen nicht der Wahrheit“. 3. Ich verdiene also nicht die verletzende Bemerkung, meine „fälsche Behauptung“ sei eine „freie Erfindung“, und verbitte mir eine so vorläufige Kennzeichnung meines Verhaltens. 4. Es fällt mir nicht ein, ein Flugblatt gegen den Philharmoniebojott zu verbreiten. Die Neue freie Volksbühne allerdings hat beschlossen, solch ein Flugblatt in den sozialdemokratischen Vereinen und Gewerkschaften zu verbreiten, und zwar durch Angehörige dieser Vereine und Gewerkschaften. Ferner will die Neue freie Volksbühne beim Parteivorstande Aufhebung des Philharmoniebojotts beantragen, geleitet von ihrer Leitung: „Die Kunst dem Volke!““

Dr. Bruno Wille.“

Wir haben diese Zuschrift dem Aktionsausschuss vorgelegt, der folgendes erklärt:

Laut Bericht des „Vorwärts“ hat Herr Dr. Ellinger in seinem Referat ausgeführt, die Angaben des Aktionsausschusses entsprächen nicht der Wahrheit. Wir haben im einzelnen nachgewiesen, daß dies unbedingt der Fall sei, die Art, wie die einzelnen Wahlkreise die Angelegenheit behandelt, sei deren Sache und unterliege nicht dem Willen außerhalb der Organisation stehender Personen.

Nach dem weiteren Bericht des „Vorwärts“ hat gerade Herr Dr. Wille den Antrag auf Erlass eines Flugblattes gestellt, um die Rechte der politisch und gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Bühne zu wahren.

Trotzdem Herr Dr. Wille sich eine Charakterisierung seiner Reden „verbitte“, scheint unsere Bemerkung, daß gerade er, als außerhalb jeglicher Organisation stehend, kaum der geeignete Mann für solches Beginnen sei, das Richtige getroffen zu haben, denn Herr Dr. Wille scheint schon vergessen zu haben, daß er selbst der Antragsteller war.

Die Tatsache bleibt eben bestehen, die Neue freie Volksbühne hat eine Aufhebung des Bojotts beantragt. Will sie sich der selbst angerufenen Entscheidung jetzt nicht fügen, so war der Antrag von vornherein eitel Spiegelscherelei.  
Das Verhandlungsbureau.

**Charlottenburg.** Heute, Mittwoch, den 7. März 1906, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung im Lokal Schulz, Kaiser Friedrichstr. 24, mit folgender Tagesordnung statt: Warum müssen wir und dem sozialdemokratischen Wahlverein angeschlossen. Referent Stadtbürgermeister Vorschardt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht der Einberufer.

**Rosamer-Neudorf.** Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale von Ernst Schmidt „Deutsche Feste“, Wilhelmstr. 8, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Außer sonst wichtigen Angelegenheiten steht ein Vortrag des Genossen Bermuth auf der Tagesordnung. Um zahlreiche Erscheinen ersucht der Vorstand.

## Vorort - Nachrichten.

### Zur Gemeindegewahlbewegung.

#### Arbeiter, Parteigenossen in Wilmersdorf!

Die vereinten bürgerlichen Gegner arbeiten mit Hochdruck, uns auch fiederhin von einer Vertretung im Gemeindeparkament auszuschließen. In einem dieser Tage verbreiteten Aufrufe heißt es:

„Bei der Aufstellung der Kandidaten ist das bekannte Programm der vereinigten bürgerlichen Parteien — Ausgleich der verschiedenartigen wirtschaftlichen und politischen Interessen — berücksichtigt. Es gilt vor allem, die in der dritten Klasse gewonnenen Sitze gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen. Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, auch nur einen ihrer Kandidaten durchzubringen, wenn die bürgerlichen Kreise und besonders auch die Beamtenschaft ihre erschreckende Einheit bei der Wahlbeteiligung überwinden! Die Beamtenschaft und die besser situierten Angehörigen bürgerlicher Berufe müssen es als ihre Pflicht erachten, unter allen Umständen bei der Wahl ihre Stimme für die bürgerlichen Kandidaten abzugeben. In der nationalen Presse würde das Beispiel Wilmersdorfs freundliche Beachtung finden.“

Köstlich ist in dem Erguß der Söhne von dem Ausgleich der verschiedenartigen wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Als ob ein Ausgleich möglich wäre, wo die Interessen sich diametral gegenüberstehen. Und die Interessen der Haus- und Grundbesitzer sind eben denen der heillosen Klasse entgegengesetzt. Dieser Satz ist nichts als Heuchelei, dazu bestimmt, recht viele Urteilslose zu lockern. Das beweist auch am besten die Tatsache, daß dieser Ausgleich gefunden werden soll unter Ausschluß der Arbeiterklasse. Diese weiß auch schon längst, daß sie ihre Interessen am besten wahrnimmt, wenn sie sich auf sich selbst verläßt. Wird dieser Grundsatze streng durchgeführt, so ist der Appell der Gegner an die „Beamtenschaft“ und „die besser situierten Angehörigen bürgerlicher Berufe“ umsonst. Arbeiter! Parteigenossen! Erfüllt eure Pflicht und nehmt jeden Augenblick wahr, den Säuugigen und Gleichgültigen die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Vertretung im Gemeindeparkament vor Augen zu führen.

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind: Tischler Ernst Reiche und Stullateur Hermann Radle.

Das Wahlbureau befindet sich im Victoriotgarten, Hauzeingang 1 Treppe.

Die Wahlzeit dauert vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 3—8 Uhr.

Versäume niemand sein Stimmrecht auszuüben!  
Versuchen sich die bürgerlichen Parteien auf die letzten Wahlen, bei welchen sie mit Erfolg die Wahl sozialdemokratischer Kandidaten verhindert haben, müssen die Arbeiter diesmal beweisen, daß sie die bürgerliche Koalition durchbrechen können. Das kann nur durch massenhafte Abgabe der Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten geschehen.

**Hermisdorf.** Heute, Mittwoch, 7. März, nachmittags von 2 bis 6 Uhr, findet im Lokale von Lauf (Lindengarten) die Wahl der dritten Abteilung zur Gemeindevertretung statt. Versäume niemand, sein Wahlrecht auszuüben; glaube keiner, auf seine Stimme kommt es nicht an. Jeder aufgeklärte Arbeiter muß den Wahltag als Feiertag betrachten und lieber auf einige Stunden Lohn verzichten, als daß seine Stimme für uns verloren geht. Wehrt die letzte Wahlung! Wer nicht will, daß die nächsten sechs Jahre seine Interessen unvertreten bleiben, der wähle heute unseren Kandidaten Genossen Heinrich Sohrauer, Stullateur, Auguste Viktorstr. 9.

Die Wahlbewegung in Treptow ist lebhaft im Gange. Die letzte Wahlvereinsversammlung nahm hauptsächlich unsere Gegner unter die Lupe. Es sind dies die Herren Kurth und Standesamtssekretär Schulz, die einzigen Kandidaten der bürgerlichen Wähler. Auf den Schild erhoben sind die Herren von den Kommissionen des Bürgervereins, des freiwilligen Volksvereins, des Grundbesitzer- und des Kommunalvereins. Die Herrschaften bieten alles auf, um ihren Kaderloren den Sieg zu sichern. In ihrem Flugblatt sagen sie:

„Die bürgerlichen Wähler haben es in der Sozialdemokratie mit einer geschlossenen Gegnerschaft zu tun. Darum wird es nur möglich sein, für die bürgerlichen Kandidaten eine Majorität zu bekommen, wenn wir alle bis auf den letzten Mann am Wahltag unsere Schuldigkeit tun. Die Wahl findet statt am Donnerstag, den 8. d. Mts., in der Zeit von 11—7 Uhr im Restaurant M. Habermann an der Stadtbahn. Bürgerliche Wähler! Seid am 8. d. Mts. wie ein Mann zur Stelle. Noch ist es möglich, bürgerliche Kandidaten in der dritten Klasse durchzubringen, aber nur, wenn jeder einzelne seine Pflicht erfüllt.“

Daß die bürgerlichen Parteien einig sind, wenn es gilt, gegen die Sozialdemokratie zu streiten, ist eine alte Erfahrung und wird hier nur aufs neue bestätigt. Die Älteste Kund aber der oben genannte Herr Kurth ist, geht aus einer Mitteilung hervor, die in der letzten Versammlung des Wahlvereins der Vorsitzende machte. Der genannte Herr ist Armenrat und hatte in dieser Eigenschaft kürzlich eine Recherche zu erledigen. In Frage kam eine Familie, in der der Mann dauernd arbeitsunfähig ist und die Frau genötigt ist, für den gesamten Haushalt zu sorgen, zu dem noch zwei Kinder im Alter von acht und fünf Jahren gehören. Die Frau verdient laut Lohnbuch, welches auch dem bürgerlichen Herrn Kurth vorgelegt worden ist, ziele 7 M. pro Woche, dazu kommt eine Invalidenrente von 17 M. 15 Pf. pro Monat.

Das ist für eine vierköpfige Familie bei den heutigen Verhältnissen ein betruglicher Betrag, der nicht im entferntesten ausreicht, um das liebe Leben zu fristen. Die Eingabe um Gewährung einer Armenunterstützung wurde nach Recherche des bürgerlichen Kandidaten Herrn Kurth abgelehnt mit folgenden Worten: „Auf Ihren Antrag bewilligen wir Ihnen freie ärztliche Behandlung und die erforderlichen Medikamente aus Arzneimitteln. Die Gewährung einer Armenunterstützung müssen wir jedoch ablehnen, da wir festgestellt haben, daß Ihre Ehefrau instande ist, hinreichend für Ihre Familie zu sorgen.“

Antisozialer konnte der verächtlichste Konserbative nicht verfahren, aber es ist von den Herren nicht zu verlangen, daß sie sich bei ihren Handlungen von sozialen Gesichtspunkten leiten lassen sollen. Hier kann nur die Wahl sozialdemokratischer Gemeindeglieder helfen. Morgen ist uns Gelegenheit geboten, unsere Ansicht über die Herren bürgerlichen zum Ausdruck zu bringen. Tun wir das. Morgen wird den Tag aus. Kein Wähler darf fehlen, jeder Bekannte muß animiert werden, seine Stimme für den sozialdemokratischen Vertreter abzugeben. Die Vertreter sind die Genossen Albin Gerlich und Franz Karow.

**Kahnisdorfer Wähler.** In einer hier am Sonntag stattgehabten öffentlichen Gemeindegewahl-Versammlung referierte Genosse Pinsker-Friedrichs über: „Was wollen die Sozialdemokraten in der Gemeindegewahl.“ Dem zustimmend aufgenommenen Vortrage folgte eine Aussprache über örtliche Verhältnisse, aus der die zwingende Notwendigkeit gefolgert wurde, einen Arbeitervertreter in das Ortsparlament entsenden zu müssen. Als Kandidat für die dritte Abteilung wurde einstimmig Genosse Max Boddin, Tischler, aufgestellt. Die Wahl findet am Freitag, 16. März, abends von 6—7 Uhr, statt.

**In Mariensfelde** finden die Wahlen am Montag, den 19. März statt. Da es sich diesmal um die Wahl eines Angehörigen handelt und der Sozialdemokratie ein solcher nicht zur Verfügung steht, so ist es ratsam, sich der Wahl zu enthalten. Es hieße unnütze Zeit verschwenden, wenn sich die Arbeiterklasse an der Wahl beteiligen würde, wissen wir doch, daß wir von unseren Gegnern nichts zu erwarten haben.

**In Steglitz** ist es, wie bekannt, bei der vorgestrigen Gemeindegewahl zu einem endgültigen Ergebnis nicht gekommen. Unsere Genossen müssen in einer Stichwahl nochmals an die Wahlurne treten. Zur Vorbereitung derselben findet heute abend 8 1/2 Uhr die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, die sich dann auch mit dem Thema „Unsere Stichwahl“ beschäftigen wird. In Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung ist es Pflicht der Genossen, für einen zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. Der Vorstand.

### Gemeinde-Erats.

Der Etat für Rummelsburg schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1905 915 M. ab, er übertrifft den Etat des Vorjahres um 361 000 M. Die Gemeinde- und Polizeiverwaltung steht mit 108 640 M. in Einnahme und mit 276 340 M. in Ausgabe. Die Armenverwaltung kostet der Gemeinde 29 635 M. oder pro Kopf der Bevölkerung 75 Pf. Die höheren Schulen erfordern nach der Etatsaufstellung einen Gemeindezuschuß von 10 800 M., in Wirklichkeit erreicht der Gemeindezuschuß aber bereits den doppelten Betrag dieser Summe. Die direkten Gemeindesteuern sollen 575 290 M. und die indirekten 164 601 M. bringen. Der Reinertrag vom Gemeindegewässerverwert ist für das laufende Jahr auf 81 000 M. veranschlagt. Dagegen erfordert die Kanalisation für den Ortsteil Hohzogen einen Zuschuß von 24 000 M. und für den Ortsteil Rummelsburg einen solchen von 40 000 M. Wie noch erinnernlich sein wird, erhob in diesem Sommer die Gemeinde Rummelsburg den Gemeindevorsteher zum Bürgermeister; damit dieser Akt nun nicht ganz spurlos vorübergeht,

beschloß die Stadtkommission auf Antrag eines Vertreters der ersten Klasse, dem nunmehrigen Bürgermeister eine laufende Zulage von 1500 M. pro Jahr zu bewilligen, mit dieser Zulage beträgt das Gehalt desselben nun 11 080 M. Dieser Freundschaftsdienst hatte das eine Gute zur Folge, daß man nun auch der Beamtenschaft eine Erhöhung ihrer Gehälter zubilligen mußte. Die Mehrausgabe hierfür beläuft sich pro Jahr auf etwa 18 000 M. Dieser Gehaltserhöhung wurde aber zugleich eine bittere Pille beigegeben. Es sollen nämlich nur diejenigen Beamten, natürlich mit Ausnahme des Bürgermeisters und noch etwa drei bis vier höheren Beamten, in den Genuss der höheren Bezüge gelangen, welche ein vorgeschriebenes Examen erfolgreich bestehen. So ist nun auch statt Freude eine arge Mißstimmung unter den Beamten eingezogen. — Bei der heutigen Beratung des Etats in der Gemeindegewahlversammlung werden unsere Parteigenossen — um nun auch für die ärmere Bevölkerung eine Kleinigkeit herauszuschlagen, einen schmerzlichen Stand haben.

Der Etatentwurf für Treptow-Baumhauweg schließt in Einnahme und Ausgabe mit 553 500 M. ab. Wegen des Vorjahres mit einem Mehr von 116 000 M. — Der Gemeindegewässerschlag beträgt 100 Proz. = 148 000 M., 150 Proz. Zuschlag zur Gewerbesteuer (51 000 M.). — Als Gemeindegrundsteuer werden 15 Pf. für je 100 M. des gemeinen Wertes sämtlicher bebauten und ungebauten Grundstücke erhoben, macht einen Betrag von 135 000 M. — Die indirekten Steuern betragen 59 500 M., also 10 200 M. mehr als im Vorjahre. Davon entfallen auf die Fußbodensteuer 10 000 und auf die Biersteuer 15 000 M. — Die sonstigen Einnahmen betragen 150 000 M. Hierbei ist die Kreisanzleihe von 118 500 M., welche zum Erweiterungsbau der II. Gemeindegewahl erforderlich sind, einbezogen. Ebenfalls die 7000 M. als Staatsbeitrag zur Lehrerbefoldung. Ausgegeben werden für die Gemeinde- und Amtverwaltung 115 015,70 M., für die Schulverwaltung 83 899,75 M., für die Feuerwehre 455 M., für die Armenverwaltung 11 540 M. usw.

### Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung lag der von uns in feinen wesentlichen Teilen mitgeteilte Etat für das Jahr 1906 zur Beratung vor. Die Beratung wurde aber auf Antrag des Stadtverordneten v. Klafennapp gegen den Widerspruch unserer Redner vertagt. Dem Fuchlinien- und Bebauungsplan für Aufschließung der Baublöcke zwischen Barbarossa- und Grunewaldstraße wurde nach kurzer Beratung zugestimmt. Ein zeitig angenommener Schlußantrag machte verschiedenen Rednern, auch den sozialdemokratischen, eine nähere Beleuchtung der Geschäftsmagazine der Berliner Vobengemeinschaft unmöglich. Ueber eine Petition des Schöneberger Lehrervereins, von der Erziehung neuer Vorschulklassen Abstand zu nehmen, wurde zur Tagesordnung übergegangen, da nach Erklärungen des Magistrats die Einrichtung solcher Klassen zurzeit nicht beabsichtigt würde. Bei dieser Gelegenheit legte für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Müller unseren programmatischen Standpunkt gegenüber der allgemeinen Volksschule dar, ganz besonders auf die Minderwertigkeit des Volksschulwesens in Prenzlauer hinweisend. — Die Erziehung einer Freibank beschäftigte wieder die Versammlung. Nach langer Debatte wurde dem Magistratsantrage, das Schulgrundstück in der Ebersstraße hierzu herzugeben, zugestimmt. Ueber eine Petition der Steuererheber um Gewährung einer Dienstfahradentschädigung wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Erziehung eines Theaters auf dem Plage J an der Grunewaldstraße. Die Versammlung übertrug den Vertragentwurf zur Prüfung einem Ausschuss. — Schließlich erhob noch Genosse Soltermann Einspruch gegen die Vorschlagsliste für zwei Erhaltungslieber für den Stadtschulhof. Er zeigte das Verfahren der Mehrheit, sich in alle wichtigen Ausschüsse hineinzuwählen, und forderte für die sozialdemokratische Fraktion ihrer Stärke entsprechend einen zweiten Sitz. Als solcher kam Genosse Freylich in Vorschlag.

### Rummelsburg.

Um seine gesamten Ersparnisse und Mitgliedschaften wurde der Maurerpolier Lindemann aus der Simon Dachtstraße in Rummelsburg, 2. hatte als Hausverwalter die Mieten eingezogen und dieselben gemeinsam mit seinen Ersparnissen in seinem Schreibstisch untergebracht; es waren im ganzen etwa 1000 Mark. Als 2. gestern das Geld wieder hervorholen wollte, machte er die recht unangenehme Entdeckung, daß es verschunden war. Der Verdacht, die 1000 Mark entwendet zu haben, richtete sich sofort gegen einen Vermauden des Verstorbenen und es ist dessen Verhaftung bereits erfolgt.

### Lichtenberg.

Die Junge aus dem Halse gerissen. Ein Akt bestialischer Roheit wird aus der Schornweberstr. 8 in Lichtenberg gemeldet. Der Fuhrwerksbesitzer N. war im Begriffe gewesen, einen Wagen rückwärts aus dem Gehöft herauszuführen, als ein Pferd das Maul auf und zertrte so heftig an der Junge herum, daß diese lang herausging. Das arme Tier dürfte wohl kaum dem Leben erhalten bleiben. Von dem Roheitsakt ist die Polizeibehörde in Kenntnis gesetzt worden.

### Reinickendorf.

Ein folgenschwerer Gerüststurz hat sich gestern nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr auf dem Neubau Residenzstraße- und Danstraße-Ecke in Reinickendorf zugetragen. Dort brach das Treppensur-gerüst ein; während sich die Stelenträger auf die Treppensurwand retten konnten, stürzte die Mauer mit den zerbrochenen Riegeln, Breibern und Material in die Tiefe, zwei Maurer mit sich reichend und begrub diese unter den Trümmern. Die Maurer hatten schwere Verletzungen davongetragen und wurden ins Krankenhaus gebracht. Wenn an dem Unglück die Schuld trifft, konnte noch nicht festgestellt werden. Es sei aber darauf hingewiesen, daß der Bau ein Affordbau ist. Ganze Balkenlagen sollen nicht abgedeckt gewesen sein und trotzdem wurde flott darauf los gearbeitet. Durch das Affordsystem wird auch sonst die erforderliche Vorsicht vielfach außer acht gelassen und mancher, der diesem System halbtzig, wird wohl noch das Opfer werden.

### Erkner.

Beim Fischen verunglückte gestern nachmittags auf der Spree bei Erkner der 23jährige Schifferknecht Runge. Er befand sich auf einem 14gliedrigen, nach Berlin bestimmten Floß, welches in der Nähe von Erkner durch starke Strömung nach dem Ufer hinübergetrieben wurde. Als N. sich nach dem vorderen Giede begab, um das Floß wieder in die richtige Fahrtrinne zu stoßen, glitt er ab, stürzte ins Wasser und geriet unter die Hölzer. Die von seinen

Kollegen sofort aufgenommenen Rettungsversuche waren vergeblich. Als es nach längeren Bemühungen gelang, den Körper des Verunglückten aufzufinden, war der Tod des N. bereits eingetreten.

### Trebbin.

Der hiesige Wahlverein hat eine bedeutende Steigerung der Mitgliederzahl erfahren. Bis vor kurzem zählte der Verein ungefähr 40 Mitglieder, dann stieg die Zahl bis auf 80, und heute zählt er bereits 122 Mitglieder. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich die Mitglieder wie folgt: Zimmerer 9, Holzarbeiter 33, Maurer 14, Zigarrenarbeiter 14, Buchdrucker 40, Töpfer 3, Erdarbeiter 2, Dachdecker 2, Maler 1, Buchbinder 1, Schuhmacher 1, Metallarbeiter 1, Arbeiter 1.

Es ist dies ein erfreuliches Zeichen der kräftigen Agitation in verschiedenen Berufen. Aber es fehlen doch noch sehr viel, hauptsächlich unter den Maurern, die doch über 100 Mitglieder zählen. Hoffentlich wird der Wahlverein das zweite Hundert bald erreicht haben.

## Berliner Nachrichten.

### Die Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Gemeindefullehrer.

Die jetzt vom Magistrat, wie wir bereits meldeten, beabsichtigt wird, entspricht einem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 23. März 1905. Die Versammlung genehmigte damals die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Mietsentschädigung der Lehrer und erlaubte gemäß einem Vorschlag des Ausschusses den Magistrat, eine Erhöhung des Grundgehalts unter Abänderung der Altersskala in Erwägung zu ziehen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der sich auf die Forderung einer Erhöhung des Grundgehalts beschränkt, wurde von der freisinnigen Mehrheit abgelehnt.

Der Ausdruck „sich beschränkte“ hat hier eine besondere Bedeutung. Der Gedanke, gleichzeitig die Alterszulagen zu ändern, war von einem Teil der freisinnigen Presse zunächst — als er aus dem Ausschuß in die Öffentlichkeit gedrungen war — als doppelte Freigebigkeit begrüßt worden. In gewissen Blättern werden eben die Dinge immer so aufgeführt und dargestellt, daß der freisinnige dabei in die günstigste Beleuchtung gerät. Selbstverständlich war aber die „Abänderung“ der Alterszulagen so gedacht, daß sie nicht etwa gleichfalls erhöht, sondern herabgesetzt werden sollten. Der Antrag der Sozialdemokraten „beschränkte sich“ auf Erhöhung des Grundgehalts und wollte die Alterszulagen in bisheriger Höhe bestehen lassen. Aber die Mehrheit beschloß es, wie gesagt, anders. Was sie wollte, das zeigte jene Sitzung vom 23. März, und ihrem Wunsche folgt nunmehr der Magistrat. Noch in der aus dem Rathause verhandten Notiz, die auch wir am Sonntag unseren Lesern mitteilen mußten, weil die Vorlage selber noch nicht zur Verfügung stand, war zartfühlend gesagt worden, die Alterszulagen sollten „etwas geändert“ werden. Die Vorlage selber ergibt, daß es sich hier, wie ja von vornherein feststand, um ein Vermindern handelte.

Anerkennen muß man das eine, daß diese Verminderung der Alterszulagen wenigstens um eine Kleinigkeit hinter der Erhöhung des Grundgehalts zurückbleibt, so daß nirgends eine Schmälerung des bisherigen Einkommens, sondern überall noch eine Steigerung herauskommt. Der Gewinn beträgt für die mittleren und oberen Gehaltsstufen freilich nur 50 M. pro Jahr. Höher ist er in den untersten Stufen, wo noch keine Alterszulage, sondern zunächst nur das (nun erhöhte) Grundgehalt gezahlt wird. Die Erhöhung des Grundgehalts war notwendig, damit die Lehrer nicht erst dann zu einem leidlichen Gehalt kommen, wenn sie sich in Schulden gestürzt haben, um in den ersten Jahren „standesgemäß“ leben zu können. Das Grundgehalt erhöht sich — immer unter der Voraussetzung, daß die Stadtverordneten-Versammlung zustimmt — bei den einstufig angeestellten Lehrern von 950 M. auf 1160 M. (dazu, wie bisher, 500 M. Mietsentschädigung), bei den endgültig angestellten Lehrern nach vier Dienstjahren von 1200 M. auf 1450 M. (dazu, wie bisher, 750 M. Mietsentschädigung), bei den Direktoren von 2400 M. auf 2650 M. (dazu, wie bisher, freie Wohnung oder 900 M. Mietsentschädigung), bei den wissenschaftlichen Lehrerinnen von 1000 M. auf 1040 M. für einstufig angeestellte und auf 1300 M. für endgültig angestellte nach vier Dienstjahren (dazu, wie bisher, 500 M. Mietsentschädigung), bei den Fachlehrerinnen von 900 M. auf 950 M. (dazu, wie bisher, 400 M. Mietsentschädigung). Dafür werden die Alterszulagen gekürzt bei den Lehrern und Direktoren überall um 200 M., bei den Lehrerinnen anfangs um 100 M., in den oberen Stufen um 250 M., während bei den Fachlehrerinnen die Alterszulagen unverändert bleiben.

Der Effekt dieser Änderungen ist der, daß z. B. die Lehrer in ihren ersten vier Jahren 1660 M. statt 1460 M. kriegen, in den nächsten drei Jahren 2200 M. statt 1950 M., vom achten Jahre ab 2300 M. statt 2250 M., vom zehnten Jahre ab 2500 M. statt 2450 M., und so fort bis zum Höchstgehalt von 4400 M. statt 4350 M., das vom 32. Dienstjahre ab gezahlt wird. Bei den Lehrerinnen sind die Aufbesserungen ähnlich. Mit dieser neuen Skala wird Berlin die meisten Vororte übertreffen, während es mit der bisherigen hinter sehr vielen zurückstand. An der Spitze steht Berlin aber auch so noch nicht in Groß-Berlin. Den Lehrern haben bisher Charlottenburgs Gehaltsverhältnisse als Ideal vorgeschwebt, Charlottenburg aber gewährt immer noch in 32 Dienstjahren um 950 M. mehr als Berlin. Berlin gibt nunmehr 96 540 M., Charlottenburg 97 490 M. Berlin will aber jetzt wenigstens in den für die wirtschaftliche Lage des Lehrers so wichtigen Anfangsjahren dasselbe bieten, wie Charlottenburg. Nachher hat mal Charlottenburg, mal wieder Berlin den Vorsprung. Von den Großstädten Westdeutschlands mit ihren noch höheren Anfangsgehältern wollen wir hier ganz schweigen.

Im vorigen Jahre schalt Herr Oberbürgermeister Kirchner auf die Lehrer und warf ihnen vor, daß sie nicht zu frieden zu stellen seien. Kann man ihnen das verdenken? Wahrscheinlich werden sie ihm auch jetzt noch nicht den Gefallen tun, „Ruhe zu halten“. Herr Kirchner wies damals die Lehrer auf die „idealen Güter der Schule“ hin. Das tat er in demselben Augenblick, wo man ihm zu seinen 30 000 M. Gehalt eine persönliche Zulage von 6000 M. anbot und er — sie einstellte.

Die katholischen Kirchenmaler, die wegen ihrer den Stadthauskassens-Geld für 1906 „injuzirenden“ Notizen vom „Vorwärts“ eins auf ihre Finger bekommen mußten, wegen nun nicht mehr, die von ihnen verbreitete und von der bürgerlichen Presse weitergegebene skandalöse Unwahrheit aufrecht

zu erhalten, daß diesmal in dem Etat der Gemeindefschulen für die Beschaffung von Lehrbüchern usw. für bedürftige Schulkinder nicht weniger als 251 000 M. ausgemworfen“ seien. In der „Volks-Zeitung“, die mit anderen Blättern diesen dreifachen Unfinn ihrem gläubigen Lesepublikum aufgeschwatzt hatte, liest man jetzt die Meldung, daß unter den Ausgaben für die Gemeindefschulen sich befinden: 110 000 M. für die Beschaffung von Lehrbüchern, 84 000 M. für Lehrmittel, 40 000 M. für kleine Schulbedürfnisse, Tinte usw., ferner 160 000 M. für die Beschaffung von Utensilien usw.“ Höchst bezeichnend ist die Voricht, mit der man so dem freisinnigen Bürger beizubringen sucht, daß es mit jenen 251 000 M. für bedürftige Schulkinder“ nichts ist. Das wird ihm so vorichtig beigebracht, daß er es womöglich gar nicht merkt. Wer nicht ganz genau im Etat Bescheid weiß, kann diesen Ausgabeposten, wie sie jetzt aufgezählt werden, nicht ansehen, welcher Betrag denn nun für die den bedürftigen Schülkinder unentgeltlich zu liefernden Lehrmittel bestimmt ist.

Da inzwischen der neue Gemeindefschul-Etat den Stadtverordneten vorgelegt ist, so wollen wir aus ihm die betreffenden Angaben so vollständig und deutlich wiedergeben, daß jeder unserer Leser sehen kann, wie gegenüber dieser Art der Verichterstattung die klare, ehrliche Wahrheit sich ausnimmt. Mit 251 000 M. sieht im Etat der ganze Ausgabeposten „Unterrichtsmittel“. Davon sind nur 110 000 M. für „Lehrbücher, Schreibmaterialien usw. für bedürftige Schulkinder (einschließlich Waisenkinder usw.)“ bestimmt. Im Etat für 1905 stand dieser Ausgabeposten mit 90 000 M., aber die Erhöhung um 20 000 M. ist nicht einer größeren Freigebigkeit zu danken. In den Erläuterungen zum Etat wird sie begründet mit der Einführung neuer Lehrbücher usw. Hierzu kommen 2000 M. für Handarbeitsmaterial (wie im Vorjahr). Es folgt dann der Ausgabeposten 84 000 M. für „Lehrmittel für den wissenschaftlichen, Gesangs- und Turnunterricht“ (Vorjahr: 101 000 M.). Das sind nicht Lehrmittel für bedürftige Kinder, sondern für die ganze Klasse, als Anschauungsbilder, Landkarten, naturwissenschaftliche Präparate usw. Die Mittel für die Lehrerbibliotheken wurden bisher gleichfalls diesem Ausgabeposten entnommen, diesmal aber sind sie an anderer Stelle besonders in den Etat eingestellt. Es folgen weiter 15 000 M. für „Lehrmittel für den Heimunterricht“ (Vorjahr: 20 000 M.), d. h. Modelle usw., weiter 40 000 M. Abersum für die Rektoren für kleine Schulbedürfnisse“ (Vorjahr: 30 000 M.), d. h. Tinte, Kreide, Schwämme, Violinfaiten usw. Alles zusammen ergibt die famosen 251 000 M. (Vorjahr: 252 000 M.). Einen eigenen Ausgabeposten bilden die 160 000 M. für Utensilien usw. (Vorjahr: 115 900 M.), wobei wir zur Vermeidung von Irrtümern hervorheben wollen, daß auch diese nicht etwa den bedürftigen Schülkinder“ aus Konto gefehrt werden dürfen. Gemeint sind nämlich „Schulutensilien und Hausgeräte, sowie Turngeräte“, also Bänke, Katheder usw. usw.

Die Feuergefährlichkeit in milden Wintern geringer als im strengen zu sein. In dem diesjährigen Winter aber, den man im Vergleich zu den vorhergehenden als milde bezeichnen kann, ist für Berlin die Erfahrung festzustellen, daß die Zahl der Brände dennoch stark zugenommen hat. Dezember und Januar sind die Monate, die unter allen Monaten des Jahres regelmäßig die größte Zahl von Bränden aufweisen, ungefähr eine doppelt so große Zahl wie der Juni und der Juli. Wenn man die vielen ohne Hilfe der Feuerwehr gelöschten Brände mitzählt, so sind in diesen beiden Monaten zusammen im Winter 1904/05 nur 2953 Brände, im Winter 1905/06 aber 3563 Brände zur Kenntnis der Behörde gelangt. Das Mehr für diese beiden Monate des diesjährigen Winters beträgt 610 Brände, über 20 Proz. der vorjährigen Zahl. In dieser Zunahme sind aber fast nur die ganz kleinen Brände beteiligt, die keine Alarmierung der Feuerwehr nötig machten. Die Brände, zu deren Löschung die Feuerwehr herbeigerufen wurde, haben sich vom Dezember-Januar 1904/05 zum Dezember-Januar 1905/06 nur von 424 auf 444 vermehrt.

Umleitung bei der Straßenbahn. Die Verlegung einer Linie der Großen Berliner Straßenbahn findet demnächst statt. An der Kreuzung der Potsdamer- und der Wilowstraße muß der Fahrstreifen erneuert werden. Um den Betrieb so wenig als möglich zu stören, soll dies in den Nächten vom 2—5 Uhr früh bewirkt werden, und zwar zwischen Montag, dem 12., bis Freitag, den 16. März. Die dadurch bedingte Sperrung des Betriebes betrifft so nur gewisse Nachtzüge der Linie 74 Königsplatz—Bahnhof Ebersstraße. Diese werden zwischen der Hauptstraße, Ecke der Magienstraße, in Schöneberg, und der Potsdamerstraße, Ecke der Wilowstraße, in beiden Richtungen über die Magien- und Golzstraße, den Winterfeldplatz, den Kollenderplatz, sowie die Gensler- und Lühnowstraße abgeleitet. Es geschieht dies mit den nach 1,44 vom Bahnhof Ebersstraße, nach 1,16 vom Friedrichshain und nach 1,23 vom Alexanderplatz abfahrenden Nachtzügen der genannten Linie 74.

15 Grad Wärme. Mit einem Schläge ist es Frühling geworden. Der plötzlich eingetretene Witterungswechsel hatte bereits vorgestern eine Temperatur erzeugt, wie man sie eigentlich nur an Sommertagen gewöhnt ist. In der zweiten Nachmittagsstunde stieg das Thermometer bis auf 15 Grad. Da in den letzten Tagen Kälte herrschte, so wurde der Witterungsumschlag um so mehr empfunden. Im Straßenbild sind denn auch die Folgen der plötzlichen Wärme nicht ausgeblieben. Draußen in den Gärten und in den Laubkolonien herrschte reges Treiben.

Ein geheimnisvoller Skelettfund ist auf dem Fabrikgrundstück der Firma Siemens u. Halske in der Herzbergstr. 130 gemacht worden. Es finden dort zurzeit Ausschachtungsarbeiten statt, und dabei stießen gestern morgen Arbeiter auf das Skelett eines Menschen. Etwa einen Meter tief bestand es sich unter der Erde. Das Skelett ist vollständig erhalten und es hat den Anschein, als ob es dasjenige einer männlichen Person sei. Ob dieser Fund mit einem Verbrechen in Verbindung zu bringen ist, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben. Das Skelett ist nach dem königlichen Polizeipräsidenten gebracht worden, damit es dort gerichtsärztlich untersucht werde. Wie lange es unter der Erde gelegen hat, war bisher noch nicht festzustellen.

Zu dem Revolver haben Montagabend wieder zwei Selbstmörder gegriffen. Einer der beiden erreichte auch sein Ziel; es war der Richter A. aus der Gerichtsst. 41. Wegen andauernder Krankheit schloß sich der Unglückliche eine Kugel in die Schläfe und war auf der Stelle tot. — In der Jungfernhöhe unternahm der bei der A. E. G. tätig gewesene Bruno A. aus der Burgdorferstr. 17 einen Selbstmordversuch. Er jagte sich eine Revolverkugel in die Brust und wurde vorgestern abend in betäubtem Zustand von einem patrouillierenden Schuttmann aufgefunden. Die erste Hälfte erhielt er in der Unfallstation in der Lindowstraße.

Die Lehren des Spremberger Eisenbahnunglücks sind jetzt im Fahrplan der Strecke Grlitz—Berlin zu erkennen. Eine der Ursachen des Unglücks war der Umstand, daß seit wenigen Tagen ein Sommerzug ging, um den gestiegenen Verkehr nach Schlesien zu bewältigen. In dem ersten Entwurf des Sommerfahrplans für diese einseitige Strecke sind nun Saisonzüge, die nur während eines Teiles der Geltung des Sommerfahrplans verkehren, ganz vermieden. Die Züge verkehren nämlich während des ganzen Sommers. Zur Bewältigung des Ferienverkehrs mit Oberpfälzern sind deshalb die beiden neuen D-Züge zwischen Berlin und Rattowitz eingeleitet. Sämtliche drei Schnellzüge der Strecke liegen in angemessenen Abständen von mindestens anderthalb Stunden auseinander. Bemerkenswert ist, daß die neuen oberpfälzischen D-Züge zwischen Spremberg und Niederschöneweide nur noch in Rottbus halten. Es sind dies die ersten Züge, die, ohne in Königswusterhausen, Lübben und Lübbenu anzuhalten, durchfahren. In Niederschöneweide halten sie wegen des Ueberganges auf die Stadtbahn. Der hauptsächlichste Mißstand, der bei der Spremberger Katastrophe zutage trat, und der in der Einseitigkeit der Strecke Berlin—Rottbus—Grlitz zu erblicken ist, wird leider, wie aus den seitens der Eisenbahnverwaltung abgegebenen Erklärungen zu ent-

nehmen ist, nicht sobald beseitigt werden. Trotzdem sollten es die beteiligten Kreise, und insbesondere die an der Unglücksstelle belegenen Orte an nichts fehlen lassen, um immer und immer wieder die Einrichtung des zweigleisigen Betriebes auf dieser Strecke zu fordern.

Beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist gestern der 60jährige Privatier Nollman, Große Frankfurterstraße 21 wohnhaft, schwer zu Schaden gekommen. Er benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie 82 (Zoologischer Garten—Tropen), den er an der Goldsteinstraße verlassen wollte. Der Schaffner hatte bereits das Haltesignal gegeben, als N. von dem in der Anfahrt zur Haltestelle befindlichen Wagen herabsprang. Er glitt aus und fiel so unglücklich, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug. Der Verunglückte wurde mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht.

Der Abriss der alten Maschinenhallen und Schuppengebäude am Dam ist nunmehr beendet. Von der Haupt-Maschinenhalle werden jetzt die Umfassungsmauern beseitigt, nach deren Entfernung sofort mit der Umwandlung des Platzes in eine gärtnerische Anlage begonnen wird. Die Arbeiten sollen derartig beschleunigt werden, daß nach in diesem Sommer eine provisorische Anlagenanlage geschaffen werden kann. Die endgültige Regulierung des Platzes wird jedoch erst im Frühjahr nächsten Jahres erfolgen.

Im Verließ der Falschmünzer. Nach längerer Beobachtung wurde gestern die Ehefrau eines alten Schmiedes v. d. Heyden unter dem Verdachte der Falschmünzerei verhaftet. Dieser wurde vor 1½ Jahren mit seinem Spiegelkessel, dem Arbeiter Greil abgeführt, als er in ein Juwelengeschäft der Ruitamarstraße einbrach und erhielt dafür 18 Monate Gefängnis. Sein Genosse kam mit acht Monaten davon. Frau v. d. Heyden schloß sich an die Geliebte Greils an, eine Emma Krause, die seit der Festnahme ihres „Bräutigams“ ein Liebesverhältnis mit dem Techniker Alfred Smude eingegangen ist. Die Krause sowohl wie Smude fanden Unterkommen in der Heidenischen Wohnung am Elisabethufer 10, die auf dem Hofe gelegen ist und aus Küche und Küche besteht. Unter den dreien herrschte oft Jan, oft aber waren alle drei wieder ein Herz und eine Seele. Die Wohnung schien ein Geheimnis zu bergen, hinter das niemand kommen konnte. Da wurde Frau v. d. Heyden überführt, daß sie in Charlottenburg bei einem Einkauf ein falsches Zweimarkstück verausgabte, das sehr geschickt nachgemacht ist, die Jahreszahl 1905 und das Ringzeichen A trägt. Solche Falschstücke waren seit längerer Zeit im Verkehr aufgetaucht, ohne daß die Herkunft zu ermitteln gewesen war. Frau v. d. Heyden wurde nun überwacht. Gestern fiel die Polizei in die Wohnung ein, als gerade alle Bewohner beisammen waren. Eine Durchsuchung förderte aus einem Verließ einen Koffer zutage, in dem Platten, Abdrücke von Zweimarkstücken, Schmelzriegel, Gießlöffel und andere Gefäße vorhanden waren. Die Frauen mußten wieder freigelassen werden, weil Smude sie entlockt hat. Er will die Falschmünzerei nur in Abwesenheit der „Frauen“ betrieben haben und nur die wenigen Stücke, die in 20 Hüllen angehalten wurden mit Einschluß einer geringen Anzahl, die in seinem Koffer enthalten war, fertiggestellt haben.

In den Vorlesungen Maxim Gorkis. Wie wir bereits am Sonntag mitgeteilt haben, will der bekannte russische Volksdichter Maxim Gorki in Berlin mehrere Vorlesungen halten. Es werden bei diesen Vorlesungen auch einige der besten Kräfte des jetzt in Berlin spielenden Moskauer künstlerischen Theaters und des hiesigen Deutschen Theaters mitwirken. Die Gemahlin Gorkis, Frau Andrejeva, hat gleichfalls ihre Mitwirkung zugesichert. Die erste Vorlesung findet in den Räumen des Deutschen Theaters am künftigen Sonnabendnachmittag 3 Uhr statt. Billets sind, wie wir bereits mitgeteilt haben, sowohl an der Kasse des Deutschen Theaters wie auch bei Wertheim zu haben.

Feuerwehrbericht. Die 1. Kompanie wurde vorgestern abend nach der städtischen Gasanstalt IV in der Danzigerstr. 61 gerufen, wo auf dem Hofe eine Hude in Flammen stand. Es gelang diese mit einer Schlauchleitung zu löschen. Gleichzeitig hatte die 4. Kompanie in der Sparrstr. 23 zu tun, wo das Dach mit Wobenschlägen, Fußböden usw. brannte. In einer Wohnung, Oudenarderstraße 8, brannten Decken, Papier usw. und Blumenstraße Meider usw. Ferner wurde die Wehe nach der Marlsru. 50 und anderen Stellen alarmiert.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Zed-Ok“. Heute, Mittwochabend dänisch 8½ Uhr bei Tolkdorf, Gledicherstraße 58: Vorlesung der Diskussion über „Das Wesen des Anarchismus im Gegenstand zur Sozialdemokratie“ und Vortrag über: „Die Taktik des Anarchismus“. Referent: Rudolf Lange. — Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Demophilens“. Heute abend 8½ Uhr bei Dornbusch, Prinz Eugenstr. 8. Die soziale Lage des Proletariats. Referent: Genosse Sackels. Gäste willkommen.

Zentralverband der Konditoren. Donnerstag, den 8. März, abends 8½ Uhr, im Gesellschaftshaus Berliner Müller, Köller Wilhelmstraße 18m: Deutsches Familien-Veranstaltung. Tagesordnung: 1. Rollen unsere Berufsleute und Kolleginnen 1906 in eine allgemeine Lohnbewegung eintreten und welche Stellung hat die Unternehmersonorganisation bisher zu unseren Forderungen eingenommen? 2. Berufsangelegenheiten. Jahresbericht erscheinen wird erwartet.

## Vermischtes.

Bergmannslos. Auf der Friedensgrube der „Friedensgrube“ verunglückten bei der gestrigen Frühsticht 14 Bergleute durch zu scharfes Aufsteigen der Förderseile. Von den Verunglückten ist niemand tot, doch sind fünf schwer verletzt. Alle Verunglückten wurden in das Knappschaftslazarett Viehschowitz gebracht.

Bergsturz. In dem Dorfe Tabernolo (Italien) hat sich ein zweiter Bergsturz ereignet, es sind wieder mehrere Häuser eingestürzt, das Dorf ist jetzt fast vollständig zerstört. Die Einwohner sind in benachbarte Dörfer geflohen.

Der Reinfall eines Genfer Friseurmeisters, der seine Gehäusen bestohlen hat. Was ein Griff in die Trinkschilde der Angestellten kosten kann, hat soeben ein Genfer Friseur erfahren. Seine zwei Arbeiter, die Verdacht gegen den Meister hatten, hatten seinerzeit jene Büchse unbedenkt mit Tinte gefüllt. Als sie vom Friseur zurückkehrten, fanden sie auf dem Boden nur allzu deutliche Beweise vor, daß die Öffnung der Büchse berührt worden war. Der Polizeikommissar, der übrigens den Arbeitern die Sache mit der Tinte angeraten hatte, konstatierte den Tatbestand, der vor Gericht dem Meister drei Monate Gefängnis mit bedingtem Strafvollzug und unter Wahrung der Zivilansprüche der Arbeiter eintrug.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—66 pr. 100 Pfund, Ha 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Kalbfleisch Ia 80—88, Ha 63—75, IIIa 54—60, Hammelfleisch Ia 60—71, Ha 54—60. Schweinefleisch 72—77. Rotwild 1/2, 0,50 bis 0,60. Damwild 0,60—0,65. Kaninchen 0,75—1,00. Hühner 1/2, alte 1,50—2,50, junge 0,80—1,30, do. Ha 0,00—0,00. Tauben, junge 0,50—0,70, alte 0,00—0,00. Enten, St. 2,75. Gänse, junge, pro St. 3—4, russische 0,25—0,45 M. Schmalz 0,00—0,00 M. Butter 13—15 M. pr. 100 Pfd. Letzte 80—91, Schmalz 00—00; Kase, groß 00—00, mittel 00—00; Wäsen 36—61, Karpfen 70—75, Kleinfisch 675. Seelachs 20—25 M. pr. 100 Pfd. Schottische Bollerlinge (gelesen) 40—44 M. Eier, Schod 3,40—3,50. Butter pro 100 Pfund Ia 122—124, Ha 118—123, IIIa 116—118, abfallende 110—115. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote Daberde 2,00—2,20, magra. bon. 2,10—2,35, runde weiße 1,80—2,00. Birngold pr. Schod 0,00—0,00, Weißhol pr. 100 Pfd. 4,25—4,50, Weißhol pr. Schod 00—00, doL 11—12 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

## Briefkasten der Expedition.

Fredrichs, Victoria. Brief Herrn V. überhandt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.